



Das Europäische *Jugend* Event

Der EYE2018 Bericht

Speak up Europe!

100 Ideen

für eine bessere Zukunft

#EYE2018



Europäisches Parlament

VIELEN DANK

Die Herausgeber möchten sich besonders bei all jenen bedanken, die diesen Bericht möglich gemacht haben. Vielen Dank zunächst an die unermüdlichen Reporter, ohne die dieser Bericht nicht möglich gewesen wäre. Der Dank gilt auch all den Freiwilligen und Praktikanten, die uns geholfen haben die Ideen zu sammeln und die Ideengeber zu identifizieren. Danke auch an Iris Walter, Christina Altides, Niamh McGovern und die übrigen Mitglieder des EYE-Teams, die diesen Bericht mit ermöglicht haben, sowie an die Europäische Jugendpresse, die diese wichtige Rolle übernommen hat, den EYE Teilnehmern eine Stimme zu geben, die hoffentlich bis in die Sitzungsräume des Europäischen Parlaments dringt.

Und schließlich gilt der Dank auch allen Besuchern und den jungen Menschen, deren Ideen in diesem Bericht eingebracht sind und die dazu beigetragen haben, dass das EYE eine derart inspirierende Veranstaltung wurde.

Manuskript abgeschlossen im Juli 2018

Erste Ausgabe

Weder das Europäische Parlament noch Personen, die in dessen Namen handeln, sind für die Verwendung der nachstehenden Informationen verantwortlich.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2018

© Europäische Union, 2018

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Für die Benutzung oder den Nachdruck von Fotos, die nicht dem Copyright der EU unterstellt sind, muss eine Genehmigung direkt bei dem (den) Inhaber(n) des Copyrights eingeholt werden.

PRINT	ISBN 978-92-846-3530-6	doi:10.2861/434314	QA-04-18-629-DE-C
WEB	ISBN 978-92-846-3529-0	doi:10.2861/762340	QA-04-18-629-DE-N

Inhalt

Anmerkungen der Chefredakteure.....	4
Vorwort von Antonio Tajani	5
Vorwort von Klaus Welle	6
Speak up Europe! 100 nach Themen geordnete Ideen	8
EYE Bericht Umfrage.....	13
 1. JUNG UND ALT: Die digitale Revolution meistern	 15
Arbeit und Beschäftigung	16
Technologie	20
Bildungswesen	23
Kommentar des Jugendforums	27
 2. REICH UND ARM: Den fairen Anteil verlangen	 29
Ungleichheit: „Sharing is caring“ (Teilen bedeutet sich kümmern)	30
Revolution	33
Empowerment	37
Kommentar des Jugendforums	41
 3. ALLEIN UND GEMEINSAM: Das vereinte Europa stärker machen	 43
Zukunft Europas	44
Europawahlen 2019: Jugend, Wahlbeteiligung und Wählen	47
Engagement und Bürgerschaft	50
Kommentar des Jugendforums	53
 4. SICHER UND GEFÄHRlich: Stürmische Zeiten überstehen	 55
Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit	56
Raum für die Zivilgesellschaft schaffen	59
Umgang mit technologischen Fortschritten	62
Kommentar des Jugendforums	65
 5. LOKAL UND GLOBAL: Unseren Planeten beschützen	 67
Klimawandel und Landwirte	68
Erneuerbare Energien, intelligente Städte und nachhaltiges Unternehmertum	71
Lebensmittelverschwendung, kein Kunststoff, sauberes Wasser und sanitäre Anlagen: Verbraucherverhalten ändern	75
Kommentar des Jugendforums	79
 Das sind die Autoren	 82



Anmerkungen der Chefredakteure

“ *Junge Menschen
sind nicht die Zukunft,
sie sind die Gegenwart.* ”

Dieser Grundsatz kam beim diesjährigen Europäischen Jugend-Event (EYE) laut und deutlich zum Ausdruck. Doch abgesehen von Absichtsbekundungen – was können junge Menschen zum modernen Europa beitragen, und was ist unsere Vision für die Zukunft?

Es lässt sich nicht leugnen, dass sich die Welt in den letzten Jahren dramatisch verändert hat. Das Erbe des europäischen Projekts ist Frieden und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger innerhalb seiner Grenzen. Allerdings zeichnet sich ab, dass es ohne gemeinsame Anstrengungen dazu kommen könnte, dass junge Menschen ein Europa erben, das viel instabiler ist als das Europa, in dem sie aufgewachsen sind.

Aber es gibt auch Grund für Optimismus. Grundlegende Veränderungen der Art und Weise, wie wir leben und miteinander umgehen, werden wohl Auswirkungen darauf haben, wie wir unser Miteinander künftig gestalten. Jungen Menschen wird oft vorgeworfen, sie seien teilnahmslos und desinteressiert. Dieser Bericht zeigt jedoch, dass sich junge Menschen sehr wohl informiert und bewusst mit Politik befassen und Ideen entwickeln, wie die Zukunft fairer und nachhaltiger gestaltet werden kann.

Während viele Menschen mitunter voller Sorge auf die möglichen Auswirkungen einer technologisch fortschrittlicheren Zukunft blicken – etwa aus Angst um den Arbeitsplatz oder gar die persönliche Freiheit –, weisen junge Menschen bereits den Weg für diesen Wandel und zeigen Möglichkeiten auf, um mit der bevorstehenden fünften industriellen Revolution umzugehen.

Eine der zentralen Ideen dieses Berichts betrifft die europäischen Wahlen im nächsten Jahr und ist eigentlich ganz einfach: Junge Menschen müssen in den politischen Prozess eingebunden werden. Wir müssen den Mut aufbringen, junge Kandidaten aufzustellen und ihre Sorgen, Ideen und Lösungen ernst zu nehmen.

Während also Politiker versuchen sollten, die Gestaltung der Zukunft aus einer jüngeren Perspektive heraus anzugehen, müssen junge Menschen an ihre Überzeugungen von Toleranz und Optimismus bezüglich der Chancen dieses Wandels glauben.

Frühere Generationen haben größere Turbulenzen durchgemacht, um einen Gesellschaftsvertrag zu schaffen, der die Interessen der Mehrheit geschützt hat. Nun sind wir an der Reihe.

Dieser Bericht umfasst ehrgeizige Ideen. Einige von ihnen sind eher idealistisch, andere sollen den Gesetzgebern konkrete Denkanstöße bieten. Der Bericht enthält umfangreiche Vorschläge, die sowohl ideenreich als auch konkret sind. Von verblüffenden technologischen Möglichkeiten bis hin zu hoher, diskriminierungsfreier Sicherheit, von Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Mitgestaltung bis hin zu Maßnahmen, damit Menschen nicht härter für weniger arbeiten müssen.

Wir fordern von Politikern und jungen Menschen gleichermaßen, sich kritisch zu engagieren. Konkret geht es darum, eine Debatte anzuregen, um gemeinsame Werte und Ziele festzulegen, die wir in den kommenden Jahrzehnten bewahren oder erreichen wollen.

Denn es ist doch so: Die imaginäre „Zukunft“ wird schnell zur Gegenwart, und junge Menschen beginnen, ihre Stimme zu erheben.

Greg Bianchi & Julie Mahlerová
Chefredakteure

Vorworte



Zum mittlerweile dritten Mal hat das Europäische Parlament Tausenden von jungen Menschen aus allen Teilen des Kontinents seine Tore geöffnet, um sie zum Europäischen Jugend-Event 2018 zu begrüßen. Im Rahmen dieser einzigartigen Veranstaltung führten mehr als 8 000 junge Bürgerinnen und Bürger eine offene Diskussion über die Zukunft Europas und lieferten mit ihren Ideen wertvolle Beiträge für die Arbeit unserer Institution.

Es war für uns alle eine große Inspiration. Als die Rollen vertauscht wurden, führten die jungen Menschen das Wort und die Europaabgeordneten hörten zu – das hat uns daran erinnert, dass die Jugend unsere Gegenwart und unsere Zukunft ist.

Die zweitägige Veranstaltung war geprägt von anregenden Diskussionen und Debatten über eine Vielzahl von Themen. In deren Mittelpunkt stand der starke Wunsch der jungen Menschen, Akteure des Wandels zu sein und sich aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft zu beteiligen.

In Zeiten, in denen Europa vor zahlreichen Herausforderungen wie der Flüchtlings- und Migrationskrise, der nachhaltigen Wiederbelebung nach der Wirtschaftskrise und der ständigen Bedrohung durch den Terrorismus steht, ist ein solcher Austausch besonders wichtig. Die Antwort auf diese Herausforderungen darf nicht sein, wieder zu nationalen Grenzen zurückzukehren. Ganz im Gegenteil: Die Lösung besteht darin, die Zusammenarbeit und das Vertrauen zu fördern, die Solidarität und unsere europäischen Werte zu stärken und europäische Interessen auf der Grundlage des Multilateralismus auf globaler Ebene geltend zu machen.

Das EYE hat deutlich gezeigt, dass junge Menschen bereit sind, sich diesen Herausforderungen zu stellen und für eine bessere Zukunft zu arbeiten.

Junge Menschen können etwas bewegen, und ich bin sicher, dass ihr Beitrag zu einer lebendigeren Demokratie in Europa führen wird. Die Europawahlen vom 23. bis 26. Mai 2019 werden allen Bürgerinnen und Bürgern eine großartige Gelegenheit bieten, die politische Weichenstellung unserer Union mitzubestimmen, damit die Errungenschaften, die wir seit mittlerweile mehr als 60 Jahren garantieren konnten, nämlich Wohlstand, Stabilität und Frieden, auch weiterhin Bestand haben. Tatsächlich bilden diese Errungenschaften den Rahmen, innerhalb dessen die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheiten wahrnehmen können.

Wir als Europaabgeordnete werden diesen wichtigen Dialog mit Ihnen, den jungen Menschen Europas, auch weiterhin führen und weiter daran arbeiten, dass Ihre Zukunft in einer besseren und stärkeren EU liegt.

Antonio Tajani
Präsident des Europäischen Parlaments



Junge Menschen, junge Europäer, sind die Zukunft der Europäischen Union. Mittlerweile bin ich zwar schon etwas älter als die Zielgruppe des Europäischen Jugend-Events, doch zu Beginn meiner Karriere war auch ich ein überzeugter und engagierter junger Mensch und noch heute bin ich ein starker Unterstützer der Jugend. Aus diesem Grund habe ich der politischen Führung des Parlaments vorgeschlagen, ein Europäisches Jugend-Event als Plattform für einen offenen, strukturierten und ständigen Dialog zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und jungen Menschen einzurichten.

Das erste EYE im Jahr 2014 und die nachfolgenden Ausgaben waren enorm erfolgreich, nicht zuletzt da junge Menschen maßgeblich an der Gestaltung des Programms mitgewirkt haben. Das EYE hat sich mittlerweile als eine Veranstaltung etabliert, auf der junge Menschen alle zwei Jahre die Möglichkeit haben, ihre Ideen für ein besseres Europa vorzutragen und auszutauschen. Mehr als 8 000 junge Menschen haben Gelegenheit, an einem so einzigartigen Ort wie dem Europäischen Parlament zusammenzukommen und somit eine europäische Identität zu entwickeln.

Das Europäische Jugend-Event bietet engagierten jungen Bürgern die Möglichkeit, sich in der europäischen Politik einzubringen und sich zu Maßnahmen zu äußern, die Auswirkungen auf ihr Leben haben.

Doch dieser Prozess geht auch nach dieser Veranstaltung weiter. Die innovativsten Ideen des EYE 2018 werden in diesem Bericht gesammelt und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments vorgelegt.

Die mit Hilfe der Europäischen Jugendpresse ausgewählten Autoren haben die beeindruckende Bandbreite an Ideen festgehalten, die junge EYE-Teilnehmer am 1. und 2. Juni 2018 vorgestellt haben.

Der Erfolg des EYE beruht auf mehreren Säulen: der politischen Führung des Parlaments, den für die Vorbereitungen zuständigen Abteilungen des Parlaments, den Eventpartnern und Jugendgruppen, die zum Programm beigetragen haben, der großen Zahl von Freiwilligen und natürlich vor allem auf den Teilnehmern selbst, die sich vor, während und nach dem Ereignis mit großem Enthusiasmus einbrachten.

Der Dialog zwischen den Mitgliedern und jungen Menschen endet nicht mit dem EYE, sondern wird mit diesem Bericht und den bevorstehenden Jugend-Anhörungen am Ende des Jahres im Vorfeld der Europawahlen 2019 fortgesetzt.

Klaus Welle
Generalsekretär des Europäischen Parlaments



Speak up Europe!

100 nach Themen geordnete Ideen

1. JUNG UND ALT:

Die digitale Revolution meistern

- 1** Revolutionierung des Personalwesens durch E-Portfolios
- 2** Unterstützung der beruflichen Bildung und Umsetzung eines dualen Ausbildungssystems
- 3** Schaffung eigener Jugendabteilungen in Institutionen
- 4** Mobiles Leistungssystem für Arbeitnehmer
- 5** Reform der Jugendgarantie
- 6** Schaffung einer generationenübergreifenden Arbeitnehmercharta
- 7** Europäisches Programm gegen das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -Nachfrage
- 8** Schaffung einer Europäischen Agentur für Robotik und eines Robotik-Compliance-Siegels
- 9** Regulierung der Militärischen Nutzung von künstlicher Intelligenz
- 10** Schaffung einer europäischen Crowdfunding-Plattform
- 11** Investitionen in Technologien für Kultur und kulturelles Erbe
- 12** Einführung einer europäischen Folgenabschätzung im Bereich der Robotik
- 13** Schaffung gesamteuropäischer Medien
- 14** Programme zur Förderung von Unternehmergeist und „soft skills“
- 15** Mithilfe von ERASMUS den Bevölkerungsrückgang bekämpfen
- 16** Unterricht in Lebenskompetenzen
- 17** Förderung von Neugier, Persönlichkeitsentwicklung und Verantwortung
- 18** Einführung eines Schulfachs für „Herausforderungen“ zur Förderung der Kreativität von Schülern
- 19** Projektbezogene Zusammenarbeit zwischen Schulen
- 20** Tools zur Bekämpfung der digitalen Ausgrenzung und Förderung der psychischen Gesundheit

2. REICH UND ARM:

Den fairen Anteil verlangen

- 21** Ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Bekämpfung von Ungleichheiten
- 22** Förderung des lebenslangen Lernens
- 23** Nicht bedingungslos: angepasstes Grundeinkommen
- 24** Einheitliches Steuer- und Arbeitsrecht in der EU
- 25** Zugang zu Gesundheitsversorgung für Transgender-Personen
- 26** Schluss mit der Pink-Steuer
- 27** Förderung der Menschenrechte im Textilhandel
- 28** Europaweiter Zugang zu Fortbildungskursen
- 29** Mehr Inklusivität für das EYE
- 30** Roboter-Steuer!
- 31** Bekämpfung der Steuerhinterziehung
- 32** Gleichberechtigte Vertretung im Europäischen Parlament
- 33** Macht uns zufriedener, das BIP ist nicht das einzige Maß für den Fortschritt
- 34** Ländliche Gebiete attraktiver für die Jugend gestalten
- 35** Empowerment und Integration von Flüchtlingen in das nationale Bildungssystem
- 36** Umfassende Sexualerziehung
- 37** Unterstützung für soziales Unternehmertum und Sharing Economy
- 38** Nationale Schutzmechanismen für Journalisten in Europa
- 39** Förderung der Gebärdensprache
- 40** Schaffung von Übergangswohnmöglichkeiten

3. ALLEIN UND GEMEINSAM:

Das vereinte Europa stärker machen

- 41** Bildungschancen im Vereinigten Königreich nach dem BREXIT
- 42** Europäischer Tag für Menschen auf der Flucht
- 43** Investitionen in Auslandshilfe und Einsatz der Diplomatie, um mit den Flüchtlingsströmen fertig zu werden
- 44** Förderung eines stärkeren Austauschs zwischen Europa und der Türkei
- 45** Aufbau eines Freiwilligen-Systems für den Kontakt zwischen Migranten und Europäern
- 46** Stärkung der Außengrenzen und Datenaustausch
- 47** Junge Menschen zur Kandidatur ermutigen
- 48** Wahlinformationen für junge Menschen über die sozialen Medien
- 49** Jährliche Fragerunde zwischen EU-Politikern und jungen Menschen
- 50** Festlegung eines einheitlichen Alters für das passive Wahlrecht
- 51** Förderung der elektronischen Stimmabgabe zur Steigerung der Wahlbeteiligung
- 52** Einführung des Wahlrechts ab 16 bei Europawahlen
- 53** Wahlwerbung über Unternehmen und Apps
- 54** Herstellung einer Verbindung zwischen Europa und nationalen Plattformen zur Förderung des Engagements
- 55** Eine europäische Bürgerinitiative entwickeln
- 56** Förderung der klassischen Sprachen und europäischer Geschichte
- 57** Schaffung einer Plattform für qualifizierte Flüchtlinge für die Vermittlung von Stellen in der Bildung
- 58** Einführung von Politikunterricht
- 59** Finanzierung eines Jugendpasses für Ermäßigungen bei Kulturangeboten
- 60** Schaffung einer Initiative für mobile Schulleiter

4. SICHER UND GEFÄHRlich:

Stürmische Zeiten überstehen

- 61** Führung durch die Umsetzung der UN-Resolution 2250 „Jugendliche, Frieden und Sicherheit“
- 62** Priorität für Menschenrechte in Handelsabkommen
- 63** Eine europäische Dimension für die Justiz
- 64** Kampf gegen Ausgrenzung als Kampf gegen Extremismus
- 65** Soziale Medien gemeinnützig machen
- 66** Förderung einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit
- 67** Humanitäre Korridore für Flüchtlinge schaffen
- 68** Einrichtung einer europaweiten Datenbank für Transparenz
- 69** Schutz von Whistleblowern
- 70** Schulung der Polizei zur Bekämpfung von Hassdelikten im Internet
- 71** Schaffung eines Fonds für junge Kandidaten
- 72** Erklärung der Online-Rechte
- 73** Obligatorischer Erste-Hilfe-Lehrgang
- 74** Sicherstellung von Transparenz im Sportwesen
- 75** Cybersicherheit durchgängig berücksichtigen und anpassen
- 76** Ausbildung im Bereich der Cybersicherheit als Bildungsstandard
- 77** Förderung der Zusammenarbeit des Nachrichtenwesens in der EU
- 78** Förderung der Bildung im Bereich Molekular-und Zellbiologie
- 79** Investition in die Technologie des „Genome Editings“
- 80** Schaffung eines kostenlosen Antivirenprogramms für EU-Bürger

5. LOKAL UND GLOBAL:

Unseren Planeten beschützen

- 81 Schaffung eines europäischen Programms für Dachbegrünung
- 82 Einsatz von Umweltdiplomatie im Rahmen von Verhandlungen
- 83 Feminismus im Kampf gegen den Klimawandel
- 84 Unterstützung für junge Landwirte und neue Technologien
- 85 Weniger Fleischsubventionen
- 86 Förderung der biologischen Vielfalt und höchste Standards für Nutztier
- 87 Förderung nachhaltiger Haushalte, um überschüssige Energie an das Netz zurückzuverkaufen
- 88 Festlegung eines Zeitplans für die Beendigung des Einsatzes fossiler Brennstoffe und Begrenzung der Arbeitsplatzverluste
- 89 Förderung einer europäischen Energiegemeinschaft und eines entsprechenden Marktes
- 90 Stärkung von Infrastrukturen auf europäischer Ebene und eine gemeinsame Verkehrspolitik
- 91 Intelligente Städte und öffentlicher Verkehr
- 92 Unterstützung von umweltfreundlichem Unternehmertum und umweltfreundlichen Projekten
- 93 Förderung des Recyclings von elektronischen Geräten
- 94 Förderung eines kunststofffreien Ansatzes
- 95 Finanzierung der Entfernung von Kunststoff aus den Meeren
- 96 Eine neue Kultur für Lebensmittelgeschäfte und Besteuerung
- 97 Die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung rechtsverbindlich machen
- 98 Lebensmittelspenden erleichtern
- 99 Nachhaltigkeitsbildung in der Schule
- 100 Entwicklung eines Systems zur Nutzung von Regenwasser für sanitäre Anlagen

EYE Bericht Umfrage¹

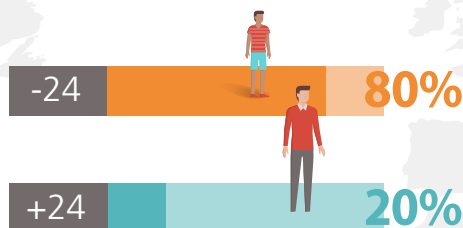
VON DEN 943
UMFRAGETEILNEHMERN SIND

553
Mitglied in einer
Jugendorganisation,

390
sind es nicht.

 **ALTER**

Die Mehrheit der befragten Mitglieder einer Jugendorganisation (80 %) ist jünger als 24.



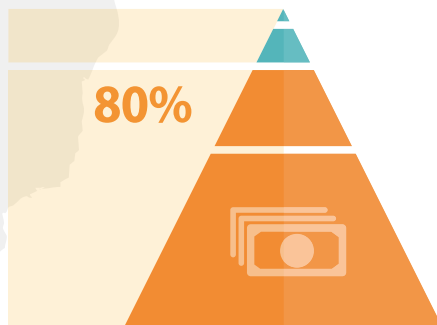
 **AUSLAND**



67 % der Befragten geben an, in einem fremden Land zu arbeiten, zu leben und zu studieren, sei für sie enorm reizvoll.



 **MEINUNG**

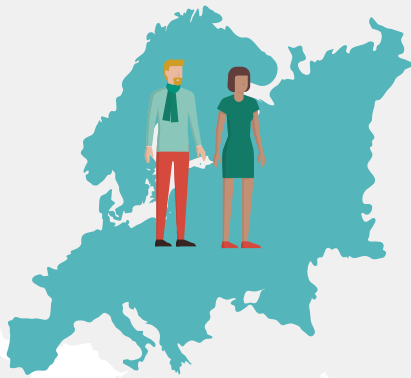


80 % der Befragten sind der Meinung, dass junge Menschen von der EU uneingeschränkt oder größtenteils profitieren. Die Übrigen sind unentschieden oder verneinen dies.

¹ 943 Befragte aus 28 EU-Mitgliedstaaten. Die Befragung fand zwischen dem 12. März und 19. April 2018 statt. Die Fragebögen wurden an die EYE-Teilnehmer und das Europäische Jugendforum verteilt.



ANLIEGEN



EU-weit sorgen sich die Befragten

am meisten um



Einwanderung

29%²

und Soziales.

sind jedoch auch besorgt
in Bezug auf die



Umwelt

20%

und die



Ungleichheit

18%

² Die Frage war offen, das heißt, das Ergebnis konnte sich auf alle Aspekte der Einwanderung beziehen (z. B. tun wir genug, um Flüchtlingen zu helfen; müssen die Grenzkontrollen verstärkt werden usw.) und ist nicht zwangsläufig Beleg für eine generelle Ablehnung von Einwanderung.

1. JUNG UND ALT:

Die digitale Revolution meistern

Wir leben heutzutage in einer Welt, in der es immer schwieriger ist, jung zu sein. Natürlich haben sich viele Dinge im Vergleich zu früher zum Besseren gewendet: Die Zeiten, in denen es in ganz Europa Konflikte gab, geraten in Vergessenheit, Menschen haben flächendeckend Zugang zu Bildung, und junge Menschen in Europa genießen im Allgemeinen gute Lebensbedingungen. Und dennoch: Die Ungleichheiten zwischen der jüngeren und der älteren Generation nehmen zu. Laut Eurostat sind die Arbeitslosenquoten bei Jugendlichen im Allgemeinen deutlich höher als bei anderen Altersgruppen, zudem gibt es viele junge Menschen, die weder in Arbeit noch in Ausbildung sind (sog. NEET).³ Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und erfordert neue Fähigkeiten und Perspektiven. Arbeitsmodelle werden fließender. Sie ermöglichen somit einerseits mehr Flexibilität, bergen jedoch auch das Risiko, dass Menschen unter unsicheren Bedingungen leben und nur begrenzt Zugang zu Formen des sozialen Schutzes haben.

Gleichzeitig ermöglichen die Automatisierung und Robotik enorme Fortschritte in allen möglichen Bereichen. Zweifelsohne verbessern Maschinen viele Aspekte des menschlichen Lebens, etwa in der Medizin oder im Automobilbereich – sie sind jedoch auch mit ethischen und praktischen Fragen verbunden: So besteht die Sorge, sie könnten Arbeitsplätze vernichten. Teilweise wird auch vor Science-Fiction-Szenarios gewarnt, in denen künstliche Intelligenz gar die Existenz der menschlichen Spezies bedroht. Das Ausmaß der Mythen und Ängste im Zusammenhang mit der Digitalisierung lässt darauf schließen, dass es noch immer ethische und normative Fragen gibt, die nach Antworten verlangen. Vor diesem Hintergrund sind die Bildungssysteme nicht ausreichend gerüstet, um mit derart rasanten gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen Schritt zu halten. Schulen und Universitäten verfügen häufig nicht über die Mittel, sind nicht ausreichend vorbereitet oder aber haben nicht die richtige Denkweise, um ihren Schülern und Studenten zu helfen, das richtige Gleichgewicht zwischen fachspezifischen und sozialen Kompetenzen (sog. Hard und Soft Skills) zu finden, um auf dem neuen, digitalisierten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Dies führt häufig dazu, dass die Fähigkeiten, die diese jungen Menschen mitbringen, nicht den Anforderungen der Arbeitgeber entsprechen.

Die sozialen Auswirkungen all dieser Trends sind extrem komplex und gleichzeitig auf subtile Weise gefährlich. Junge Menschen studieren länger und erhalten erst später einen festen Arbeitsplatz, wodurch sie immer später finanziell unabhängig werden. Sie beginnen später, ins Rentensystem einzuzahlen, und ihre Beiträge sind unregelmäßiger. Das heißt, sie sind erst in einem höheren Alter in der Lage, ausreichend zu den Systemen der sozialen Sicherheit, etwa zur Gesundheitsversorgung für ältere Menschen, beizutragen. Die Lebenserwartung steigt, doch gleichzeitig gehen die Geburtenraten kontinuierlich zurück, weshalb immer weniger Mittel zur Verfügung stehen, um einer alternden Gesellschaft einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen.

Die Armut unter jungen Menschen nimmt zu, was in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit nicht nur ihren Status als Steuerzahler, sondern auch ihr seelisches Wohlbefinden gefährdet. Einer Studie des McKinsey Global Institute von 2016⁴ zufolge ist die derzeitige Generation die erste in der Geschichte, der es schlechter geht als ihren Eltern, was verheerende Auswirkungen auf unser ganzes System haben könnte. Junge Menschen müssen in allen Sektoren und Institutionen, von der lokalen bis hin zur nationalen und europäischen Ebene, als Priorität anerkannt werden. Dies wäre zwar ein Anfang, doch stellt sich die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um den Arbeitsmarkt, die technologische Entwicklung und die Bildungssysteme in ganz Europa zu verbessern, damit junge Menschen von ihnen profitieren können. Beim EYE 2018 kamen mehr als 8 000 junge Menschen zusammen, um über diese Themen zu diskutieren. Die jungen Menschen sind besorgt, jedoch auch ambitioniert. Es ist in an der Zeit, dass die Politik sich von diesem jugendlichen Geist leiten lässt.



Instagram: @cinnavox

³ Eurostat: Unemployment statistics. Eurostat Statistics explained. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics#Recent_developments (Zugriff im Juli 2018)

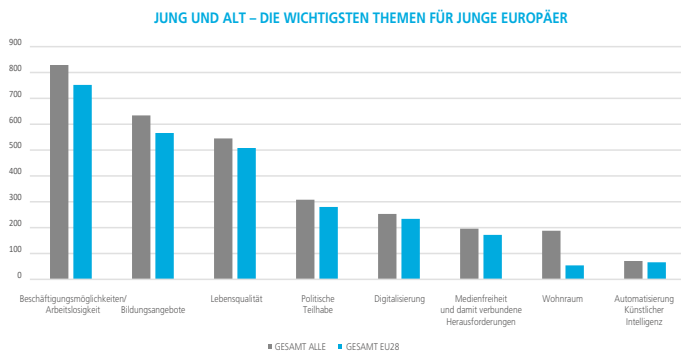
⁴ Richard Dobbs et al.: Poorer than their parents? Flat or falling incomes in advanced economies. McKinsey Global Institute, Juli 2016. <https://www.mckinsey.com/~/media/McKinsey/Featured%20Insights/Employment%20and%20Growth/Poorer%20than%20their%20parents%20A%20new%20perspective%20on%20income%20inequality/MGI-Poorer-than-their-parents-Flat-or-falling-incomes-in-advanced-economies-Full-report.aspx> (Zugriff im Juni 2018)

ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Die Auswirkungen der Finanzkrise von 2008 haben einige Gruppen, unter anderem die Jugend, stärker getroffen als andere Teile der Bevölkerung. Im Jahr 2017 lag die Jugendarbeitslosigkeit der EU28 bei durchschnittlich 16,8 % (Eurostat) und damit in etwa genauso hoch wie zehn Jahre zuvor (15,8 %).⁵

Junge Menschen bekamen die Auswirkungen der Finanzkrise besonders stark zu spüren. Auch wenn sich die Situation in den letzten Jahren verbessert hat, so erreichen die Beschäftigungszahlen derzeit gerade einmal wieder das Vorkrisenniveau und im ersten Quartal 2013 betrug die Jugendarbeitslosigkeit 23,9 %. Die Arbeitslosenquoten sind von Land zu Land unterschiedlich und reichen von 6 % in Deutschland bis zu 42 % in Griechenland. Dies zeigt deutlich, dass sich der Zugang zum Arbeitsmarkt für junge Menschen in Süd- und Osteuropa schwieriger gestaltet. Darüber hinaus nimmt der Anteil der NEET, also derer, die sich weder in Arbeit noch Ausbildung befinden, weiter zu: Im Jahr 2017 waren es laut Eurostat⁶ fast 17 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 34, insgesamt also fast jeder fünfte junge Mensch (18,3 %). Des Weiteren werden bei der Unterscheidung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen für gewöhnlich diejenigen nicht berücksichtigt, die zwar arbeiten, aber unterbeschäftigt sind, beispielsweise weil sie illegal tätig oder unterbezahlt sind. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen immer weiter zu. Besonders deutlich wird dies am Phänomen der sogenannten „Gig Economy“, die nur befristete Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Das Konzept der „Flexicurity“ (engl. flexibility and security, also Flexibilität und Sicherheit) hat sich noch nicht bewährt, und obwohl immer mehr junge Menschen arbeiten, bleiben sie dennoch arm (laut Eurostat betrifft dies jeden dritten jungen Menschen in Europa).⁷ Neue Arbeitsformen setzen eine Flexibilität voraus, die nur allzu oft unter Zwang akzeptiert und nicht aus freien Stücken gewählt wird. Dies führt zu neuen, bedenklichen Phänomenen wie den sogenannten „SINKies“ (engl. Single Income, No Kids: ein einziges Einkommen, kinderlos), also jungen arbeitenden Paaren, deren gemeinsames Einkommen kaum das Niveau eines einzigen „angemessenen“ Einkommens erreicht. All das wirkt sich negativ auf den Zugang junger Menschen zu bestimmten sozialen Rechten wie Wohnraum, Arbeit und Bildung aus.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, hat die EU Maßnahmen wie die Jugendgarantie⁸ und die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen⁹ eingeführt. Auch wenn diese Initiativen als wirksam zur Bekämpfung der Krise der Jugendarbeitslosigkeit betrachtet werden, so gibt die Caritas (2018) zu bedenken, dass sich die europäischen Antworten tendenziell zu einseitig auf die Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit konzentrieren und somit eher auf die Quantität denn auf die Qualität des Angebots ausgerichtet zu sein scheinen.¹⁰ Zudem werden stark marginalisierte Gruppen durch die Maßnahmen oftmals nicht erfasst, und es fehlt an entsprechenden Schutzmaßnahmen. Unbezahlte Praktika sind ein klassisches Beispiel für derartige Probleme. Nun, da sich die Wirtschaft offenbar wieder im Aufschwung befinde, sei es an der Zeit, korrigierend einzugreifen und die Qualität von Beschäftigung und Ausbildungsplätzen zu gewährleisten, so die Caritas. Und in der Tat: Faire Arbeitsbedingungen – angefangen bei den Gehaltsvorstellungen – zählen zu den häufigsten Forderungen junger Menschen.



⁵ Eurostat-Pressemittteilung: Unemployment in the EU regions in 2017. <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8830865/1-26042018-AP-EN.pdf/bb8ac3b7-3606-47ef-b7ed-aadc4d1e2aae> (Zugriff im Juni 2018)

⁶ Eurostat: Statistics on young people neither in employment nor in education or training. Eurostat Statistics explained. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Statistics_on_young_people_neither_in_employment_nor_in_education_or_training (Zugriff im Juni 2018)

⁷ Eurostat. Young people - social inclusion. Eurostat Statistics explained. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Young_people_-_social_inclusion (Zugriff im Juni 2018)

⁸ Europäische Kommission: Die Jugendgarantie. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de> (Zugriff im Juli 2018)

⁹ Europäische Kommission: Beschäftigungsinitiative für junge Menschen. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1176&langId=de> (Zugriff im Juni 2018)

¹⁰ Caritas Europa: Europe's youth. Between hope and despair. <http://www.caritas.eu/sites/default/files/caritas-europesyouth-en-web.pdf> (Zugriff im Juni 2018)

1. REVOLUTIONIERUNG DES PERSONALWESENS DURCH E-PORTFOLIOS

Imen & Simone

Eine erfüllte Arbeit bedeutet meist auch ein erfülltes Leben. Wir müssen die Einstellungsverfahren in den Unternehmen ändern und herkömmliche Lebensläufe hinter uns lassen. Ein geeigneter Weg hierfür wäre eine Förderung sogenannter E-Portfolios durch die EU. Dabei handelt es sich um eine neue Art des Lebenslaufs, durch den ein ganz neuer Ansatz in Bezug auf Identität in der EU geschaffen werden soll.

Dadurch böten sich eine Reihe von Vorteilen: eine dynamischere Vermittlung zwischen Menschen und Arbeitsplätzen, eine leichtere Präsentation individueller Fähigkeiten und neuer Lernmethoden (insbesondere für Lehrer) und eine Verbesserung und Erweiterung der ESCO-Plattformen (europäische Fähigkeiten, Kompetenzen, Qualifikationen und Berufe) bei der Arbeitsplatzsuche. Durch E-Portfolios erhalten Firmen Vorschläge, was potenzielle Kandidaten einem Unternehmen bieten können.

Eine solche Lösung würde junge Menschen dazu bringen, aktiv und zielorientiert darüber nachzudenken, welchen Job sie wollen. Und sie würde auch als Motivation für Arbeitgeber wirken. Ein weiterer Vorteil bestünde darin, dass Fähigkeiten, Kompetenzen und Qualifikationen interaktiver ineinandergreifen. Letztendlich erhöhen E-Portfolios die Sichtbarkeit auf dem Arbeitsmarkt und erleichtern die Suche nach einem Arbeitsplatz oder Mitarbeiter.

Die EU könnte hierbei eine Führungsrolle übernehmen, indem sie Anreize für die Erstellung von E-Portfolios schafft und eine zentrale Datenbank einrichtet, über die Arbeitssuchende ihre Fortschritte regelmäßig aktualisieren und sich einfacher und gezielter um Arbeitsstellen bewerben können.

3. SCHAFFUNG EIGENER JUGENDABTEILUNGEN IN INSTITUTIONEN

Ana

Ich glaube, es wäre von Vorteil, wenn alle Unternehmen, staatlichen und öffentlichen Institutionen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen eine eigene Jugendabteilung hätten. Diese Abteilung sollte ein Programm für junge Menschen erstellen, damit diese eine Arbeitsstelle erhalten, die ihrem jeweiligen Profil entspricht. Diese Programme würden jungen Menschen die nötigen Impulse geben, um sich durch das Sammeln von Erfahrungen beruflich weiterzuentwickeln.

Die Zulassungsvoraussetzungen für junge Menschen zu derartigen Programmen sollten Motivation, akademische Leistung und Persönlichkeit sein. Im Idealfall würden akademische Einrichtungen diese Programme in Zusammenarbeit mit Unternehmen und anderen Organisationen erstellen, um Theorie und Praxis besser zu verbinden.

Davon würden beide Seiten profitieren: Arbeitgeber würden die richtigen Mitarbeiter für ihr Unternehmen/ihre Institution finden, da sie ihnen die notwendigen Fähigkeiten während eines Praktikums selbst beibringen, und junge Menschen könnten ihre Eignung unter Beweis stellen und einen Arbeitsplatz erhalten.

2. UNTERSTÜTZUNG DER BERUFLICHEN BILDUNG UND UMSETZUNG EINES DUALEN AUSBILDUNGSSYSTEMS

Thomas

Berufliche Bildung wird zunehmend als Möglichkeit gesehen, die Lücke zwischen Ausbildung und Beschäftigung zu schließen. Sie ermöglicht größere Flexibilität im Hinblick auf die Erlangung neuer Fähigkeiten und macht es leichter, Arbeit und Familienleben mit einem möglichen Berufswechsel zu vereinbaren. Zudem wird dabei der psychischen Gesundheit der Menschen mehr Beachtung geschenkt, da längere Phasen der Arbeitslosigkeit vermieden werden. Mögliche Probleme im Zusammenhang mit der beruflichen Bildung, etwa die räumliche Entfernung der Ausbildungsstätte oder Kosten für Materialien und Beförderung, müssen in Angriff genommen werden.

Ein möglicher Ansatz wäre es, ein europaweites duales Ausbildungssystem nach dem Vorbild Deutschlands einzuführen. In Deutschland erhalten Auszubildende parallel zum Unterricht in Schulen eine praxisbezogene Berufsausbildung im Betrieb. Dort erlernen sie praxisnah einen Beruf und werden dafür bezahlt.

Das würde jungen Menschen helfen, und auch Unternehmen würden profitieren, da sie Beschäftigte, in die sie investiert haben, behalten könnten.



4. MOBILES LEISTUNGSSYSTEM FÜR ARBEITNEHMER

Daniel

Ich schlage vor, die neuen flexiblen Arbeitsformen mit wirtschaftlicher Sicherheit und sozialem Schutz in Einklang zu bringen. Die EU sollte ein „mobiles“ Leistungssystem für Arbeitnehmer einrichten. Wie würde es funktionieren? Mit dem System würden individuelle Konten geschaffen. Arbeitnehmer würden ihr Konto während ihrer gesamten Laufbahn behalten und könnten dadurch die Art, Struktur und Intensität ihrer Tätigkeit ändern und dabei weiterhin Zugang zu Sozialleistungen haben.

Da traditionelle Annahmen – zum Beispiel, dass die Ausbildungsphase im zweiten, die Laufbahnentwicklung im vierten und das Erwerbsleben im sechsten Lebensjahrzehnt endet – an Bedeutung verlieren, wird der Begriff der „lebenslangen Beschäftigung“ hinfällig. Daher ist es entscheidend, dass die Bedingungen für flexible und vielfältige Arbeitsformen geschaffen werden.

Bereits jetzt ermöglichen alternative Arbeitsformen größere Flexibilität: sowohl für Unternehmen, die außerhalb ihres Betriebs vorhandenes Know-how für sich nutzen können, als auch für Arbeitnehmer, die ihre Laufbahnen nach ihren persönlichen Vorlieben gestalten können. Allerdings dürfen flexible Arbeitsformen nicht zulasten der wirtschaftlichen Sicherheit gehen. Durch diesen Vorschlag könnte das garantiert werden.

Und damit er funktioniert, sollte die EU eine Vermittlerrolle übernehmen und die verschiedenen Akteure zusammenbringen, damit sie entscheiden, wer einen finanziellen Beitrag in welcher Höhe leistet. Wer könnte ein solches System verwalten? Und welche Art von Regulierungsmaßnahmen müssen getroffen werden, um ein derartiges Modell zu ermöglichen?

5. REFORM DER JUGENDGARANTIE

In einem Workshop entwickelte Idee

Die EU sollte eine Reform ihrer Jugendgarantie in Erwägung ziehen, um stärker die Qualität und weniger die Quantität von Arbeitsplätzen in den Vordergrund zu rücken. Es sollten nur solche Beschäftigungsmöglichkeiten finanziell gefördert werden, bei denen jungen Menschen für mindestens 18 Monate eine sichere Anstellung garantiert wird.

Professor Bjørn Hvinden, Leiter des EU-Projekts „Negotiate“, bei dem die Auswirkungen befristeter und unsicherer Beschäftigungsverhältnisse auf junge Arbeitnehmer ermittelt werden sollen, gibt zu bedenken, dass Arbeitgeber in einigen EU-Staaten finanzielle Förderung dafür erhielten, dass sie minderwertige Arbeitsplätze mit nur wenigen längerfristigen Vorteilen schaffen. Seine Forschung zeigt, dass durch Beschäftigungsformen von geringer Qualität nicht nur die Lebensqualität und die psychische Gesundheit junger Menschen beeinträchtigt werden, sondern junge EU-Bürger auch weniger attraktiv für Arbeitgeber werden könnten.¹¹

Eine Reform der EU-Jugendgarantie würde helfen, Stress und andere schädliche Begleiterscheinungen von unsicheren Arbeitsverhältnissen zu mindern.

6. SCHAFFUNG EINER GENERATIONEN-ÜBERGREIFENDEN ARBEITNEHMERCHARTA

In einem Workshop entwickelte Idee

Die EU sollte eine generationenübergreifende Arbeitnehmercharta einführen, um die Fähigkeiten unterschiedlicher Generationen zu nutzen und eine harmonischere Arbeitsumgebung zu schaffen. Dadurch könnten die vielfältigen Probleme verschiedener Generationen, wie zum Beispiel das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage – insbesondere hinsichtlich Fähigkeiten und Ausbildung –, in Angriff genommen und die gebündelten Stärken unterschiedlicher Altersklassen genutzt werden, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen. So gelten beispielsweise junge Menschen häufig in bestimmten technischen Dingen als versiert, während ältere Arbeitnehmer ihre Erfahrungen aus jahrzehntelanger Arbeit in einem Unternehmen weitergeben oder Lösungen, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, anregen können.

Die generationenübergreifende Arbeitnehmercharta der EU wäre ein freiwilliger Verhaltenskodex, nach dem die Betriebe verpflichtet wären, die kombinierten Fähigkeiten ihrer Arbeitnehmer aus unterschiedlichen Generationen zu nutzen, indem sie Praktiken wie generationenübergreifendes Mentoring oder umgekehrtes Mentoring, bei dem die Jungen ihr Wissen mit ihren älteren Kollegen teilen, fördern.

Schon bald wird die Erwerbsbevölkerung in der EU erstmals in der Geschichte aus Menschen bestehen, die fünf unterschiedlichen Generationen angehören.¹² Jede Generation wurde durch verschiedene Erfahrungen geprägt, besitzt unterschiedliche Stärken und Schwächen und hat eigene Ansichten über das Arbeitsleben. Diese Gruppen werden in großen Betrieben zusammenarbeiten müssen, und es besteht die Gefahr, dass am Ende alle eine unterschiedliche Richtung einschlagen.

Ferner könnten Organisationen, die die Charta unterzeichnen, sich dazu verpflichten, in ihrer Belegschaft für ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Generationen zu sorgen. Hierfür könnten gewisse Anpassungen vorgenommen werden: Einerseits könnte es älteren Arbeitnehmern ermöglicht werden, länger an ihrem Arbeitsplatz zu bleiben (z. B. durch Veränderung ihrer Arbeitsumgebung oder mehr Flexibilität), andererseits könnte es jüngeren Arbeitnehmern erleichtert werden, ihr Berufsleben mit anderen Verpflichtungen wie der Betreuung von Kindern oder älteren Verwandten in Einklang zu bringen.

Organisationen, die die Charta unterzeichnen, könnten bestimmte Anreize und besondere Anerkennung erhalten. Gleichmaßen könnte die EU versuchen, Unternehmen in diesen Prozess einzubeziehen, und ein Netzwerk schaffen, das bewährte Verfahren für generationenübergreifende Gerechtigkeit erläutert.

¹¹ Teresa Küchel, "EU youth unemployment: some jobs are worse than being unemployed", Nordic Labour Journal, <http://www.nordiclabourjournal.org/nyheter/news-2017/article.2018-01-15.4801052502> (Accessed June 2018)

¹² Bentley University, "Multi-Generational Impacts on the Workplace", <https://www.bentley.edu/files/2017/11/01/Bentley%20CWB%20Generational%20Impacts%20Research%20Report%20Fall%202017.pdf> (Accessed July 2018)

7. EUROPÄISCHES PROGRAMM GEGEN DAS MISSVERHÄLTNISS ZWISCHEN QUALIFIKATIONSANGEBOT UND -NACHFRAGE

Daniel

Die EU sollte auf der Grundlage von Initiativen und Finanzierungsmechanismen, die das lebenslange Lernen fördern (z. B. die Europäische Agenda für neue Kompetenzen), ein Programm schaffen, um gegen das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage vorzugehen. Dieses könnte ein Ökosystem (öffentlich-privater Dialog) von Experten auf EU-Ebene umfassen, deren Aufgabe darin besteht, nach Ländern, Branchen und Sektoren zu beobachten und zu skizzieren, welche Fähigkeiten künftig gebraucht werden, und mögliche Missverhältnisse zwischen dem Angebot von und der Nachfrage nach diesen Fähigkeiten zu ermitteln.

Der technologische Fortschritt und die Digitalisierung führen dazu, dass sich die Arten der Stellen und Fähigkeiten, die künftig auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden, rasch ändern, wodurch die bestehenden Arbeitsmarktsysteme in den Mitgliedstaaten unter Druck geraten. Dieser Vorschlag würde helfen, diese weitreichenden Veränderungen zu kontrollieren, ihr Potenzial zu nutzen und für eine gerechtere Verteilung innerhalb Europas zu sorgen, indem die Mobilität in allen Mitgliedstaaten gefördert und der Abwanderung der Bevölkerung entgegengewirkt wird.

Das Programm sollte angemessen geleitet werden, indem klare Maßstäbe gesetzt, Rechtssicherheit für alle geboten und seine universelle Anwendung sichergestellt wird. Das heißt, es sollte Wachstum, Entwicklung und die Mobilität von Menschen zwischen Organisationen, Branchen und Ländern fördern.

INTERVIEW



Die EU hat spezielle Strategien zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit entwickelt: Funktionieren sie?

Die Situation hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit hat sich verbessert, und die Jugendgarantie hat maßgeblich dazu beigetragen. Doch welche Arten von Arbeitsplätzen werden geschaffen? Sind sie gut bezahlt? Bieten sie sozialen Schutz? Sind die Gehälter angemessen? Können junge Menschen unabhängig werden? Vielleicht sind wir nicht arbeitslos, aber wir arbeiten häufig in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Uns wird sogar gesagt, dass dies die Zukunft der Arbeit sein könnte. Wir sind offen dafür, doch mittlerweile ist ein ganz neues Narrativ entstanden: nämlich, dass wir unvorhersehbar, flexibel und frei sein wollen. Wenn du aber die Wahl hättest, welche Art von Arbeitsstelle du willst, welche würdest du wählen? 74 % der jungen Menschen, die Mitglieder unserer Organisation sind, geben an, sie wünschten sich in erster Linie einen stabilen, langfristigen Vertrag. Nur 4 % wollen Freiberufler sein. 50 % der jungen Menschen sind wirklich schon allen möglichen Tätigkeiten nachgegangen, allerdings keiner, die man als hochwertige Arbeit bezeichnen könnte. Suchen wir uns das also aus, als unseren „Lifestyle“? Das ist absurd. Es wird Flexibilität verlangt, aber das ist keine echte Freiheit: Wenn ich mich immer um meine Arbeit sorgen muss, bin ich nicht frei. Wir dürfen uns nicht länger vom Arbeitsmarkt missbrauchen lassen. Wir müssen anfangen, über Arbeitsplätze von hoher Qualität zu sprechen. Wir müssen jungen Menschen eine Wahl geben.

Was sind die drei wichtigsten Maßnahmen, die getroffen werden sollten, um das System zu ändern?

Die erste Maßnahme wäre es, den Faktor Qualität auch wirklich umzusetzen: Die Gehälter sollten über dem Existenzminimum liegen, es sollten gleiche Chancen für alle herrschen, und keiner sollte länger als 8 Stunden arbeiten müssen. Dabei sollten wir auch an die Umwelt denken. Die zentrale Lösung für die Zukunft wäre es also, hochwertige, nachhaltige und grüne Arbeitsplätze zu schaffen. Der zweite Punkt, der konkret für junge Menschen wichtig ist, ist der, dass alle Praktika bezahlt werden sollten. Die EU sollte ihre Mitgliedstaaten auffordern, ihre Gesetze zu ändern, damit sämtliche Praktika entlohnt werden müssen. Drittens: Wir müssen die Vierte Digitale Revolution aufmerksam verfolgen und regulieren. Bisher hat die „Gig Economy“ vor allem Arbeitsplätze ohne jeglichen sozialen Schutz hervorgebracht. Ich bin aber der Meinung, dass soziale Rechte und Arbeitnehmerrechte bei jeder Art von Arbeit geschützt werden müssen. Und vergesse nicht, junge Menschen in diese Entwicklung einzubeziehen. Wir wollen Teil der Lösungen sein.

Kommissarin Thyssen hat gesagt, die EU habe das Budget für Erasmus Plus verdoppelt. Sie sagen, es sollte verzehnfacht werden.

Ich glaube nicht, dass die Jugend wirklich die Priorität darstellt, auch wenn viele EU-Vertreter das behaupten. Aber wenn es um Haushaltslinien geht, wird deutlich, dass es nicht so ist. Andere Bereiche wie die Landwirtschaft oder die Sicherheitssysteme sind Prioritäten. Das Bewusstsein dafür ist in Europa nicht stark genug ausgeprägt. Wenn uns wirklich klar wäre, wie wichtig es ist, dass jeder junge Mensch eine Chance erhält, dann wäre es auch kein Problem, den Haushalt zu verzehnfachen, weil wir wüssten, dass sich das am Ende auszahlen wird.

Tea Jarc,

Vorsitzende der slowenischen Jugendgewerkschaft „Mladi Plus“



TECHNOLOGIE

Der technologische Fortschritt stellt heutzutage in allen Bereichen des menschlichen Lebens eine Herausforderung dar.

Die EU hat erkannt, dass die Entwicklung neuer Technologien, ihre wirksame Nutzung und ihre wirtschaftliche Nutzbarmachung im weltweiten Wettlauf um Innovationen und Rentabilität von entscheidender Bedeutung sind. Hightech-Branchen und -Unternehmen gelten als zentrale Triebfedern für wirtschaftliches Wachstum und bieten im Allgemeinen gut bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten.

Laut Eurostat waren 2014 in der EU fast 46 000 Unternehmen in der Hightech-Fertigung tätig (von der Luft- und Raumfahrt über die Rüstung und Telekommunikation bis hin zur Herstellung wissenschaftlicher Instrumente usw.), allerdings trugen diese im Jahr 2015 gerade einmal 4 % zur Gesamtbeschäftigung bei. Obwohl sie 17 % des Werts der gesamten Ausfuhren aus der EU ausmachten, war bei Hightech-Produkten ein Handelsdefizit zu verzeichnen, da die Einfuhren allein im Jahr 2015 die Ausfuhren um 22 Mrd. EUR überstiegen. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung im Technologiebereich steigen, doch Europa ist noch immer weit davon entfernt, diesbezüglich eine weltweite Führungsposition einzunehmen.¹³

Obwohl der technologische Fortschritt und die Notwendigkeit der Technologie deutlich sichtbar sind, wird sie noch immer argwöhnisch betrachtet. Als eine der offenkundigsten und beunruhigendsten Konsequenzen wird vorausgesagt, dass mit dem Aufstieg der Robotik und der künstlichen Intelligenz immer mehr Menschen von ihrem Arbeitsplatz verdrängt werden: Laut einer Studie des McKinsey Global Institute könnten bis 2030 bis zu 800 Millionen Arbeitsplätze verlorengehen.¹⁴ Aktuell wird über dieses Thema diskutiert, doch Optimisten sagen, dass in den Bereichen, in denen Arbeitsplätze verlorengehen, auch neue Stellen geschaffen werden und junge Menschen wahrscheinlich schon bald in Jobs tätig sein werden, die heute noch gar nicht existieren.

Was auch immer die Zukunft bringt, der Trend lässt sich nicht aufhalten. Deshalb ist es besser, vorauszudenken und einen Weg zu finden, den technologischen Wandel zu bewältigen. Es werden viele Fragen zum Thema Technologie gestellt: Wie etwa sollten künstliche Intelligenz und die Produktion von Robotern reguliert werden und welche qualitativen und ethischen Maßstäbe müssen gesetzt werden, damit Technologien das Leben der Menschen erleichtern und nicht bedrohen? Auch in Bezug auf Fragen der Privatsphäre und Sicherheit gibt es Bedenken. All diese Fragen müssen in der Öffentlichkeit und nicht nur in wissenschaftlichen Ausschüssen und technischen Arbeitsgruppen diskutiert werden.

8. SCHAFFUNG EINER EUROPÄISCHEN AGENTUR FÜR ROBOTIK UND EINES ROBOTIK-COMPLIANCE-SIEGELS

Francesca & Eduard

Die EU sollte Regeln für die Erprobung, Zertifizierung, Konzeption und Standardisierung von – spezifischen Klassen von – Produkten im Bereich der Robotik und künstlichen Intelligenz entwickeln, durchsetzen und kontinuierlich aktualisieren. Dies könnte auf eine formelle Grundlage gestellt werden, indem Expertenausschüsse eingerichtet werden, die sich mit ethischen, technologischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen sowie gemeinschaftlichen Governance-Instrumenten auseinandersetzen. Darüber hinaus könnten mit einem europäischen Robotik-Compliance-Siegel einheitliche Standards gewährleistet werden.

Eine der größten Herausforderungen im Technologiebereich besteht darin, eine europaweite, gemeinsame Strategie für die Robotik zu entwickeln. Gesetze können Innovationen hemmen, sind jedoch auch notwendig, damit Technologien von möglichst vielen Menschen akzeptiert werden. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, einen Rechtsrahmen zu schaffen, mit dem Innovationen gefördert werden und sichergestellt wird, dass dies auf der Grundlage zentraler Werte der EU erfolgt.

Dieser Ansatz könnte uns helfen, alle verfügbaren Möglichkeiten der Robotik und der künstlichen Intelligenz zu nutzen, indem technologische Innovationen durch enge, maßgeschneiderte, im Vorfeld bewertete und kontinuierlich überwachte Vorschriften reguliert werden und gleichzeitig auch ethisch orientierte Designs gefördert werden, um die Akzeptanz aufseiten der Nutzer ab den ersten Phasen der Produktentwicklung zu gewährleisten.

Darüber hinaus geht ein Robotik-Compliance-Siegel einher mit einem iterativen Regulierungsprozess für die Governance im Bereich der Robotik, da dieser Prozess die Erstellung von Leitlinien ermöglichen würde, die als vorübergehender Maßstab für Anwendungen und Entwicklungen in der Robotik dienen könnten. Die Zertifizierung könnte von Zeit zu Zeit überprüft werden, um höchstmögliche Schutzstandards zu gewährleisten.

¹³ Eurostat: Archive: High-tech statistics. Eurostat Statistics explained. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Archive:High-tech_statistics&oldid=220664 (Zugriff im Juni 2018)

¹⁴ James Manyika et al.: Jobs lost, jobs gained: workforce transitions in a time of automation. McKinsey Global Institute, Dezember 2017. <https://www.mckinsey.com/~/media/McKinsey/Featured%20Insights/Future%20of%20Organizations/What%20the%20future%20of%20work%20will%20mean%20for%20jobs%20skills%20and%20wages/MGI-Jobs-Lost-Jobs-Gained-Report-December-6-2017.ashx> (Zugriff im Juni 2018)

9. REGULIERUNG DER MILITÄRISCHEN NUTZUNG VON KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

Neven

Die Europäische Union sollte dafür sorgen, dass Unternehmen mit Sitz in der EU, die mit anderen (Nicht-EU-)Staaten Handel treiben, strengen Regeln im Hinblick auf die militärische Nutzung künstlicher Intelligenz unterworfen werden.

Man hört viel über künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen und die damit verbundenen neuen Vorteile für die Gesundheitsversorgung und selbstfahrende Autos, doch ein anderer wichtiger Punkt sind die Auswirkungen, die das maschinelle Lernen mittlerweile auf die Militärtechnologie hat. Maschinen sind bereits in der Lage, zu entscheiden, ob sie töten oder nicht, und diese Entscheidungen basieren vor allem auf Modellen für maschinelles Lernen.

Viele dieser Algorithmen sind höchst undurchsichtig, und niemand ist wirklich verantwortlich für die Entscheidung über Leben oder Tod.

Dieser Vorschlag würde helfen, die Nutzung der künstlichen Intelligenz und des maschinellen Lernens auf friedliche Zwecke zu beschränken. Greg Allen, Forschungsbeauftragter am Center for New American Security, sagt, die künstliche Intelligenz könnte im Bereich der militärischen Hardware einen ebenso großen Einfluss haben wie die Entwicklung von Nuklearwaffen.

Die EU könnte ein Verbot der Verwendung künstlicher Intelligenz in militärischer Hardware durchsetzen, indem sie Rechtsvorschriften zur Waffenproduktion in der EU erlässt.

10. SCHAFFUNG EINER EUROPÄISCHEN CROWDFUNDING- PLATTFORM

Olga

Ich denke, es wäre sinnvoll, wenn die EU das Crowdfunding-System innerhalb der bestehenden Institutionen der öffentlichen Finanzierung ansiedeln und eine offizielle Plattform einrichten würde, über die alle vorgeschlagenen Projekte von offiziellen, für die EU tätigen Experten evaluiert und geprüft würden. Bei diesen Experten könnte es sich um Vertreter aus den Bereichen Cybersicherheit und Betrugsbekämpfung handeln, die potenziell betrügerische Aktivitäten ermitteln könnten.

Zahlreiche Start-ups, die sich in der Anfangsphase befinden, sind von öffentlicher Finanzierung abhängig, aber auch von Crowdfunding-Plattformen. Bedauerlicherweise werden diese Plattformen mitunter von Betrügern als sichere Zufluchtsorte missbraucht.

Durch diese Maßnahme würden europäische Bürger die Möglichkeit erhalten, Projekte, für die sie sich interessieren, direkt und sicher zu finanzieren. Ferner könnten Start-ups unverzüglich Kunden für ihre Produkte finden.

11. INVESTITIONEN IN TECHNOLOGIEN FÜR KULTUR UND KULTURELLES ERBE

Adrià

Ich bin der Ansicht, die EU sollte mehr in Technologien investieren, die im kulturellen und künstlerischen Bereich, insbesondere in öffentlichen Museen, angewandt werden, um die Erfahrung für die Nutzer integrativer zu gestalten. Der Einsatz neuer Technologien würde die Art, wie wir traditionelle Museen besuchen und entdecken und in ihnen lernen, ändern und die Menschen mehr für Kultur begeistern.

In einigen Museen werden bereits sogenannte Bots eingesetzt, die die Besucher, insbesondere junge Menschen, durch die Räumlichkeiten führen und ihnen Kunst und Geschichte auf unterhaltsame Weise näherbringen. Diese Technologie könnte weiterentwickelt und auf eine neue Ebene gebracht werden. Ich träume von einer Zukunft, in der die Besucher von Museen die Möglichkeit haben, mithilfe von künstlicher Intelligenz und virtueller Realität unmittelbar mit historischen Persönlichkeiten zu interagieren oder in ein Gemälde „einzutauchen“.

Um Investitionen in derartige Technologien zu unterstützen, könnte ein Teil der herkömmlichen Touristensteuern, beispielsweise von Hotels, zur Finanzierung dieser Museen verwendet werden.

INTERVIEW



Was sind derzeit die größten Herausforderungen im Bereich der künstlichen Intelligenz?

Ich glaube, dass es auf dem Gebiet der Robotik und der künstlichen Intelligenz derzeit um drei Schlüsselbegriffe geht, die eine Reihe von Fragen aufwerfen. Das erste Element betrifft den Bereich der Wahrnehmung, nämlich die Frage, wie Roboter Menschen imitieren müssen. Die Frage lautet hier, wie wir sie konstruieren, damit sie das Leben der Menschen verbessern. Der zweite Punkt ist der Begriff der Diversität: Technologie ist heutzutage in der Lage, über die menschliche Natur hinauszugehen. Beispielsweise ermöglichen es bestimmte Technologien, Farben, die wir nicht sehen können, zu „hören“. Hierbei stellt sich die Frage, wie wir Technologie fördern sollen, die den Menschen hilft, aber dennoch möglichst der menschlichen Natur entspricht. Das dritte Schlüsselwort ist Schutz: Wie lassen sich Gesetze gestalten, die die Menschen schützen?

Robotik und Automatisierung geben zunehmend Anlass zu Sorgen, insbesondere bei jungen Menschen, die Angst haben, dadurch ihre Arbeitsplätze zu verlieren. Ist diese Sorge berechtigt oder nicht?

Innovationen gab es schon immer. In einem Buch von Nicholas Carr [Anm.d.Red.: The Glass Cage] über die im Laufe der Zeit durch Technologien verursachten Veränderungen wird dies erklärt. Das, womit wir es gerade zu tun haben, könnte massive Auswirkungen haben, auch aufgrund der Globalisierung. Aber dennoch handelt es sich um eine Entwicklung, die es in der Geschichte schon immer gegeben hat. Das bedeutet nicht, dass wir uns mit dieser Herausforderung nicht auseinandersetzen sollten. Aber wir müssen auch die damit verbundenen Chancen sehen: Es werden neue Arbeitsplätze geschaffen, und bei einem Teil der Jobs, die verschwinden werden, wird es sich um solche handeln, die nicht mehr benötigt werden oder ineffizient sind. Innovationen könnten zu wirtschaftlichem Wachstum führen, das allen zugutekommen wird: Einige Arbeitsplätze werden sich im Zuge der Digitalisierung verändern und weiterentwickeln. Wir sollten versuchen, die Vorteile zu sehen, um die Gestaltung der Arbeitsplätze für diejenigen, die durch diese Umbruchsphase gehen, zu unterstützen und anzupassen. Das wird sich mit der Zeit normalisieren. Der Wandel wird kommen, und wir können uns nicht vor ihm verstecken. Daher müssen wir entscheiden, wie wir mit ihm umgehen.

Francesca Episcopo,
Forschungsbeauftragte im DIRPOLIS-Institut



12. EINFÜHRUNG EINER EUROPÄISCHEN FOLGENABSCHÄTZUNG IM BEREICH DER ROBOTIK

Eduard

Ich schlage die Einführung einer europäischen Folgenabschätzung im Bereich der Robotik vor, um die Risiken im Zusammenhang mit dem Einsatz von Robotertechnologie und künstlicher Intelligenz zu analysieren, zu mindern und zu beseitigen.

Derzeit gibt es keine spezifischen fachübergreifenden Leitlinien für den Bereich der Robotik, mit denen sich die Risiken derartiger Technologien für die Gesellschaft ermitteln und bewerten ließen. Robotertechnologie kann Auswirkungen auf die Privatsphäre, Würde, Autonomie und – sowohl physische als auch psychische – Sicherheit von Menschen haben, wodurch ernsthafte ethische Fragen aufgeworfen werden.

Eine entsprechende Folgenabschätzung entspricht dem risikobasierten Ansatz der Folgenabschätzung im Bereich der Privatsphäre und Überwachung („Privacy and Surveillance Impact Assessment“) in der Europäischen Union, sollte jedoch zusätzlich noch zahlreiche andere Arten von Risiken abdecken. Unlängst wurden derartige Bewertungen in den Bereichen Robotik (Care Robot Impact Assessment, Fosch-Villaronga 2015) und Algorithmen (Algorithm Impact Assessment, AI Now Institute 2018) durchgeführt.¹⁵

Dies würde den Compliance-Prozess von Roboterentwicklern erleichtern, da sie für die Ermittlung und Bewertung der verschiedenen Risiken im Zusammenhang mit ihren Robotern verantwortlich wären.



¹⁵ E. Fosch-Villaronga: Creation of a Care Robot Impact Assessment. International Journal of Humanities and Social Sciences Vol. 9, Nr. 6, 2015. <https://waset.org/publications/10001664/creation-of-a-care-robot-impact-assessment>; (Zugriff im Juni 2018).

D. Reisman et al.: Algorithmic Impact Assessments: a practical framework for public agency accountability. AI Now Institute, April 2018. <https://ainowinstitute.org/aiareport2018.pdf> (Zugriff im Juni 2018)

13. SCHAFFUNG GESAMTEUROPÄISCHER MEDIEN

Olga

Wir brauchen dringend gesamteuropäische Medien. Und damit meine ich nicht Medien, die sich auf politische Ereignisse konzentrieren, sondern solche, die Nachrichten, Unterhaltung und Filme bieten – Medien, die in allen Mitgliedstaaten dasselbe Programm anbieten. Derzeit wird über die Mainstreamkanäle – angefangen bei TV- und Video-on-Demand – nicht genügend Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit über die EU betrieben.

In jedem einzelnen Mitgliedstaat Europas werden amerikanische Bestseller, Blockbuster, TV-Serien und Gadgets konsumiert. Das Argument, wonach zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten sprachliche oder kulturelle Barrieren bestünden, lasse ich nicht gelten: Schweden unterscheidet sich von Italien genauso wie Texas von Kalifornien. Kultur und Medien bilden die Grundlage für eine europäische Identität.

Der Erfolg bestimmter europäischer TV-Serien, oftmals Krimis, in englischsprachigen Ländern ist Beleg dafür, dass die Zuschauer bereit sind, Inhalte mit Untertiteln zu konsumieren. Deutlich wird dies an verschiedenen Produktionen des dänischen Senders DR.

Die EU könnte versuchen, einen Dialog zwischen verschiedenen Sendern anzustoßen, damit sie gesamteuropäische Serien produzieren, die mit Untertiteln versehen werden und die Menschen in ganz Europa interessieren. In diesem Rahmen könnten umfangreiche historische Projekte oder Dramaserien verwirklicht werden. Zahlreiche Produktionen sind bereits mit internationalen Schauspielern besetzt. Die Förderung einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen europäischen Produktionsunternehmen und Fernsehsendern wäre eine spannende Perspektive.



BILDUNGSWESEN

In einer Welt, in der die Arbeitsprozesse immer flexibler werden, haben die Menschen im Laufe ihrer Karriere verschiedene Jobs, sind Langzeitverträge immer seltener und benötigen die Menschen neue, sektorübergreifende Fähigkeiten, um auf sich aufmerksam zu machen. Der neue Schlüsselbegriff „lebenslanges Lernen“ legt nahe, dass die Menschen im Laufe ihres gesamten Lebens, auch nach Abschluss ihrer Ausbildung, neue Fähigkeiten erlernen müssen. Allerdings sind die Bildungssysteme nicht dafür gerüstet, junge Menschen auf die Arbeitswelt vorzubereiten, und es ist allgemein bekannt, dass es an technischen und digitalen Fähigkeiten mangelt.

Ein deutliches Zeichen dafür ist das deutliche Missverhältnis zwischen den Kompetenzen, die in der Schule vermittelt werden, und den Posten und Fähigkeiten, die am Arbeitsmarkt verlangt werden. Ein Teil des Problems dieses Missverhältnisses zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage liegt darin, dass Hochschulabsolventen mitunter Jobs annehmen, für die sie überqualifiziert sind. Praktika und Schulungen finden – auch dank der Jugendgarantie – zunehmend Verbreitung, doch der Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt verläuft nur selten reibungslos. Darüber hinaus werden sogenannte Soft Skills wie Teamwork, Kreativität und Problemlösen oder nützliche Fähigkeiten wie Internet- und Medienkompetenz in Schulen oder Universitäten kaum vermittelt.

Wie zuvor erwähnt, hilft berufliche Bildung jungen Menschen, frühzeitig Verantwortung zu übernehmen, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und zeitgemäße Fähigkeiten zu erlernen. Es scheint, dass Berufsausbildungen und andere Programme, die Auszubildenden eher praktisch orientierte Kenntnisse, Know-how, Fähigkeiten und/oder Kompetenzen vermitteln, die für einen bestimmten Beruf erforderlich sind, die Wahrscheinlichkeit für frischgebackene Absolventen erhöhen, einen Arbeitsplatz zu finden.

14. PROGRAMME ZUR FÖRDERUNG VON UNTERNEHMERGEIST UND SOFT SKILLS

Christian & in einem Workshop entwickelte Idee

Meine Idee für ein besseres Bildungssystem bestünde darin, Programme zur Förderung des Unternehmergeistes in das Schulwesen aufzunehmen. Junge Menschen könnten somit Organisationen wie Start-ups in Kontakt gebracht und entsprechende Aktivitäten in den Lehrplan aufgenommen werden. Als Vorbild hierfür könnten Initiativen wie das „Transatlantic Leadership Programme“¹⁶ dienen.

Jungen Menschen werden in der Schule nicht ausreichend Soft Skills vermittelt. Wenn sie in den Arbeitsmarkt eintreten, haben sie oftmals das Gefühl, dass sie im Zuge ihrer Ausbildung nicht angemessen auf verschiedene Herausforderungen vorbereitet wurden.

Die EU könnte eine Plattform für Projekte zur Vermittlung von Soft Skills einrichten, auf der verschiedene Organisationen EU-weite Aktivitäten in Bezug auf Themen wie Politik, Aktivismus und Reisen bündeln könnten. Dadurch erhielten junge Menschen die Möglichkeit, neue Dinge zu lernen, neue Fähigkeiten zu erlangen und gemeinsam Projekte zu entwickeln.

15. MIT HILFE VON ERASMUS DEN BEVÖLKERUNGSRÜCKGANG BEKÄMPFEN

In einem Workshop entwickelte Idee

Da allgemein bekannt ist, dass internationale Erfahrungen zur Erlangung von Lebenskompetenzen (sog. Life Skills) extrem hilfreich sind, ist die Idee, diese Art von Erfahrung für junge Menschen leichter zugänglich zu machen. Darüber hinaus könnten junge Menschen darin bestärkt werden, in Regionen zu leben, zu arbeiten und zu studieren, aus denen die Menschen abwandern. Ein solcher Aufenthalt im Ausland könnte drei Monate dauern, und die jungen Leute könnten bei Gastfamilien wohnen und studieren oder Praktika absolvieren. Sie könnten dadurch etwas über andere Kulturen und Sprachen lernen und allgemein offener werden. Am Ende ihrer universitären Ausbildung sind viele Studenten nicht sicher, ob sie weiter studieren oder arbeiten gehen sollen. Eine derartige Erfahrung könnte ihnen helfen, sich besser darüber klar zu werden.

Das Programm Erasmus erfreut sich unter jungen Menschen immer größerer Beliebtheit, doch noch immer gibt es viele, die noch nie ein anderes Land bereist oder für längere Zeit als einen Urlaubsaufenthalt im Ausland studiert oder gearbeitet haben.

Gleichzeitig könnte dadurch dazu beigetragen werden, ein Mobilitätsproblem zu lösen: Aus Daten der EU geht hervor, dass die Hälfte der jungen Menschen in Europa, die in ihrem Land keine Arbeit finden, bereit wären, ins Ausland zu ziehen, um dort eine Stelle zu suchen.¹⁷ Indem Anreize geboten würden, um für mindestens drei Monate in ein anderes Land zu gehen, könnten junge Menschen Auslandserfahrung sammeln und Lücken im Arbeitsmarkt füllen. Was die Finanzierung anbelangt, so sollten die EU-Organe die erforderlichen Mittel für diese Mobilitätsprogramme bereitstellen.

¹⁶ Youth Proaktiv: Transatlantic Leadership Program. <http://youthproaktiv.org/programs/eu-us-leadership-program/> (Zugriff im Juli 2018)

¹⁷ Europäische Kommission: Hälfte aller jungen Menschen in Europa bereit, im Ausland zu arbeiten. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1026&furtherNews=yes> (Zugriff im Juni 2018)

16. UNTERRICHT IN LEBENSKOMPETENZEN

In einem Workshop entwickelte Idee

Eine Möglichkeit, um junge Menschen besser auf das Leben vorzubereiten und ihnen zu helfen, die grundlegenden Fähigkeiten zu erwerben, die sie benötigen, um ihr tägliches Leben zu bewältigen und bessere und in die Gesellschaft integrierte Bürger zu sein, bestünde darin, Unterricht zum Erwerb von Lebenskompetenzen („Life Skills“) einzuführen. Viele junge Menschen haben verschiedene Lebenskompetenzen wie das Einreichen einer Steuererklärung, Recycling oder die Zubereitung einfacher Mahlzeiten nicht auf dem Schirm. Durch die Einführung eines derartigen Faches könnten junge Menschen bereits von klein auf diesen wichtigen Teil des Lebens kennenlernen.

Ein System, das auf dieser Grundlage funktioniert und auch sehr gut europaweit funktionieren könnte, wurde in Finnland eingeführt. Dort erhalten Schüler Unterricht in „Kotitalous“ (Hauswirtschaft) und „Käsityö“ (Handwerk). Sie lernen über das Kochen, Putzen, den verantwortlichen Umgang mit Geld, das Wäschewaschen, Recycling und Sparen von Wasser und Energie, aber auch über kleinere Hausarbeiten wie Stricken, das Reparieren von Kleidung, das Bauen eines Schlittens für Spaß im Schnee oder eines Vogelhäuschens für den Garten.

Was noch wichtiger ist: Ihnen werden digitale Kompetenzen wie das Erkennen von Fake News oder die Risiken von Cybermobbing vermittelt, aber auch praktischere Fähigkeiten wie das Installieren von Antiviren-Programmen und die Verwendung eines Druckers.

18. EINFÜHRUNG EINES SCHULFACHS FÜR „HERAUSFORDERUNGEN“ ZUR FÖRDERUNG DER KREATIVITÄT VON SCHÜLERN

Aleksandra

Die Bewertungskriterien sollten auf allen Bildungsebenen überarbeitet werden, um Kreativität und Innovation zu fördern. Das traditionelle System der Evaluierung von Wissen ist nicht geeignet, um moderne Inhalte zu bewerten. Beispielsweise könnte das Benotungssystem für Projekte und individuelle Aufgaben in verschiedene Kategorien unterteilt werden, und jede Kategorie sollte eigene Bewertungskriterien umfassen und einzeln benotet werden, ähnlich wie bei Bewertungskriterien in Universitäten. Auf diese Weise wäre klar und ersichtlich, in welchen Bereichen ein Schüler Defizite hat. Er wüsste, wo er ansetzen muss, um sich zu verbessern, und auch der Lehrer könnte sich gezielter auf bestimmte Bereiche konzentrieren.

Eine der wesentlichen Anforderungen und Notwendigkeiten in den wettbewerbsorientierten Arbeitsumgebungen von heute ist Kreativität. Eine alternative Methode, um die Leistungen kreativerer Schüler anzuerkennen und sie zu unterstützen, besteht darin, ihnen die Möglichkeit einer fairen Bewertung zu bieten.

Dies könnte erreicht werden, indem Hindernisse abgebaut werden und Verantwortung gefördert wird. Konkret könnten hierzu neue Fächer eingeführt werden, etwa ein Fach für „Herausforderungen“, wie es bereits in einigen Schulen in Berlin existiert. Dabei widmen sich die Schüler eine Stunde pro Woche einer bestimmten Herausforderung, indem sie beispielsweise Schach mit älteren Menschen spielen oder ein lokales Projekt für junge Menschen starten. Dies fördert sowohl die Auseinandersetzung mit den eigenen Fähigkeiten als auch das gesellschaftliche Miteinander.

17. FÖRDERUNG VON NEUGIER, PERSÖNLICHKEITS-ENTWICKLUNG UND VERANTWORTUNG

Laura & Jakob

Junge Menschen sollten darin bestärkt werden, an ihren Schwächen zu arbeiten, und gleichzeitig die Freiheit haben, selbst auszuwählen, auf welche Aktivitäten sie sich konzentrieren wollen. Unserer Meinung nach kann diese Art von projektorientiertem System, bei dem junge Menschen ihre eigenen Ideen und Stärken entwickeln können, anstatt Wissen eingetrichtert zu bekommen, viel bessere Ergebnisse bringen. Es würde Neugier und Kreativität fördern. Die Arbeit an Projekten ermöglicht es, während des Prozesses neue Fähigkeiten einzuüben und zu lernen. Gleichzeitig verfestigt sich die Erkenntnis, dass auch Scheitern eine wichtige Lektion sein kann.

Als demokratische Gesellschaft wollen wir, dass junge Menschen frei und gleich sind und in Solidarität leben. Doch unser Schulsystem ist in keiner Weise demokratisch: Verschiedene Schüler mit unterschiedlichen Stärken und Interessen in einer Klasse erhalten denselben Unterricht von ihrem Lehrer. Angesichts der Individualität des Einzelnen sollte jeder Schüler die Möglichkeit erhalten, eigene Fähigkeiten und Leidenschaften zu entwickeln. Durch diesen Ansatz können wir das Beste aus jedem Schüler herausholen.

Laut der PISA-Studie gilt ein ähnliches System in Finnland als das erfolgreichste Schulsystem der Welt. Für jüngere Schüler im Alter von bis zu 13 Jahren gibt es keinen herkömmlichen Standardunterricht, stattdessen arbeiten Schüler und Lehrer zusammen. Der spielerischen Komponente wird im Unterricht große Bedeutung beigemessen, und das Ziel der Lehrer ist es, ihre Schüler zu motivieren. Insbesondere gibt es keine Klassenzimmer, stattdessen arbeiten die Schüler in Lerngruppen, um ihre analytischen Kompetenzen auszubauen und Problemlösefähigkeiten oder andere Talente zu entwickeln. Dies fördert die Integration und die Entwicklung sozialer Fähigkeiten. Darüber hinaus haben finnische Schüler die Möglichkeit, ein Thema, das sie interessiert, auszuwählen und zu vertiefen, indem sie externe Ressourcen wie Experten oder Museen nutzen. Durch dieses „phänomenbasierte“ Lernen erlangen Schüler erwiesenermaßen die richtigen Fähigkeiten für das 21. Jahrhundert, weshalb es in ganz Europa umgesetzt werden sollte.

19. PROJEKTBEZOGENE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN SCHULEN

Gaétan

Eine Idee wäre es, Posten für sogenannte Netzwerkmoderatoren zu schaffen, die in Schulen verschiedene Schülergruppen zusammenbringen und im Zuge einer Reihe von Treffen an bestimmten Themen arbeiten (beispielsweise europäische Werte, nachhaltige Entwicklung, Bildung usw.). So könnte eine Gruppe von Schülern, die in ihrer Schule ein Projekt zum Thema nachhaltige Entwicklung aufbauen wollen, mit Unterstützung eines Lehrers recherchieren, ob es in der Europäischen Union weitere Einrichtungen gibt, die ebenfalls an diesem Thema arbeiten. An diesem Punkt könnten sie dann auf das Moderatorennetzwerk zurückgreifen, um Kontakte zum Schulnetzwerk zu knüpfen. Auf diese Weise könnte die Schule Beziehungen mit anderen Einrichtungen aufbauen und mit ihnen interagieren und zusammenarbeiten.

Das Netzwerk könnte in Zusammenarbeit eine Europäische Konferenz für Nachhaltige Entwicklung organisieren, auf der Schüler von weiterführenden Schulen – ähnlich wie beim EYE – ihre Projekte, Lösungsvorschläge und Ideen vorstellen könnten. Derartige Netzwerke brächten viele Vorteile, etwa den Austausch von Informationen und Fähigkeiten, die Förderung des Austauschs zu bestimmten Themen zwischen europäischen Schulen, die Entwicklung kooperativer Beziehungen, die Möglichkeit für junge Menschen, sich mit einem europäischen Thema auseinanderzusetzen, die Schaffung eines Zugehörigkeitsgefühls zur EU, die Sammlung neuer Ideen und die Förderung des Engagements junger Menschen.

Im Frankreich beispielsweise unterhält das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung verschiedene Netzwerke für junge Menschen im Bereich der landwirtschaftlichen Ausbildung. Mithilfe dieser Netzwerke kann das Ministerium die Wünsche und Vorschläge junger Menschen sammeln, um gemeinsam Projekte zu entwickeln. Dies ist ein gutes Praxisbeispiel, das EU-weit Schule machen könnte.

INTERVIEW



Wenn wir über das Wohlergehen junger Menschen sprechen, so denken wir dabei zumeist nur an wirtschaftliche Gesichtspunkte und vernachlässigen Aspekte des psychischen Wohlbefindens und der seelischen Gesundheit. Viele junge Menschen sind heutzutage „gefangen“.

Wir haben es mit einer „Bumerang-Generation“ zu tun, die bei ihren Eltern wohnt und nur für kurze Zeit auszieht, unter sehr instabilen Verhältnissen und ohne jegliche vertragliche Sicherheit arbeitet und somit nicht wirklich unabhängig werden kann und bisweilen wieder bei ihren Eltern einziehen muss. Die öffentlichen und sozialen Dienste haben noch nicht wirklich erkannt, dass junge Menschen besondere Bedürfnisse haben. Der Grund, weshalb viele junge Menschen keine sozialen Dienste in Anspruch nehmen, liegt darin, dass dies häufig noch mit einer gewissen Stigmatisierung verbunden ist. Viele junge Menschen haben entweder nicht genug Selbstbewusstsein oder wissen schlichtweg nicht, dass diese Dienste existieren. Es ist wichtig, die Arbeitsbedingungen für Berufseinsteiger zu verbessern und für eine bessere psychische Betreuung zu sorgen, damit junge Menschen Erfüllung finden und produktive Mitglieder der Gesellschaft werden können.

Es gibt auch ein Problem zwischen den Generationen, das die Sache noch komplizierter macht.

Mehrere Teilnehmer hier beim EYE sagten, sie hätten das Gefühl, dass ältere Menschen die Probleme junger Menschen oftmals nicht richtig ernst nehmen. Sie hören Dinge wie: „Das ist nur, weil du jung bist. Werd' erstmal erwachsen. Als ich jung war, war es viel härter, und ich hab's überlebt.“ Ich glaube, die Zeiten ändern sich: Die Dinge werden viel unvorhersehbarer. Als unsere Eltern aufwuchsen, gingen sie von der Schule, bekamen einen festen und sicheren Arbeitsplatz, konnten sich eine Wohnung oder ein Haus leisten usw. Heute gestaltet sich das Leben für junge Menschen nicht mehr so simpel. Heutzutage sind die Dinge viel weniger beständig. Daraus entwickeln sich natürlich Sorgen und Ängste, mit denen wir junge Menschen nicht alleine lassen dürfen. Und ich glaube, zu sagen „Werd' erwachsen!“ ist nicht der beste Rat, den ältere Menschen geben können.

Anna Ludwinek,
Forschungsleiterin, Referat für Sozialpolitik, Eurofound



20. TOOLS ZUR BEKÄMPFUNG DER DIGITALEN AUSGRENZUNG UND FÖRDERUNG DER PSYCHISCHEN GESUNDHEIT

Larissa

Meiner Meinung nach könnte sich die EU verstärkt um den Zugang zu digitalen Tools und Ressourcen kümmern. Sie könnte dafür sorgen, dass Länder ausreichend investieren, um gleichen Zugang zu Technologien in Schulen zu bieten, und zwar in allen Schulen, nicht nur in Eliteeinrichtungen in großen Städten, sondern auch in Berufsschulen und Schulen in ländlichen Gebieten.

Die digitale Ausgrenzung ist in den Schulen derzeit ein wichtiges Thema. Wir gehen ganz selbstverständlich davon aus, dass jeder Zugang zu digitalen Plattformen hat, doch in Wirklichkeit kann sich eben nicht jeder dieselben Technologien leisten. Unser Lösungsvorschlag von OBESSU lautet daher, Schulen mit Laptops und Tablets auszustatten, damit jeder Schüler dieselben Zugangsmöglichkeiten zu Technologie hat.

Was allgemein die soziale Ausgrenzung angeht, ist es von entscheidender Bedeutung, mehr Bewusstsein für dieses Thema zu schaffen und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterstützen, die in Schulen gehen und Workshops anbieten. Die EU könnte finanzielle Mittel für derartige Initiativen bereitstellen, was sie auch bereits tut. Aber ich denke, diese Förderung sollte eher auf lokale Ebenen verlagert werden, damit Schulen enger mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten können, um sich mit diesen schwierigen Themen auseinanderzusetzen.



KOMMENTAR AUS DEM JUGENDFORUM

JUNG UND ALT

Die digitale Revolution wirft zahlreiche Fragen auf und bringt viele Herausforderungen und Chancen mit sich. Wie kann Europa mithilfe der Besten fortschrittlicher werden, ohne unseren Lebensstandard zu gefährden? Um diese Reise anzutreten, muss Europa beim Übergang in eine stärker digitalisierte Welt die Menschen, ihre Rechte und ihre Gemeinschaften in den Mittelpunkt stellen. Das Europäische Jugendforum tritt ein für eine digitale Revolution, von der alle Generationen profitieren.

Die letzten Jahrzehnte waren von technologischem Fortschritt geprägt, der die Art, wie wir leben und unser Leben organisieren, verändert hat. Vom Aufstieg des Internets und der Sozialen Medien bis hin zu den rasanten Fortschritten in den Bereichen Automatisierung, Robotik und künstliche Intelligenz im weiteren Sinne – diese Entwicklungen vollzogen sich in einem so schnellen Tempo, dass es schwierig war, mit ihnen Schritt zu halten und ihre Auswirkungen zu bewerten. Die heutige Generation junger Menschen ist davon wohl am meisten betroffen. Sie ist in einer Zeit aufgewachsen, in der es bahnbrechende Neuerungen und technologische Entwicklungen gab. Sie ist somit die erste Generation, die mit diesen neuen Technologien experimentiert und deren Leben dadurch bereichert wird, aber gleichzeitig auch die Generation, die am meisten darunter leidet, dass wir so wenig darüber wissen und verstehen, wie sich diese Technologien auf lange Sicht schädlich auf unser Leben, unsere Demokratien, die Umwelt, unsere Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte sowie unsere Gesundheit auswirken. Darüber hinaus erleben junge Menschen diesen technologischen Wandel in einem Umfeld, das geprägt ist von sozialpolitischen und wirtschaftlichen Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit, einem höheren Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung, größerer Ungleichheit und anderen Herausforderungen hinsichtlich des Zugangs zu ihren Rechten.

Es lassen sich zahlreiche Beispiele nennen, wie sich die digitale Revolution bereits auf unser Leben ausgewirkt hat. Sie hat neue Wege eröffnet, wie wir mit anderen Menschen in Verbindung treten, und die Art, wie wir uns informieren und mit den Medien interagieren, radikal verändert. Sie hat neue Arten der Gemeinschaftsbildung und neue Formen des politischen Engagements hervorgebracht. Sie hat dazu geführt, dass immer mehr Medien, neue Quellen und neue, für jedermann zugängliche Formen der Berichterstattung verfügbar sind und dadurch eine Art von „Bürger-Journalismus“ entstanden ist. Die Kehrseite von alledem ist, dass damit auch die Desinformation im Internet, einschließlich sogenannter Fake News, erheblich zugenommen hat und verbale Hetze leichter verbreitet werden kann. Folglich ist nicht auszuschließen, dass es dadurch auch leichter wird, Wahlen und andere demokratische Prozesse von außen zu manipulieren und zu destabilisieren. Auch Wirtschaft, Beschäftigung und Arbeitsmarkt sind davon betroffen. Im globalen Rennen um Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Vorsprung haben sich Investitionen in neue Technologien und Innovationen als wesentliche Triebfeder für wirtschaftliches Wachstum und Produktivität erwiesen. Sie haben zum Aufstieg von Technologiegiganten wie Google, Facebook, Microsoft oder Amazon (um nur einige zu nennen) sowie zur Gründung von immer mehr Start-ups im Technologiebereich geführt. Dadurch wurden enorm viele Arbeitsplätze in Hightech- und Technologiefertigungsbranchen geschaffen. Bedauerlicherweise ging damit auch die rasante Ausbreitung der sogenannten „Gig Economy“ einher: Immer mehr junge Menschen sind bei App-basierten Diensten wie Deliveroo und Uber beschäftigt, wo sie keine sichere und langfristige

Beschäftigung mehr haben, sondern prekäre Arbeitsverhältnisse ohne Grundrechte, Sozialschutz oder Urlaubsanspruch. Darüber hinaus werden in allen Bereichen der Gesellschaft zunehmend Massendaten („Big Data“) und damit verbundene Systeme künstlicher Intelligenz (KI) genutzt. Diese können Menschen bei der Entscheidungsfindung und Problemlösung Orientierung geben oder gar ersetzen. Mithilfe von maschinellem Lernen, künstlicher Intelligenz und Algorithmen kann Big Data unser Leben in vielerlei Hinsicht bereichern. Durch Massendaten können Ressourcen viel gezielter sowie kosten- und zeitsparender zugewiesen und/oder Probleme und Lösungen deutlich schneller ermittelt werden, als ein Mensch dies jemals könnte. Im Gesundheitswesen beispielsweise kann durch personalisierte Diagnosen und mithilfe von KI-Systemen ermittelte Medikamente eine bessere und adäquatere Versorgung sichergestellt werden. Die Auswirkungen davon auf unsere Gesellschaften und unser Leben werden im Zuge der Entwicklung und Einführung des Internets der Dinge enorm zunehmen. Auch die Tatsache, dass Datenaustausch und Technologie – mit Fahrzeugen, Haushaltsgeräten und anderen mit datenerzeugenden Technologien ausgestatteten physischen Geräten – unser Alltagsleben immer mehr durchdringen, wird ihren Teil dazu beitragen.

Einige behaupten, wir stünden kurz vor einer Vierten Industriellen Revolution, da sich diese Entwicklungen mit einer noch nie dagewesenen Geschwindigkeit vollziehen und nahezu jede Wirtschaftsbranche und jeden Bereich der Gesellschaft beeinflussen, sodass ganze Systeme – sei es in der Produktion, Verwaltung oder Governance – transformiert werden. Andere wiederum warnen gar vor dem möglichen Zusammenbruch der westlichen Demokratien und Wohlfahrtssysteme, so wie wir sie kennen. Die weltweiten politischen Ereignisse der letzten Zeit haben uns vor Augen geführt, dass neue gesellschaftliche Probleme entstehen, unter anderem im Bereich des Datenschutzes, da die Verwendung personenbezogener Daten immer mehr zu einem Geschäftsmodell sowie zu einem Werkzeug wird, um politisches Chaos zu erzeugen.



Wie der jüngste Skandal im Zusammenhang mit Daten von Facebook und Cambridge Analytica gezeigt hat, muss parallel zu diesen Entwicklungen eine breitere Diskussion über Prinzipien und Ethik sowie darüber geführt werden, wie dafür gesorgt werden kann, dass diese Technologien am Ende nicht mehr Risiken mit sich bringen, als dass sie Gutes bewirken, wofür sie eigentlich gedacht waren. Auch wenn einige sagen werden, dass Gesetze und Regulierung Innovationen hemmen könnten, so sind sie dennoch notwendig, um sicherzustellen, dass möglichst viele Menschen Zugang zu Technologie erhalten und von ihr profitieren können. In der EU muss dringend ein Rechtsrahmen zur Förderung von Innovationen geschaffen werden, damit Europa auch weiterhin seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China und den Vereinigten Staaten behaupten kann. Gleichzeitig muss aber auch sichergestellt sein, dass diese Innovationen auf unseren zentralen europäischen Werten basieren. Die EU hat mit der Annahme der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – einem Rechtsrahmen, mit dem Leitlinien für die Sammlung und Verarbeitung personenbezogener Daten von Einzelpersonen festgelegt wurden – bereits eine Führungsrolle in Sachen Datenregulierung übernommen. Doch das reicht bei Weitem nicht aus, um sicherzustellen, dass insbesondere junge Menschen unterstützt werden und besser für die bevorstehenden Veränderungen gerüstet sind. Junge Menschen haben beim YO!Fest und beim Europäischen Jugend-Event 2018 in Straßburg eine Reihe von Ideen vorgebracht. Und die europäischen Politiker wären gut beraten, diese Ideen zu berücksichtigen, von denen eine wie folgt lautet: „Die EU sollte Regeln für die Erprobung, Zertifizierung, Konzeption und Standardisierung von – spezifischen Klassen von – Produkten im Bereich der Robotik und künstlichen Intelligenz entwickeln, durchsetzen und kontinuierlich aktualisieren. Dies könnte auf eine formelle Grundlage gestellt werden, indem Expertenausschüsse, die sich mit ethischen, technologischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen auseinandersetzen, und gemeinschaftliche Governance-Instrumente eingerichtet werden.“ Ein weiterer Vorschlag lautete, Unterstützung und finanzielle Mittel für ein Ökosystem für lebenslanges Lernen bereitzustellen, in dem eine Expertengruppe nach Ländern, Branchen und Sektoren beobachten und skizzieren würde, welche Fähigkeiten künftig gebraucht werden.

Im Europäischen Jugendforum setzen wir uns für EU-Vorschriften ein, die in erster Linie auf einem rechtsbasierten Ansatz fußen müssen. Das bedeutet, dass jede politische Lösung normativ auf internationalen Menschenrechtsstandards basieren müsste. Somit müsste zunächst betrachtet werden, wie sich technologische Innovationen auf den Zugang junger Menschen zu ihren Rechten auf menschenwürdige Arbeit, Gesundheit, Diskriminierungsfreiheit oder die Teilhabe an Entscheidungsprozessen auswirken. Ein großer Teil der beschriebenen Probleme ist darauf zurückzuführen, dass sich Wohlstand und Ressourcen in den Händen einiger weniger Technologiegiganten und Großkonzerne konzentrieren. Die EU sollte Vorreiter sein, indem sie geeignete Regulierungslösungen für diese neue Realität erörtert und auch findet – Lösungen, mit denen dieser ungleichen Machtverteilung entgegengewirkt werden kann. Schließlich muss auch unser Bildungssystem neu überdacht werden, da diese neue Realität ein kritisches Denken und digitale Kompetenzen erfordert, damit insbesondere junge Menschen in der Lage sind, politische Prozesse im Digitalbereich zu beeinflussen und mitzugestalten. Mark Zuckerberg wurde vor Kurzem folgendermaßen zitiert: „Es ist wichtiger, unsere Gemeinschaft zu schützen als unsere Profite zu maximieren.“ Interessanterweise könnte dies ein gutes Motto für die EU sein, wenn sie versucht, eine führende Rolle bei der Regulierung der digitalen Revolution zu übernehmen.

2. REICH UND ARM: Den fairen Anteil verlangen

Bevor wir Ungleichheiten bekämpfen können, müssen wir uns erst einmal einig werden, dass sie existieren. Das Thema Arm und Reich soll gemeinsame Lösungen für die sich verstärkenden Ungleichheiten in Europa liefern. Ungleichheiten sind jedoch ein kompliziertes Phänomen, das sich vielgestaltig zeigt und nur schwer umrissen werden kann. Noch schwieriger ist es, sich darüber einig zu werden. Ungleichheiten bestehen auf Mikro- und auf Makroebene. Daher müssen Lösungen für beide Ebenen gefunden werden. Es ist nicht leicht, sich als Individuum einzugestehen, dass alles, was wir haben, eher auf Privilegien und weniger auf unseren eigenen Leistungen beruht. Wir sollten jedoch daran arbeiten, die Dinge fairer zu gestalten.

Als mächtige supranationale Allianz im Zeitalter der Globalisierung hat die Europäische Union auch Einfluss auf das Leben von Millionen von Nicht-EU-Bürgern. Wir tragen daher die Verantwortung dafür, Lösungen für den Abbau der Ungleichheiten auch jenseits unserer Grenzen zu finden.

Ungleichheiten können zwar auf dem Wohlstand beruhen, aber sie entstehen in unserem Alltag immer wieder aufs Neue und auf unterschiedliche Arten, die gar nichts mit unserem Kontostand zu tun haben. Die Einkommenslücke in Europa ist ein wichtiges Thema. Ungleichheiten bilden ein kompliziertes System, das auf Sexualität, Geschlecht, Bildung, Gefälle zwischen Stadt und Land, Staatsangehörigkeit, Globalisierung, körperlicher Leistungsfähigkeit, Hautfarbe, Technologie und natürlich auf Macht beruht.

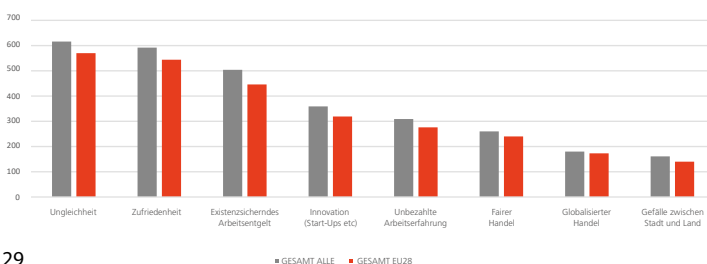
Europa zeichnet sich durch seine Sozialpolitik aus. Die zunehmend sichtbaren Folgen der Ungleichheiten haben jedoch dazu geführt, dass neue Mittel für die Umverteilung der Einkommen der wohlhabenderen Gesellschaftsschichten diskutiert werden.

Diese Fragen kommen häufig in Verbindung mit der erwarteten Umstrukturierung des Arbeitsmarkts und der Zunahme von KI in gängigen Technologien auf. Unter den vielen Ideen zum Thema Reich und Arm stach zweifelsfrei das Schlagwort bedingungsloses Grundeinkommen hervor, ein Grundeinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig ihres Beschäftigungsstatus. Diese sozialpolitische Maßnahme wurde viel diskutiert. Junge Menschen betrachten es eindeutig als mögliche Lösung für zahlreiche politische Probleme und sind bereit, das Risiko einzugehen.

Ungleichheiten machen sich subtil bemerkbar und das müssen wir erkennen, um die Ursachen zu identifizieren und mögliche Lösungen zu liefern. Wenn wir es bei der Bekämpfung der Ungleichheiten ernst meinen, müssen sämtliche Bemühungen diejenigen einbeziehen, die unter den Folgen leiden. Die Teilnehmer wiesen immer wieder darauf hin, dass das EYE zwar eine solche Plattform bereitstelle, die Kosten für die Teilnahme an der Veranstaltung jedoch sehr hoch seien und außerdem ein hohes Mindestbildungsniveau für die Teilnahme an den Gesprächen erforderlich sei. Dies stellt eine mögliche Hürde für die Menschen dar, deren wertvolle Einblicke in das Thema Ungleichheiten Berücksichtigung finden müssen.

Ungleichheiten nähren Schamgefühle bei einigen Mitgliedern der Gesellschaft, da sie ihnen das Gefühl geben, dass sie es einfach weniger verdient haben. Wenn wir uns als demokratische Union dafür einsetzen, die Ungleichheiten, die unsere Bürgerinnen und Bürger belasten, abzubauen, und wenn wir irgendwann mit Stolz auf unsere Maßnahmen zurückblicken möchten, müssen wir zur Zusammenarbeit bereit sein und uns diesen schwierigen Entscheidungen stellen. Echte Gleichheit ist inklusiv.

REICH UND ARM – DIE WICHTIGSTEN THEMEN FÜR JUNGE EUROPÄER



Instagram: @stephaneguillot

UNGLEICHHEIT: "SHARING IS CARING" (TEILEN BEDEUTET SICH KÜMMERN)

In den kapitalistischen Gesellschaften, die wir aufgebaut haben, steht Geld gleichbedeutend für Macht. Wenn Geld und Macht sich übermäßig in bestimmten Gruppen konzentrieren, entsteht ein System, das den Interessen vieler Menschen nicht mehr gerecht wird. Die Mitgliedstaaten bauen zwar nationale Sozialsysteme auf mit dem Ziel, die Auswirkungen dieses Ungleichgewichts zu minimieren, aber die Folgen der vergangenen Machtstrukturen haben zu einer systemischen Ungleichheit geführt, die sich weiterhin fortsetzt.

Das zeigt uns, dass die Menschen nicht frei sind, ihr Schicksal leistungsgemäß selbst zu gestalten, sondern dass sie in ein System hineingeboren werden, das sich ihrer Kontrolle entzieht und in dem die Gewinner und Verlierer vorbestimmt sind. Dabei erhalten die Gewinner ihre Macht auf Kosten der Verlierer. Die zunehmenden Ungleichheiten bei den Besitzverhältnissen deuten darauf hin und zeigen uns, dass im aktuellen Sozialsystem nicht genug für die Schließung dieser Lücke getan wird.

Bei Gleichheit sollte es nicht darum gehen, wer härter arbeitet oder wer es mehr verdient hat. Bei Gleichheit sollte es vielmehr darum gehen, dass alle dieselben Erfolgchancen bekommen. Jeder verdient denselben Ausgangspunkt im Leben. Aber bis wir einen Weg gefunden haben, die Ressourcen gerechter zu verteilen, wird die Kluft zwischen Arm und Reich weiter auseinandergehen.

21. DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON UNGLEICHHEITEN

Joe

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Grundeinkommen, das weder an Bedingungen noch an eine Beschäftigung geknüpft ist und allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig ihrer Einkünfte vom Staat gezahlt wird. Es wurde auf dem diesjährigen EYE häufig als Lösung für die auf Ungleichheiten basierenden sozialen Probleme diskutiert. Es wird zunehmend als Lösung betrachtet, da viele junge Menschen sich angesichts steigender Lebenshaltungskosten, sinkender Löhne und zunehmender Hürden für eine Beschäftigung in prekären Verhältnissen befinden.

Die Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens wie Aurelie Hampel von Unconditional Basic Income Europe argumentieren, dass das bedingungslose Grundeinkommen Armut nahezu ausrotten würde, da die Bürgerinnen und Bürger am besten ihre Bedürfnisse kennen und das bedingungslose Grundeinkommen ihnen die Unabhängigkeit verschaffe, diesen gerecht zu werden. Da eine große Anzahl von Arbeitsplätzen durch die Automatisierung bedroht ist, würde das bedingungslose Grundeinkommen eine neue Säule des Sozialschutzes bereitstellen, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen würde, den Herausforderungen eines sich im Wandel begriffenen Arbeitsmarkts zu begegnen. Laut Aurelie müssen wir uns davon entfernen, beim bedingungslosen Grundeinkommen an „Geld ohne Gegenleistung“ zu denken.

Der Wirtschaftswissenschaftler Harro Boven weist die Kritik zurück, dass wir uns das bedingungslose Grundeinkommen nicht leisten können, und ist der Meinung, dass der größte Teil des bedingungslosen Grundeinkommens durch den Abbau der Bürokratiekosten und eine Neuverteilung der derzeitigen Sozialausgaben finanziert werden könne und das verbleibende Defizit im Wege einer gemäßigten Reichensteuer finanziert werden könne.

Das bedingungslose Grundeinkommen würde einige der finanziellen Lasten durch die tertiäre Bildung senken, die derzeit für junge Menschen aus einkommensschwachen Familien eine Hürde bei der Verwirklichung ihrer Träume darstellen. Sagt uns, dass wir finanzielle Sicherheit haben. Sagt uns, dass wir zu träumen anfangen können.

22. FÖRDERUNG DES LEBENSLANGEN LERNENS

Matthaeus

Ich will, dass die effizienzbedingt steigenden Gewinne der multinationalen Unternehmen im Rahmen von Programmen für lebenslanges Lernen an ihre Mitarbeiter verteilt werden.

Die Automatisierung schreitet dank der Fortschritte in der künstlichen Intelligenz der letzten Jahre in beispiellosem Tempo voran und Fachleute sagen eine drastische Umstrukturierung des Arbeitsmarkts voraus, wenn Menschen als Arbeitskräfte nicht mehr unersetzbar sind. Diese zunehmende Effizienz wird den Arbeitgebern eine Menge Geld einsparen. Allerdings werden viele Menschen vermutlich arbeitslos und neue Arbeitsplätze geschaffen werden, für die die heutigen Arbeitskräfte nicht über die erforderlichen Qualifikationen verfügen.

Die Programme würden einerseits den Unternehmen zugutekommen und andererseits den Mitarbeitern die notwendigen Qualifikationen verschaffen, um mit dem geänderten Umfeld eines Arbeitsmarkts in Bewegung fertig zu werden, indem ihre Attraktivität verbessert wird. Diese Anforderung sollte in Form einer Rechtspflicht ausgestaltet sein. Da sie sich allerdings für kleine Unternehmen als zu kostspielig erweisen könnte, sollte sie nur für große multinationale Unternehmen vorgeschrieben sein. Dies würde zur Schaffung einer Unternehmenskultur führen, in der Programme für lebenslanges Lernen ein grundlegendes Merkmal für die Attraktivität der Arbeitsplätze sind.

23. NICHT BEDINGUNGSLOS: ANGEPASTES GRUNDEINKOMMEN

Anoosh

Wir müssen das aktuelle Sozialsystem transformieren, dessen wichtigste Strukturen aus dem 20. Jahrhundert stammen.

Die Idee eines Grundeinkommens zur Verringerung systemischer sozialer Ungleichheiten könnte funktionieren, aber es ist sinnlos, wohlhabenden Bankmanagern denselben Betrag zu zahlen wie einer unterbezahlten Krankenschwester.

Die Einführung eines an Bedingungen geknüpften Grundeinkommens zur Ergänzung von Niedriglöhnen würde die Verantwortung einer gerechten Bezahlung von den privaten Unternehmen auf den Staat übertragen und die Fälle verringern, in denen einige Menschen mit Niedriglöhnen auskommen müssen, wenn die Unternehmen nicht mehr zahlen können. Dies würde außerdem sicherstellen, dass die beschränkten staatlichen Ressourcen im Einklang mit den Zielen des Sozialstaats eingesetzt werden.

25. ZUGANG ZU GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR TRANSGENDER-PERSONEN

Frederieke

Ich wünsche mir, dass Transgender-Personen in der EU mit offenen Armen empfangen werden. Dies sollte auch für die Medizin gelten, die besonders gut aufgestellt ist, um ihren besonderen Bedürfnissen gerecht zu werden. Sowohl die Transgender-Behandlung als auch die Transgender-Identität sollten im Gesundheitssystem durch spezielle Schulungen des medizinischen Personals und die Entpathologisierung der Transgender-Identität legitimiert werden. Derzeit erhalten Transgender-Personen in der EU unterschiedliche Behandlungen und haben unterschiedliche Rechte. Dieses Problem sollte auf EU-Ebene angegangen werden.

Transgender Europe hat festgestellt, dass Transgender-Personen aufgrund der Vorurteile ihnen gegenüber und der Ausgrenzung in unserer Gesellschaft sich in einem schlechteren mentalen und körperlichen Gesundheitszustand befinden. Außerdem haben sie ein höheres HIV- und Selbstmordrisiko. Zusätzlich zu diesen Ungleichheiten haben Transgender-Personen aufgrund ihrer Stigmatisierung in der medizinischen Gemeinschaft Schwierigkeiten, Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung zu erhalten, was sich durch Verhaltensweisen zeigt wie Ansprechen von Transgender-Personen mit ihrem Namen und Geschlecht, die ihnen bei der Geburt zugewiesen wurden, durch die das Vertrauen zwischen dem medizinischen Personal und dem Patienten geschädigt wird.

Transgender-Personen in Europa sind aufgrund finanzieller Hürden und Stigmatisierung darüber hinaus mit Schwierigkeiten beim Zugang zu den erforderlichen Hormontherapien und geschlechtsangleichenden Operationen konfrontiert, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt hat, dass die Behandlungen eine „erforderliche Behandlung“ darstellen, und von den Mitgliedstaaten gefordert hat, diese in den Versicherungstarifen als solche zu klassifizieren. Laut einer Studie von Transgender Europe aus dem Jahr 2008 wurde einem Drittel der Befragten die Behandlung verweigert, da ihr Arzt selbst gegen die Geschlechtsangleichung stimmte, und etwa die Hälfte der Personen in der EU, die sich einer solchen Operation unterzogen, finanzierte sie selbst.^{18 19}

24. EINHEITLICHES STEUER- UND ARBEITSRECHT IN DER EU

Anoosh & Quentin

Wir schlagen eine Vereinheitlichung des EU-Steuer- und Arbeitsrechts vor, um die Gleichheit zwischen allen Bürgerinnen und Bürgern und zwischen allen Mitgliedstaaten zu fördern.

Auch wenn gemeinsame Ziele verfolgt werden, existieren noch immer große Ungleichheiten innerhalb der EU-Grenzen. Dies bedeutet, dass die Kluft zwischen den Lebensstandards in den verschiedenen Mitgliedstaaten stetig zunimmt.

Wir sind der Meinung, dass alle Menschen dieselben Chancen im Leben verdienen. Unterschiedliche Steuer- und Arbeitsgesetze der nationalen Regierungen verhindern dies jedoch. Die Vereinheitlichung würde die Einführung eines Mindestlohns ermöglichen, der die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger durch nicht private Mittel stärkt.

Im Grunde könnte durch die Schaffung einer einheitlichen Steuer- und Arbeitspolitik in der EU im Laufe der Zeit und mit Zusammenwachsen der Volkswirtschaften ein europaweiter Mindestlohn eingeführt werden. Dies würde dazu beitragen, die geografischen Unterschiede im Hinblick auf die wirtschaftliche Stärke in der EU zu bekämpfen.



¹⁸ Europäisches Parlament: Transgender Persons' Rights in the EU Member States. <http://www.lgbt-ep.eu/wp-content/uploads/2010/07/NOTE-20100601-PE425.621-Transgender-Persons-Rights-in-the-EU-Member-States.pdf> (Zugriff im Juni 2018)

¹⁹ Transgender Europe. www.tgeu.org (Zugriff im Juni 2018)

²⁰ Europäische Kommission: Mehrwertsteuersätze. https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/vat/eu-vat-rules-topic/vat-rates_de (Zugriff im Juli 2018)

26. SCHLUSS MIT DER PINK-STEUER

Emily

Ich wünsche mir, dass die höheren Kosten für Frauenprodukte entfallen, damit die Lebenshaltungskosten für Frauen nicht aufgrund ihres Geschlechts höher sind. Diese Ungleichheit erstreckt sich auch auf das Steuersystem, durch das grundlegende Hygieneartikel, die Frauen für ihre Gesundheit unbedingt benötigen, mit einer Luxussteuer besteuert werden, während Rasierklingen zum Grundbedarf gerechnet werden.

Der Begriff Pink-Steuer bezieht sich auf das Phänomen, dass Produkte und Dienstleistungen für Frauen automatisch teurer als vergleichbare Produkte und Dienstleistungen für Männer sind, was zu höheren Lebenshaltungskosten für Frauen führt. Das Phänomen, dass Monatshygieneartikel im Rahmen des Steuersystems als nicht grundlegende Luxusartikel bezeichnet werden, wird als „Tampon-Steuer“ bezeichnet, die zu einer höheren Besteuerung führt, die ihrer Notwendigkeit nicht angemessen ist.

Seit März 2017 können die Mitgliedstaaten entscheiden, welche Produkte sie auf die Liste mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz setzen. Hygieneartikel können jedoch nicht mit weniger als 5 % besteuert werden.²⁰ Für obdachlose Frauen, Frauen aus einkommensschwachen Haushalten und junge Frauen, die ihre eigenen Hygieneartikel kaufen, stellt die Tampon-Steuer eine nicht notwendige Hürde dabei dar, ihren grundlegenden Gesundheitsbedarf zu decken.

27. FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE IM TEXTILHANDEL

Davina

Wir müssen die Textillieferketten durch verbindliche Gesetze im Bereich Menschenrechte fairer gestalten. Die Textilunternehmen, die in der EU produzieren bzw. verkaufen, müssen nachweisen, dass sie die Menschenrechte wahren und für die Einhaltung der internationalen Arbeitsnormen sorgen.

Schließlich müssen die Institutionalisierung des fairen Handels und die Schaffung gemeinsamer Systeme sowie eine offene Debatte über fairen Handel und die Erreichung eines breiteren Publikums gefördert werden.

Dies könnte durch Unterstützungskampagnen der Europaabgeordneten und Entschlüssen erfolgen, um in jedem Handelsabkommen ein Kapitel über Maßnahmen des fairen Handels aufzunehmen.

INTERVIEW



Wie wichtig ist die Integrität bei den Menschenrechten?

In Bezug auf Europa kann man immer mehr die Integrität und die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte infrage stellen, wenn wir dabei zuschauen, wie gefährdete Familien und Personen an unseren Küsten sterben. Wie können wir jungen Europäern sagen, dass sie stolz auf Europa sein sollen, wenn wir die grundlegenden Menschenrechte nicht wahren? Zu oft wird der Eindruck von überbetonten, mildtätigen Floskeln erweckt und das abstrakte Gefühl der Solidarität mit den Fluchtbewegungen heraufbeschworen. Europa muss sich stärker selbst reflektieren und die EU muss einige ihrer Handelspraktiken überdenken, damit die Menschenrechte weiterhin ein zentraler Bestandteil ihrer Handelsabkommen sind.

Warum gehen Menschen nicht wählen?

Ich denke, junge Menschen gehen nicht wählen, weil sie keine Verbindung mit dem oder Vertretung durch das Europäische Parlament spüren. Dies gilt insbesondere für nicht weiße Europäerinnen und Europäer, die noch immer als Menschen mit Migrationshintergrund bezeichnet werden, selbst wenn sie bereits in der zweiten oder dritten Generation in Europa leben. Wie können wir junge Menschen dazu auffordern, an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen, wenn sie dort nicht vertreten werden? Europa muss sich stärker darauf konzentrieren, jungen Menschen und ihren Bedürfnissen zuzuhören, und dafür Sorge tragen, dass sie die Vertretung im EP erhalten, die sie verdienen.

Amal Hussein,
aus Somalia, studiert in Spanien



REVOLUTION

Unruhe und Aufruhr in Europa nehmen zu. Wir erkennen so langsam, dass die derzeitigen sozioökonomischen Strukturen nicht den Interessen der Menschen dienen. Der Widerspruch der derzeitigen wirtschaftlichen Situation besteht darin, dass ihr Erfolg von dauerhaftem und unerschöpflichem Wachstum abhängt. Die Aufrechterhaltung dieses Wachstums geht mittlerweile auf Kosten der Mehrheitsbevölkerung. Der vorausgesagte Trickle-Down-Effekt hat sich nie eingestellt. Stattdessen werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer.

Dies wird unausweichlich dazu führen, dass sich die Situation immer weiter verschlechtern wird. Ein Wandel ist daher unsere letzte Hoffnung. Als Individuen, die in einem System agieren, sind wir gezwungen, uns seinen harten und unerbittlichen Anforderungen zu unterwerfen. Als isoliert agierende Individuen sind wir machtlos und das System hält sich auf unsere Kosten am Leben. Da diese Kosten sich selbst vervielfachen, wird unser individuelles Leid zu kollektiven Kosten.

Wenn wir die Situation verbessern möchten, müssen wir diese kollektiven Kosten in eine kollektive Revolution transformieren und die unterdrückenden Strukturen abbauen, die dem Guten im Menschen schaden. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments befinden sich in einer privilegierten Position, um einen solchen Wandel herbeizuführen, und wir, die jungen Europäer, fordern sie daher auf, kluge und weise Entscheidungen im Interesse der schwächsten Gesellschaftsmitglieder zu treffen.

Wie alle großen Veränderungen werden sie auf Kontroversen und Widerstand stoßen, insbesondere seitens derer, die von der aktuellen Situation profitieren. Wir brauchen Politiker mit Visionen und Integrität, die diese schwierigen Entscheidungen zum Wohl der Allgemeinheit treffen und dem unvermeidbaren Druck seitens der Mächtigen widerstehen.

Wir sind jung und haben Ideale und wir glauben, dass ein Wandel möglich ist. Bitte lassen Sie uns nicht im Stich.



28. EUROPAWEITER ZUGANG ZU FORTBILDUNGSKURSEN

In einem Workshop entwickelte Idee

Die EU sollte die Einführung von leicht zugänglichen und kostenlosen Schulungsmodulen auf YouTube und in anderen sozialen Medien mit der Unterstützung der Universitäten fördern. Dies könnten Programmierungs- oder Sprachkurse sein.

Viele junge Menschen studieren in der EU und können im Rahmen von Erasmus an unterschiedlichen Universitäten studieren. Sobald sie jedoch ins Arbeitsleben eintreten, haben sie nicht mehr die Gelegenheit, ihre an der Universität erworbenen Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Mit diesen Kursen könnte die EU einen echten Beitrag leisten und die Menschen in der EU dabei unterstützen, ihre Fähigkeiten auszubauen. Außerdem hätten auch Menschen mehr Ausbildungschancen, die nicht studiert haben, aber neue Kenntnisse erwerben möchten.

Dies könnte durch Partnerschaften mit verschiedenen Universitäten in der EU erreicht werden. Dabei könnte auf das bestehende Erasmus-Netzwerk zurückgegriffen werden.

29. MEHR INKLUSIVITÄT FÜR DAS EYE

Roger

Die EU sollte die Einführung von leicht zugänglichen und kostenlosen Schulungsmodulen auf YouTube und in anderen sozialen Medien mit der Unterstützung der Universitäten fördern. Dies könnten Programmierungs- oder Sprachkurse sein.

Viele junge Menschen studieren in der EU und können im Rahmen von Erasmus an unterschiedlichen Universitäten studieren. Sobald sie jedoch ins Arbeitsleben eintreten, haben sie nicht mehr die Gelegenheit, ihre an der Universität erworbenen Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Mit diesen Kursen könnte die EU einen echten Beitrag leisten und die Menschen in der EU dabei unterstützen, ihre Fähigkeiten auszubauen. Außerdem hätten auch Menschen mehr Ausbildungschancen, die nicht studiert haben, aber neue Kenntnisse erwerben möchten.

Dies könnte durch Partnerschaften mit verschiedenen Universitäten in der EU erreicht werden. Dabei könnte auf das bestehende Erasmus-Netzwerk zurückgegriffen werden.

31. BEKÄMPFUNG DER STEUERHINTERZIEHUNG

Jonathon

Ich wünsche mir, dass die EU verhindert, dass die Reichen ihre Privilegien aufgrund ihres Reichtums ausnutzen, indem sie ein Verzeichnis der tatsächlichen wirtschaftlichen Eigentümer aller europäischen Vermögenswerte einführt.

Sämtliche Zahlen deuten unmissverständlich darauf hin, dass die Ungleichheiten zunehmen und je reicher die Reichen werden, desto erfindungsreicher werden sie beim Verbergen ihrer Reichtümer. Einerseits entgehen dem Staat dadurch wichtige Finanzmittel und der schlechtere Lebensstandard der unteren Gesellschaftsschichten wird dadurch verschärft. Die Tatsache, dass die Regierungen nicht in der Lage sind, den illegalen Machenschaften der Superreichen ein Ende zu setzen, schädigt aber auch das Vertrauen der Menschen in die demokratischen Prozesse.

Durch mehr Transparenz könnten die tatsächlichen wirtschaftlichen Eigentümer eines Vermögenswerts ausfindig gemacht werden. Dies würde verhindern, dass sich finanzstarke Unternehmen und Personen hinter Briefkastenfirmen verstecken, was den Enthüllungen der Panama Papers zufolge eine beliebte Praxis ist.

Das Europäische Parlament könnte mit anderen europäischen Institutionen zusammenarbeiten, um eine solche Liste durchzusetzen.

30. ROBOTER-STEUER!

In einem Workshop entwickelte Idee

Ich schlage vor, dass die EU eine Roboter-Steuer einführt, sodass Roboter auf dieselbe Weise besteuert werden wie menschliche Arbeitskräfte. Dies könnte dazu beitragen, Verluste aus entgangener Einkommensteuer auszugleichen und dem Staat zusätzliche Einnahmen für die Umstrukturierung des Arbeitsmarkts zu verschaffen.

Den Erwartungen zufolge werden Roboter Arbeitsplätze mit mittlerer Qualifikation und mittlerem Einkommen übernehmen, da sie durch ihre künstliche Intelligenz härter, schneller und fehlerfreier arbeiten können als Menschen. Um die Aushöhlung der Mittelklasse zu verhindern, die die Ungleichheiten noch weiter verschärfen würde, müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit das durch Roboter generierte Reichtum auf die Gesellschaft insgesamt umverteilt wird. Das Europäische Parlament hat kürzlich einen Vorschlag zur Einführung einer Roboter-Steuer abgelehnt, aber ich glaube, dass sie ein notwendiger Schritt ist, wenn die Regierungen die Probleme in Verbindung mit der Umstrukturierung des Arbeitsmarkts angehen möchten.²¹

Eine Automatisierungssteuer würde die Umverteilung des Reichtums über die soziale Sicherheit, Bildungsprogramme, öffentliche Dienstleistungen sowie Investitionen in anderen Wirtschaftszweigen ermöglichen. Die Umverteilung in Form einer Steuer stellt sicher, dass die Macht und Verantwortung von privaten Unternehmen zur geeigneteren und demokratisch gewählten Regierung verlagert wird.



²¹ Europäisches Parlament: Robotik und künstliche Intelligenz: Abgeordnete für EU-weite Haftungsregelungen. <http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20170210IPR61808/robotik-und-kunstliche-intelligenz-abgeordnete-fur-eu-weite-haftungsregelungen> (Zugriff im Juli 2018)

32. GLEICHBERECHTIGTE VERTRETUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Fatima & Amal

Die europäische Bevölkerung ist heutzutage vielschichtiger und pluralistischer als je zuvor. Diese Veränderung manifestiert sich jedoch noch nicht im Europäischen Parlament, in dem der Durchschnittsabgeordnete ein weißer, heterosexueller Mann ist. Aktuell gibt es lediglich 37,4 % weibliche Europaabgeordnete²², nur 17 von 751 Europaabgeordneten sind nicht weiß²³ und weniger als 4 % sind derzeit jünger als 35 Jahre.²⁴ Wir, die Jugend in Europa, haben unterschiedliche Hautfarben, sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentitäten, Behinderungen oder keine Behinderungen und gehören intersektionalen Kategorien an.

Wir wollen, dass unsere Lebendigkeit und unsere Pluralität auch im Europäischen Parlament vertreten sind. Es ist wichtig, dass die Europaabgeordneten unsere Erfahrungen verstehen, damit sie unsere besonderen Probleme berücksichtigen können und bereit sind, für uns einzutreten. Es muss mehr dafür getan werden, damit eine Haltung der sozialen Inklusion entsteht. Wenn wir uns vertreten fühlen sollen und das Gefühl haben sollen, zur EU zu gehören, müssen wir uns mit den Entscheidungsträgern identifizieren können.



²² Europäisches Parlament: Frauen im Europäischen Parlament. <http://www.europarl.europa.eu/germany/resource/static/files/service/frauen-im-europaischen-parlament-2017.pdf> (Zugriff im Juli 2018)

²³ Politico: When Britain exits the EU, its diversity departs too. <https://www.politico.eu/article/brexit-diversity-exits-the-eu-brussels> (Juni 2018)

²⁴ Zahlen der Verwaltung des Europäischen Parlaments

INTERVIEW



In Europa besteht ein großes Zufriedenheitsgefälle: das Bewusstsein der Menschen, dass sie weniger zufrieden und ungleicher sind, sorgt dafür, dass sie sich noch schlechter fühlen. Dadurch wird die Zufriedenheitslücke schließlich noch größer. Aus diesem Grund ist es wichtig, sich auf ein gleiches Zufriedenheitsniveau für alle zu konzentrieren. Und letzten Endes ist nicht das Einkommen der wichtigste Faktor für die Zufriedenheit, sondern die Gesundheit! Die europäischen Politiker sollten in Erwägung ziehen, den Erfolg einer Maßnahme anhand der Messgröße Zufriedenheit zu messen und nicht anhand des aktuellen BIP-zentrierten Ansatzes. Beispielsweise sind psychische Gesundheitsprobleme ein wichtiger Faktor für Unzufriedenheit als die Beschäftigung. Die Politiker ziehen jedoch unermüdlich die Beschäftigungszahlen als Zeichen von Erfolg heran.

Eine weitere politische Stolperfalle ist die falsche Auslegung wissenschaftlicher Zahlen, da davon ausgegangen wird, dass das, was Menschen im Durchschnitt glücklich macht, auf die gesamte Gesellschaft übertragbar ist. Sobald eine Person bei Lebensentscheidungen ihrer persönlichen Freiheit beraubt wird, beispielsweise indem sie gezwungen ist, sich gesund zu verhalten, um ihre Zufriedenheit zu verbessern, wird dies nur die gegenteilige Wirkung haben. Beispielsweise werden Bürger ihre Zufriedenheit einbüßen, wenn sie dazu gezwungen werden, eine Ausbildung zu machen (im Durchschnitt ein Faktor für Zufriedenheit), obwohl sie nicht bereit dazu sind. Ein besserer Ansatz besteht darin, den Menschen zu erklären, warum eine bestimmte Entscheidung klug ist, und ihnen dann die Freiheit zu geben, selbst zu entscheiden.

Isabelle Arendt,
Happiness Research Institute



33. MACHT UNS ZUFRIEDENER, DAS BIP IST NICHT DAS EINZIGE MASS FÜR DEN FORTSCHRITT

Joshua

Ich möchte, dass die Europaabgeordneten der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mehr Priorität einräumen und wissenschaftliche Messgrößen für die Zufriedenheit bei der Politikgestaltung und Erfolgsmessung verwendet werden. Dies bedeutet, dass über die nationalen Zufriedenheitsniveaus hinausgeblickt werden muss, um Muster zu erkennen, und die Quellen für Zufriedenheit identifiziert werden müssen, die über die herkömmlichen Messgrößen wie das Einkommen hinausgehen.

Wie bei allen anderen Lebensbereichen auch erstrecken sich die Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft auch auf die Zufriedenheitsniveaus. Zufriedenheit ist kein abstrakter, schwammiger Begriff, sondern eine knallharte Wissenschaft. Bei der Messung der Zufriedenheit werden bei dem OECD Better Life Index zehn verschiedene Kategorien herangezogen, darunter Gesundheit, Zivilengagement, Umwelt und Gemeinnutzen. Derzeit wird die Zufriedenheitslücke größer. Wenn die europäischen Politiker diesen Trend aufhalten möchten, müssen sie sich mit den Bürgerinnen und Bürgern unterhalten, um zu verstehen, warum das so ist.

Während das Einkommen eine gewisse Bedeutung hat, ist die Gesundheit einer der wichtigsten Einflussfaktoren für die Zufriedenheit. Diese beiden Faktoren sind jedoch häufig miteinander verbunden, da reichere Menschen häufig eine bessere Gesundheitsversorgung haben. Wenn die europäischen Politiker es ernst mit der Verbesserung der Zufriedenheitsniveaus meinen, sollten sie dies in den Mittelpunkt all ihrer politischen Entscheidungen rücken. Wie ein Teilnehmer aus Bulgarien sagte: „Zufriedenheit ist keine punktuelle politische Maßnahme“.

34. LÄNDLICHE GEBIETE ATTRAKTIVER FÜR DIE JUGEND GESTALTEN

Jannes

Ich möchte, dass die EU ihre ländlichen Gebiete wiederbelebt, um die schwindende jugendliche Bevölkerung zu halten, aber auch um eine alternative Lebensmöglichkeit für junge Menschen in Städten zu schaffen, die Schwierigkeiten mit den steigenden Lebenshaltungskosten haben.

28 % der europäischen Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten. Es wird allerdings nicht genug dafür getan, um die Ungleichheiten zu bekämpfen, mit denen sie in Bereichen wie politische Vertretung, Mobilität und Zugang zu Wissen konfrontiert sind.²⁵ Ihnen fehlen die Möglichkeiten und Gelegenheiten, auf dieselbe Weise wie die Stadtbevölkerung Dinge zu erleben, auszuprobieren und zu entdecken. Daher sind junge Menschen gezwungen, an einen anderen Ort zu ziehen. Dabei lassen sie eine alternde Gemeinschaft zurück.

Wenn ländliche Gebiete attraktiver für junge Menschen werden sollen, müssen ihre Grundbedürfnisse unbedingt befriedigt werden können. Es muss eine geeignete Infrastruktur bereitgestellt werden, mit der sie sich persönlich, politisch und in ihrer Ausbildung selbst verwirklichen können. Die Ausweitung der Verfügbarkeit von Bildungsdienstleistungen auf entlegene Gebiete – wie Fernkurse – ist von grundlegender Bedeutung, insbesondere solche, die landwirtschaftliches Unternehmertum zum Thema haben. Ich möchte, dass die Politik so gestaltet wird, dass jede Region ihr eigenes Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums umsetzen kann, das ihnen die Freiheit gibt, auf die individuellen Bedürfnisse der jungen Bevölkerung einzugehen.



²⁵ Europäische Kommission: Statistiken über ländliche Gebiete in der EU. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Statistics_on_rural_areas_in_the_EU/de (Zugriff im Juni 2018)

EMPOWERMENT

Im letzten Jahrhundert haben wir große Anstrengungen unternommen, um Ungleichheiten zu bekämpfen, aber es ist wichtig, dass wir auf dieser Mission nicht selbstgefällig werden und dass wir stets auf Versuche hinweisen, diese Anstrengungen zu untergraben.

Gleichheit ist gewöhnlich nicht von Dauer. Sie kann sich einstellen, aber ganz genauso schnell wieder verschwinden. Selbst wenn wir die bisher erzielten Gleichheiten halten wollen, ist dies ein permanenter Drahtseilakt.

Gleichheit ist höchstpersönlich und kontextabhängig. Ein echtes Verständnis von Gleichheit ist allumfassend. Daher ist es von grundlegender Bedeutung, dass unsere Mission für eine Gleichbehandlung aller unbeschränkt, pluralistisch und ertragreich ist. Aus all diesen Gründen ist es wichtig, dass alle Gesellschaftsmitglieder sich stark genug fühlen, sich zu Wort zu melden, auszudrücken, was für sie Gleichheit bedeutet und wie sie behandelt werden möchten.

Empowerment geht mit dem Gefühl einher, dass ich wichtig bin: Ich bin wichtig, ich zähle und ich finde Gehör, wenn ich mich zu Wort melde. Die Europaabgeordneten können junge Menschen dafür stark machen, für ein gerechteres Europa zu kämpfen, indem sie ihnen die Werkzeuge an die Hand geben, sich selbst auszudrücken, und, wichtiger noch, indem sie anhören, was sie zu sagen haben.

35. EMPOWERMENT UND INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN IN DAS NATIONALE BILDUNGSSYSTEM

In einem Workshop entwickelte Idee

Ich will, dass die EU ihre Mitgliedstaaten auffordert, die Bildung als notwendiges Mittel in Fluchtkrisen einzusetzen.

Laut einem Bericht des UNHCR sind 3,5 Millionen geflüchtete Kinder zwischen 5 und 17 Jahren im Schuljahr 2016 nicht zur Schule gegangen, was deutlich zeigt, dass für junge Flüchtlinge eine Bildungskrise herrscht.²⁶ Das Bildungssystem bietet eine wichtige Gelegenheit für junge Flüchtlinge, sich in die lokalen Gemeinschaften zu integrieren, sodass sie Verbindungen aufbauen, sich mit der lokalen Kultur vertraut machen und die Sprache lernen können. Außerdem erlernen sie die notwendigen Fähigkeiten, um etwas zur Gesellschaft beizutragen.

Die Mitgliedstaaten sollten sich darum bemühen, Flüchtlinge in ihr nationales Bildungssystem aufzunehmen, damit sie Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, um ein unabhängiges Leben zu führen und ihre neue Umgebung besser zu verstehen.

Ich möchte, dass die EU die erforderliche Unterstützung leistet, um diesen Prozess zu begleiten, indem sie bei Bedarf Wissen, Daten und finanzielle Unterstützung bereitstellt, um so gut wie möglich einen nahtlosen Übergang zu ermöglichen. Das Potenzial, das Jugendgruppen und -organisationen bei der Förderung des Integrationsprozesses haben, sollte ebenfalls ausgenutzt werden, indem auf EU-Ebene Anreize und finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden.

36. UMFASSENDE SEXUALERZIEHUNG

Jiale

Ich fordere die EU auf, ihre Mitgliedstaaten dazu zu bringen, ihren Bürgerinnen und Bürgern eine umfassende Sexualerziehung im Rahmen ihrer schulischen Ausbildung bereitzustellen. Dies sollte auf den traditionellen Kursen der Sexualerziehung aufbauen, in denen Themen wie sexuelle Entwicklung und sexuelle Gesundheit behandelt werden, aber sich auch auf die unvoreingenommene Einführung von Themen wie geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung, Sexualverhalten und Gender Diversity erstrecken.

Dank der wertvollen Bemühungen der LGBTQI+-Bewegung unterliegen die geschlechtliche Zuordnung und die sexuelle Orientierung nicht mehr den früheren normativen Beschränkungen, sondern erfahren heute ein toleranteres und individualistischeres Verständnis. Die heutige Jugend ist sich stärker ihrer selbst bewusst, ist besser informiert und widersteht zunehmend dem gesellschaftlichen Druck, der auf ihr lastet. In den derzeitigen Standards der Sexualerziehung wird dieser Tatsache jedoch keine Rechnung getragen.

Dadurch wird eine sexpositive Gesellschaft gefördert, Vorurteile abgebaut und jungen Menschen beigebracht, wie sie in einer urteilsfreien Umgebung für sich selbst sorgen.

²⁶ UNHCR: UNHCR report highlights education crisis for refugee children.

<http://www.unhcr.org/news/press/2017/9/59b6a3ec4/unhcr-report-highlights-education-crisis-refugee-children.html> (Zugriff im Juni 2018)

37. UNTERSTÜTZUNG FÜR SOZIALES UNTERNEHMERTUM UND SHARING ECONOMY

Ellie

Ich will, dass die EU sich stärker darum bemüht, soziale Unternehmer zu unterstützen und die Sharing Economy vor allem unter jungen Menschen zu fördern. Darüber hinaus wünsche ich mir, dass die EU die Relevanz von sozialen Unternehmen verbessert, indem sie sich vor Ort mit ihnen vernetzt, um die legislativen Hürden zu verstehen, die ihren Bemühungen schaden, und dann bei Bedarf mit ihnen zusammen an ihrem Abbau arbeitet.

Bei allen technischen Fortschritten gibt es abschreckende Beispiele. Obwohl moderne Geräte darauf ausgelegt sind, die Konnektivität zu verbessern, erreichen sie manchmal genau das Gegenteil. In Zeit wie diesen sei an die Worte Bill Gates' erinnert, dass Technik lediglich ein Hilfsmittel ist.

Die Sharing Economy ist eine Mischung aus sozialmarktwirtschaftlicher Solidarität und technischer Kommunikation, bei denen „Geber“, „Nehmer“ und „Teiler“ im Internet zusammengebracht werden. Der Paradigmenwechsel der Generation Y von Besitz zu Zugang und von Status zu Sharing liefert eine Erklärung für den großen Erfolg von Sharing Apps wie Uber, AirBnB und Crowdfunding. Über die kommerzielle Nutzung hinaus ist die Sharing Economy ein Instrument für soziale Gerechtigkeit, das eine Kreislaufwirtschaft fördert, in der Wissen, Ressourcen und Dienstleistungen umverteilt werden, damit sie gesellschaftliche Wirkung entfalten und nicht verschwendet werden.

Zu diesen sozialen Unternehmungen gehört die App „Too Good To Go“, bei der Lebensmittelerzeuger ihre überschüssigen Waren an Verbraucher loswerden, die diese zu einem ermäßigten Preis erwerben. Ihre Vertreterin Rose Boursier-Wyler sagt, dass das Unternehmen noch immer auf rechtliche Hürden stößt, wie etwa das Aufdrucken des Mindesthaltbarkeitsdatums, die den Prozess verzögern. Sie hofft, dass sie mit der EU daran arbeiten kann, diese zu überwinden und Lebensmittelabfall weiter zu senken.

38. NATIONALE SCHUTZMECHANISMEN FÜR JOURNALISTEN IN EUROPA

Miranda

Ich möchte, dass die EU eine aktive Rolle beim Schutz von Journalisten einnimmt, indem sie mit den Mitgliedstaaten bei der Schaffung nationaler Schutzmaßnahmen für in Europa tätige Journalisten zusammenarbeitet und der aktuellen Kultur der Straffreiheit der Machthaber ein Ende setzt. Dies könnte durch eine paneuropäische Arbeitsgruppe oder Organisation erreicht werden, in der der Stand der Pressefreiheit in Europa untersucht wird und die diesbezüglich an die Europaabgeordneten und die Mitgliedstaaten berichtet.

Demokratische Grundwerte bedeuten wenig, wenn der Schutz der Pressefreiheit nicht sichergestellt wird. In den vergangenen Monaten und Jahren wurde die Pressefreiheit erodiert. Alle fünf Tage wurden Journalisten getötet, und dies nahezu bei vollständiger Straffreiheit.²⁷

Auch vor Europa macht die Abnahme der Pressefreiheit nicht halt. In den vergangenen Monaten wurden die maltesische Journalistin Daphne Caruana Galizia, der Slowake Jan Kuciak und die Schwedin Kim Wall umgebracht. Eingriffe seitens der Regierungen und Animositäten gegenüber Journalisten haben laut dem regionalen Indikator 2018 von Reporter ohne Grenzen zugenommen. Malta, Tschechien, Serbien (EU-Beitrittskandidat) und die Slowakei haben die stärksten Rückgänge zu verzeichnen gehabt.²⁸



²⁷ Free Press Unlimited: Money Trail: Exposing financial crime with investigative journalism. <https://www.freepressunlimited.org/en/news/media-organisations-urge-eu-to-take-action-on-killing-of-journalists> (Zugriff im Juni 2018)

²⁸ Free Press Unlimited: Media organisations urge EU to take action on killing of journalists. <https://www.freepressunlimited.org/en/news/media-organisations-urge-eu-to-take-action-on-killing-of-journalists> (Zugriff im Juni 2018)

39. FÖRDERUNG DER GEBÄRDENSPRACH

Ferre

Ich möchte, dass Menschen mit und ohne Behinderung miteinander lernen, sodass die Herausforderung des Miteinanders zu einem Mehrwert der Lernerfahrung wird. Menschen ohne Behinderung sollten dazu ermutigt werden, die Gebärdensprache zu erlernen, indem Kurse in den Schulen angeboten werden.

Der aktuelle Ansatz des Bildungssystems für Menschen mit Behinderungen, im Rahmen dessen sie häufig von Schülern ohne Behinderungen getrennt werden, führt zu sozialer Ausgrenzung und zur Immobilität der Gemeinschaft von Menschen mit Behinderungen. Beispielsweise ist der Anteil der Studierenden mit Behinderungen, die an Erasmus teilnehmen, viel geringer als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Das Problem der Barrierefreiheit und die Barrieren in der Bildung stellen ein weites Feld dar. 14 % der Menschen zwischen 15 und 64 Jahren berichten von Schwierigkeiten bei grundlegenden Aktivitäten.²⁹ Der Anteil der Schüler mit Behinderungen, die die Schule frühzeitig abbrechen, ist viel höher als bei den Schülern ohne Behinderung: 31,5 % im Vergleich zu 12,3 %.³⁰ Diese Ausgrenzungstendenzen erstrecken sich auch auf die Beschäftigung, da weniger als die Hälfte der Menschen mit Schwierigkeiten bei grundlegenden Tätigkeiten eine Beschäftigung haben.³¹

Die Sichtbarkeit der Gemeinschaft von Menschen mit Behinderung muss erhöht werden und das Bildungssystem sollte als Mittel der sozialen Inklusion verwendet werden.

Hierfür könnte eine Kampagne ins Leben gerufen werden, um die Haltung gegenüber Menschen mit Behinderungen zu verbessern, wie Gebärdensprachenunterricht in der Schule und an der Arbeit als eine zusätzliche grundlegende Fähigkeit. Die EU könnte außerdem Erasmus-Plätze für Studierende mit Behinderungen reservieren.

²⁹ Eurostat: Disabilities among the working age population. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/8/8c/Infographic_Disability_statistics_final.png (Zugriff im Juni 2018)

³⁰ Europäische Kommission: Disability statistics - access to education and training. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Disability_statistics_-_access_to_education_and_training (Zugriff im Juni 2018)

³¹ Eurostat: Disabilities among the working age population. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/8/8c/Infographic_Disability_statistics_final.png (Zugriff im Juni 2018)

INTERVIEW



Wir müssen unsere Denkweise über das Gefälle zwischen Stadt und Land ändern. Das Gefälle an sich wird nicht unbedingt verstärkt. Es handelt sich eher um ein Kontinuum, da alle ländlichen Gebiete ihre Besonderheiten haben und vor besonderen Herausforderungen stehen, die ihre eigenen Lösungen erfordern. Man sollte ihnen weniger die traditionelle landwirtschaftliche Rolle verleihen. In ländlichen Gebieten ist man oft der Ansicht, vom Prozess der Globalisierung abgeschnitten zu sein.

Diese Gebiete sollten ihre eigene Nische finden, in der sie Wettbewerbsvorteile haben, und dabei unterstützt werden, sie zu entwickeln. Natürlich sollten die Maßnahmen Anreize dafür bieten, z. B. durch Infrastruktur und die Förderung von Innovation und Bildung. Hierfür sollte man sich unter anderem von dem subventionsbasierten Ansatz entfernen und eher einen Ansatz der Befähigung verfolgen. Ebenso sollten unabhängige Kommunen in der Lage sein, Partnerschaften aufzubauen, um gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln.

Guillaume Lecaros de Cossio,
OECD





40. SCHAFFUNG VON ÜBERGANGS- WOHNMÖGLICHKEITEN

In einem Workshop entwickelte Idee

Ich möchte, dass die EU sich dafür einsetzt, junge Menschen in der Übergangsphase bei der ersten Wohnungssuche zu unterstützen. Dies erfordert einen anderen Ansatz, der unabhängig von städtischen oder ländlichen Standorten ist. An städtischen Standorten besteht das Problem häufig in den Mietpreisen im Gegensatz zum Wohnungsangebot. Eine Lösung könnte daher in Sozialwohnungen bestehen, deren Mietpreise in der Anfangszeit gedeckelt sind.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in einigen Teilen Europas noch immer hoch und diejenigen, die in die Arbeitswelt eintreten, verdienen viel weniger als ihre Vorgesetzten, da sie mit den hohen Mieten zu kämpfen haben. Der Auszug aus dem Elternhaus ist ein prägender Einschnitt im Leben junger Menschen auf dem Weg in die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Die Immobilien- und Mietmärkte erschweren diesen Schritt maßgeblich.

In ländlichen Gebieten sind junge Menschen mit dem Problem konfrontiert, dass es keine erschwinglichen kleinen Wohneinheiten gibt, die den Bedürfnissen junger Menschen entsprechen. Ich möchte, dass in ländlichen Gebieten Übergangswohnungen gebaut werden, die jungen Menschen die Möglichkeit bieten, alternativ zu Familienwohnungen effiziente, kleine Unterkünfte zu mieten.

Dies würde für viele junge Menschen einen echten Wandel bedeuten und eines der am längsten andauernden Probleme der Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen.



KOMMENTAR AUS DEM JUGENDFORUM

REICH UND ARM

Die Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir hinter uns gebracht und die Beschäftigung ist sozusagen zurück. Für junge Menschen besteht das Risiko, dass sie schlechter gestellt sein werden als ihre Eltern. Die Jugendarbeitslosigkeit ist noch immer doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Wie können wir sicherstellen, dass ein soziales Europa auch für alle jungen Menschen, selbst für die am stärksten gefährdeten unter ihnen, in die Realität umgesetzt wird? Das Europäische Jugendforum kämpft für hochwertige Arbeitsplätze, um unbezahlte Praktika zu verbieten und sicherzustellen, dass ein Sozialsystem für alle existiert.

Da junge Menschen heutzutage am stärksten von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, tragen sie natürlich auch die Hauptlast der zunehmenden Ungleichheiten in der Europäischen Union. Jugendthemen nehmen zwar mehr und mehr Raum ein in der europäischen politischen Agenda, aber die Interventionen fokussieren sich bislang nur auf die hohen Jugendarbeitslosigkeitsquoten. Auf dem YO!Fest und dem Europäischen Jugend-Event (EYE) 2018 bildeten die wirtschaftlichen Rechte allerdings nur eine Dimension der Diskussionen. Junge Menschen kamen zusammen, um verschiedene Bereiche der sozialen Ausgrenzung zu diskutieren, wie beispielsweise Gesundheit, Wohnen, Inklusivität sowie Beschäftigung. Es wurde festgestellt, dass junge Menschen keine homogene Gruppe bilden. Sie unterscheiden sich in ihren Bedürfnissen, Hintergründen und Erfahrungen, die Auswirkungen darauf haben, wie sie ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte ausüben können.

Die Diskussionen der jungen Menschen auf dem YO!Fest und dem EYE machten deutlich, dass mehr Investitionen in ein sozialeres Europa notwendig sind, nachdem der Fokus in den letzten Jahren auf der Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion lag. Am 17. November 2017 veröffentlichte die EU die europäische Säule sozialer Rechte, die aus 20 Grundsätzen und Rechten für einen fairen Arbeitsmarkt und faire Sozialsysteme im heutigen Europa besteht. Die Säule umfasst viele Grundsätze, die auch junge Menschen berühren, wie der Sozialschutz, das Recht auf hochwertige und inklusive Bildung und angemessene Mindestlöhne.

Sie ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber die EU muss sich auf folgende Aspekte konzentrieren, damit junge Menschen der Armut und sozialen Ausgrenzung entfliehen können:

Wir brauchen inklusivere Bildungssysteme. Die Schulsysteme in Europa sind häufig nicht in der Lage, junge Menschen mit schwachen Hintergründen (z. B. Roma-Jugendliche, Jugendliche mit Behinderungen, junge Flüchtlinge usw.) einzubeziehen. Ein soziales Europa kann keine Realität werden, wenn wir nicht dafür sorgen, dass alle, unabhängig des Hintergrunds, Zugang zu kostenloser und lernerzentrierter Bildung haben, die junge Menschen befähigt, aktive Bürger und Rechteinhaber zu werden. Dies bedeutet außerdem größere Investitionen in und eine bessere Anerkennung von nicht formeller Bildung und informellen Bildungsträgern wie Jugendorganisationen, die nachweislich diejenigen erreichen, die von der formellen Bildung nicht erreicht werden.

Wir brauchen mehr hochwertige Ausbildungsmöglichkeiten. Es sind

weitere Anstrengungen auf nationaler Ebene erforderlich, um Gesetze zu erlassen und umzusetzen, die Praktika und Ausbildungen gemäß den Grundsätzen der European Quality Charter on Internships and Apprenticeships (Europäische Qualitätscharta für Praktika und Ausbildungsverhältnisse) des Europäischen Jugendforums besser regulieren. Dies würde einen gleichen Zugang zu Schulungsmöglichkeiten sicherstellen, die die Qualitätsstandards erfüllen, und daher das Potenzial haben, einen sinnvollen Weg in die Beschäftigung darzustellen.

Wir müssen in junge Menschen investieren, damit sie unabhängig und autonom werden. Dies bedeutet,

dass bezahlbarer Wohnraum und eine frühzeitige Intervention zur Verhinderung von Obdachlosigkeit politische Prioritäten darstellen sollten. Außerdem sollte ein allgemeiner, freier Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung geschaffen werden, unabhängig von der Sexualität, Herkunft, Bildung, Beschäftigung oder Aufenthaltsberechtigung.

Wir müssen uns stärker an das sich ändernde Arbeitsumfeld anpassen. Junge

Menschen sind zunehmend gezwungen, atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Null-Stunden-Verträge, unfreiwillige Zeitarbeit oder Teilzeitarbeit und Scheinselbstständigkeit einzugehen. Dadurch können sie ihre grundlegenden Arbeitnehmerrechte wie Krankheitsurlaub oder bezahlten Urlaub nicht ausüben. Die Arbeitsgesetzgebung muss auf dem Laufenden gehalten werden, damit sie den aufkommenden Herausforderungen gerecht wird, die aufgrund der neuen Arbeitsformen entstehen.



Wir müssen den Zugang zu sozialer Absicherung verbessern.

Dies ist der Schlüssel für die Senkung der Jugendarmut, da in den Sozialsystemen häufig die Realität des Arbeitsmarkts für junge Menschen nicht berücksichtigt wird und der Zugang häufig von der Beschäftigungshistorie oder dem Beschäftigungsstatus abhängig ist. Jugendliche müssen Zugang zu sozialer Absicherung haben. Dabei muss die Art der Arbeit berücksichtigt werden, die junge Menschen verrichten, d. h. Praktika, Ausbildungen und unbezahlte Arbeit.

Wir müssen Mindestlöhne für Jugendliche abschaffen.

Mindestlöhne für Jugendliche sind diskriminierend und verstoßen gegen das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“. Die EU sollte eine Empfehlung zu angemessenen Mindestlöhnen verabschieden, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Mindestlöhne für Jugendliche abzuschaffen.

Wir müssen junge Menschen in die Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Ausgrenzung einbeziehen.

Jugendorganisationen und jugendgeleitete Strukturen sind gut aufgestellt, um die Bedürfnisse junger Menschen zu verstehen, und verfügen über die notwendige Erfahrung, um gefährdete Gruppen zu erreichen. Investitionen in Jugendorganisationen und ihre aktive Einbindung in die Entwicklung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung von Maßnahmen und Programmen, die Einfluss auf junge Menschen haben, ist von grundlegender Bedeutung, um wirklich wirksame Maßnahmen zu schaffen.

All dies werden wir nicht erreichen, wenn wir nicht die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen und gleichzeitig Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene vorschlagen. Der nächste EU-Haushalt ist eine wichtige Gelegenheit, um zu beweisen, dass jungen Menschen Priorität in der politischen Agenda eingeräumt wird, und um in Maßnahmen und Programme zu investieren, die darauf abzielen, junge Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung zu befreien. Den Finanzierungen muss eine klare Strategie zugrunde liegen, damit die Umsetzung der Säule sozialer Rechte unterstützt wird. Das Thema Jugend muss in allen thematischen Prioritäten berücksichtigt werden.

Nach Jahren der Sparmaßnahmen hatten die zunehmenden Ungleichheiten Auswirkungen auf die EU. Sie hatten Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, haben das Vertrauen in die politischen Institutionen beschädigt und dazu geführt, dass die enttäuschten Bürger dem Populismus oder Extremismus nicht widerstehen können. Europas Jugend fordert ihren gerechten Anteil. Es ist an der Zeit, dass wir ein soziales Europa schaffen und in die Jugend investieren.

3. ALLEIN UND GEMEINSAM: Das vereinte Europa stärker machen

Unsere Generation wurde durch die Europäische Union sowie alle ihre Vorteile und Herausforderung geformt. Die meisten europäischen Jugendlichen können sich an das Leben vor der EU gar nicht erinnern.

Noch immer unterstützen viele junge Europäer Parteien oder Bewegungen, die die europäische Integration rückgängig machen wollen. Wir betrachten die Errungenschaften der EU der letzten Jahrzehnte zu häufig als selbstverständlich. Dies gilt für alle Generationen.

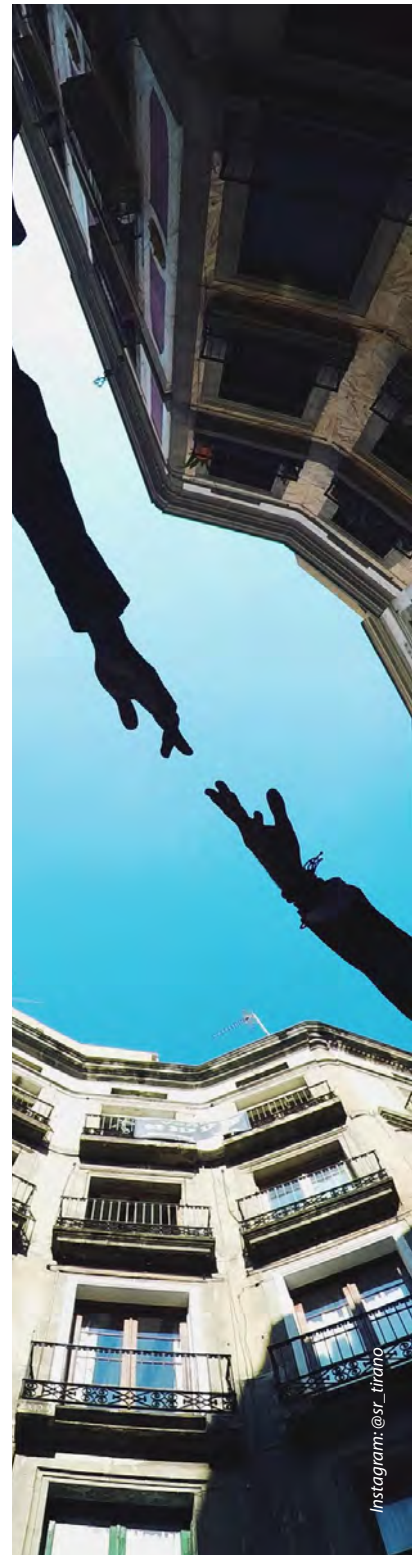
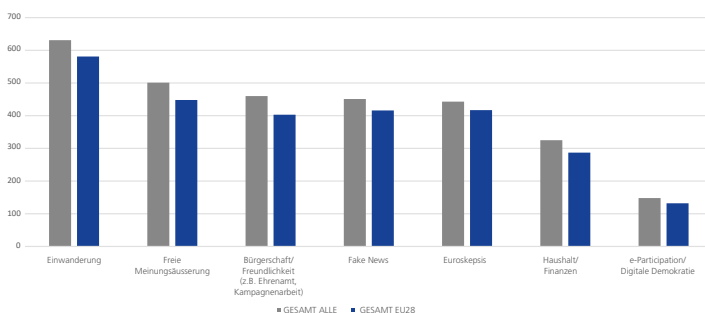
Viele junge Menschen kennen den Unterschied zwischen einer europäischen und einer nicht europäischen Gesellschaft jedoch nicht, da sie nie die Gelegenheit hatten, beide zu erleben. Darüber hinaus wird die EU von verschiedenen nationalen Regierungen als Schutzschild instrumentalisiert, die versuchen, kontroverse und spaltende Themen auf den Schultern der EU abzuladen. Diese permanenten Schuldzuweisungen verursachen eine negative Sicht auf die EU, was teilweise von ihren eigenen Mitgliedstaaten ausgeht.

Die mangelnde Eigenwerbung und Selbstverteidigung der EU und ihrer Mitgliedstaaten hat gezeigt, dass die EU Schwierigkeiten dabei hatte, die Probleme und Situationen zu lösen, die das europäische Projekt in den letzten Jahren beeinflusst haben.

Wir müssen berücksichtigen, dass die EU bestimmte Defizite aufweist. Es existiert keine Union der sozialen Sicherheit für alle Bürger Europas und es bestehen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Gleichheit aller Bürger unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit. Die entstandenen Vorteile lassen sich jedoch nicht von der Hand weisen: Frieden, gegenseitiges Verständnis, Wohlstand und die Möglichkeit, den europäischen Kontinent und seine unterschiedlichen Kulturen zu entdecken.

Schließlich hat die EU sehr viel für die Europäer bereitgehalten. Die Vorstellung, welch ein Schaden entstehen würde, wenn sie nicht fortbestehen würde, löst Unbehagen aus. Wir müssen die Menschen über Grenzen und Altersgruppen hinweg zusammenbringen und ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl und nicht die Spaltung fördern.

ALLEIN UND GEMEINSAM – DIE WICHTIGSTEN THEMEN FÜR JUNGE EUROPÄER



DIE ZUKUNFT EUROPAS

Der Brexit ist eines der am kontroversesten diskutierten Themen, sowohl auf dem EYE als auch in der Europäischen Union insgesamt. Die Meinungen zu diesem Thema gehen auseinander: während einige der Meinung sind, dass die EU daraus gestärkt herausgehen wird, fürchten andere, dass sie daran zugrunde gehen wird.

Der Brexit hat den anderen Mitgliedstaaten gezeigt, dass die vom Populismus ausgehende Gefahr in den Wahlen eine Tatsache ist. Diese Tatsache sollte uns die Augen öffnen und uns für die Gefahren durch den Populismus sensibilisieren und uns dazu ermutigen, ihn zu bekämpfen. Im Umkehrschluss kann der Brexit auch andere Austrittsbewegungen stärken. Der mögliche Erfolg des Vereinigten Königreichs und seiner Flüchtlingspolitik könnte dazu führen, dass diese Perspektive breitere Unterstützung findet, was sich sehr negativ auf die EU auswirken würde und möglicherweise zu einem strukturellen Verfall führen würde.

Die Zukunft Europas liegt jedoch nicht in den austretenden Mitgliedern. Die Beziehungen zur Türkei sowie weitere EU-Beitritte werfen wichtige Fragen auf. Die laufenden Verhandlungen mit den Ländern, die sich nicht an die grundlegenden menschenrechtlichen Grundsätze halten, führen zu einem Rückgang der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens.

In den letzten Jahren hat sich die EU aufgrund verschiedener externer Probleme, die sich in Europa ausbreiten, gezwungen gesehen, Partnerschaften mit Ländern zu pflegen, die nicht dieselben Grundsätze wahren.

Neue und gerechtere Verträge sollten entwickelt werden. Das Verhältnis zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit muss für beide Parteien so profitabel wie möglich sein und das Verhältnis zur Türkei muss gestärkt werden, um neue und starke Partnerschaften außerhalb der EU zu pflegen.

Die Zukunft Europas ist völlig offen und die jungen Menschen haben klargestellt, wie sie eine stärkere und gerechtere Union mit mehr Grundsätzen anstreben.

41. BILDUNGSCHANCEN IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH NACH DEM BREXIT

Sorana & Ian

Die EU und das Vereinigte Königreich sollten in Bezug auf die Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit im Bildungssystem übereinkommen und das Programm Erasmus weiterhin möglich machen. Dann könnten britische Studierende weiterhin in Europa studieren und umgekehrt. Außerdem sollten Wissenschaftler im Vereinigten Königreich die Möglichkeit erhalten, in der EU Arbeit zu finden und mit ihren Kollegen zusammenzuarbeiten.

Eine große Angst junger Menschen besteht darin, dass die Studierenden durch den Brexit aufgrund höherer Studiengebühren und Visaanforderungen die Möglichkeit verlieren werden, im Vereinigten Königreich zu studieren. Junge Menschen denken, dass diese Angelegenheit ernst genommen werden sollte, da wir Gefahr laufen, ein System zu schaffen, das nicht für beide Seiten von Vorteil ist.

Das Vereinigte Königreich hat bereits zugesagt, nach dem Austritt aus der EU das Programm Erasmus bis 2020 fortzuführen, aber die Bemühungen müssen verstärkt werden, damit eine langfristige Vereinbarung erzielt wird. Junge Menschen sorgen sich über die Folgen des Brexits und diese Maßnahme könnte ihnen mehr Sicherheit geben.

42. EUROPÄISCHER TAG FÜR MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Sérgio

Die Einrichtung eines Europäischen Tags für Menschen auf der Flucht wäre ein wichtiges Signal, um zu einer offeneren und ehrlicheren Diskussion über die Erfahrungen von Asylsuchenden in Europa und Migration im Allgemeinen beizutragen. Wir brauchen einen Perspektivenwechsel: dieser könnte in einem aussagekräftigen Statement bestehen, in dem über die Geschehnisse vor Gründung der Union berichtet wird, als es Europäer waren, die aus Kriegsgebieten flüchten mussten.

Die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, dass fremdenfeindliche und rassistische Argumente seitens der Medien und Wähler in einigen Fällen mehr Aufmerksamkeit erhalten. Daher muss die EU positiv agieren, um dieses vorherrschende Narrativ zu bekämpfen.

Er könnte in Anlehnung an den Europatag organisiert werden, bei dem die EU-Institutionen die Veranstaltungen in allen Mitgliedstaaten bekannt machen und durch Veranstaltungen und Diskussionsrunden in Zusammenarbeit mit den Medien sensibilisieren. Durch ein Netzwerk von Vertretern in den Mitgliedstaaten und Kontakten im Non-Profit-Bereich könnte die EU tatsächlich Fortschritte beim Zusammenwirken mit der Flüchtlingsgemeinschaft machen und einen paneuropäischen Dialog ins Leben rufen und für Verständnis dessen sorgen, wie es ist, auf der Flucht zu sein und wie wir als Gesellschaft mit den Flüchtlingsströmen fertig werden können.

43. INVESTITIONEN IN AUSLANDSHILFE UND EINSATZ DER DIPLOMATIE, UM MIT DEN FLÜCHTLINGSSTRÖMEN FERTIG ZU WERDEN

Ruben

Junge Menschen nehmen den Druck, den die Flüchtlingsströme auf die EU ausüben, natürlich wahr. Die Menschenrechte und der Respekt für Flüchtlinge tragen zur Lösung dieser anhaltenden Krise bei. Ich schlage eine Lösung auf zwei Ebenen vor: Einerseits leisten wir in den Camps in und an den Grenzen der EU humanitäre Hilfe und unterstützen andererseits die Organisationen in den Herkunftsländern durch Auslandshilfe.

Wir befinden uns derzeit in einer Situation, in der Flüchtlinge gezwungen sind, aus Bürgerkriegen und anderen Unruhen wie Dürren und Krankheitsausbrüchen zu fliehen und in der EU Schutz zu suchen. Aber selbst in den Flüchtlingscamps sind sie nicht immer sicher. Daher müssen wir finanzielle Mittel bereitstellen, damit Flüchtlinge eine sichere und bewohnbare Unterkunft finden, wenn sie in der EU ankommen.

Wenn wir uns aber allein darauf verlassen, werden wir das Problem nicht lösen. Wir sollten außerdem in Erwägung ziehen, finanzielle Mittel für die Flüchtlingscamps an den Außengrenzen der EU bereitzustellen und im Rahmen von Diplomatie und Auslandshilfe Lösungen für die Antriebsfaktoren zu finden, die vor allem die irreguläre Migration ausgelöst haben.

45. AUFBAU EINES FREIWILLIGEN-SYSTEMS FÜR DEN KONTAKT ZWISCHEN MIGRANTEN UND EUROPÄERN

Joao

Ich schlage vor, ein System aufzubauen, in dem Partnerschaften zwischen freiwilligen Europäern und Flüchtlingen hergestellt werden, damit die Flüchtlinge beim Einleben in der EU unterstützt werden. Das Ankommen an einem neuen Ort kann einige Schwierigkeiten bergen. Eine freundliche Person würde den Neuankömmlingen dabei behilflich sein, sich im bürokratischen Dschungel zurechtzufinden, damit sie sich nicht mit einem überlasteten Sozialdienst auseinandersetzen müssen.

Die Zukunft Europas hängt aufgrund unserer eigenen demografischen Entwicklung von den Neuankömmlingen ab: eine alternde Bevölkerung und geringe Geburtsraten. Die Unterstützung von Menschen beim Einleben und bei der Integration in unsere Gesellschaft bildet hier einen wichtigen Teil.

Es könnten unterschiedliche Anreize in Erwägung gezogen werden, um dies zu fördern. Aber es könnte auch als Leitprogramm des Europäischen Solidaritätskorps konzipiert werden, um die Sichtbarkeit und die Inanspruchnahme des Programms zu steigern.

44. FÖRDERUNG EINES STÄRKEREN AUSTAUSCHS ZWISCHEN EUROPA UND DER TÜRKEI

Malgorzata & Timon

Erfahrungen im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes (EFD) und des Europäischen Solidaritätskorps können den eigenen Horizont erweitern. Die jungen Menschen in der Türkei interessieren sich für Europa. Wenn die EU durch das Angebot ähnlicher Programme darauf reagiert, wäre dies für alle langfristig von Vorteil. Ich schlage vor, einen stärkeren Austausch zwischen Europa und der Türkei zu fördern.

Derzeit sind die politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei angespannt. Das alltägliche Leben der Bürger unterscheidet sich jedoch nicht so sehr. Junge Europäer brauchen die Gelegenheit, mit unseren nächsten Nachbarn in Kontakt zu treten, um einander zu verstehen, negativen Gefühlen entgegenzuwirken und den Informationsmangel über die andere Kultur zu bekämpfen. Dies könnte im Laufe der Zeit dazu beitragen, die Gräben zu überwinden.

In der Türkei existieren zwar Erasmus-Programme, aber die Beziehungen könnten durch spezielle Austauschprogramme wie den deutsch-türkischen Kulturaustausch gestärkt werden.³²

46. STÄRKUNG DER AUSSENGRENZEN UND DATENAUSTAUSCH

Anssi

Wir sind zwar verpflichtet, Flüchtlinge, die auf dem Weg nach Europa unsere Hilfe benötigen, zu unterstützen, aber wir brauchen auch ein funktionierendes System für die Koordinierung dieser Hilfe sowie einen starken Grenzschutz, um für Ordnung zu sorgen.

Einer der wichtigsten Grundsätze der EU ist die Solidarität unter ihren Mitgliedern. Dadurch könnten sich Flüchtlinge dort niederlassen, wo bereits einige ihrer Familienangehörigen leben, und die ungerechte Situation, in der einige Länder mehr Flüchtlinge aufnehmen als andere, würde beendet werden. Dieser Ansatz würde es den Flüchtlingen außerdem ermöglichen, sich besser in die Gesellschaft zu integrieren. Eventuell könnten ihnen sinnvolle Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden und sie könnten beim Finden einer Arbeitsstelle unterstützt werden.

Das derzeitige System der freiwilligen Annahme von Flüchtlingen durch einige Mitgliedstaaten funktioniert eindeutig nicht. Es ist eine stärkere europäische Solidarität und Kohäsion erforderlich, um die Flüchtlingsprobleme unter Wahrung der Menschenrechte zu lösen.

³² Deutsch-türkischer Schüleraustausch: <https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/deutsch-tuerkischer-schueleraustausch> (Zugriff im Juli 2018)

INTERVIEW



Denken Sie, dass Europa immer weiter auseinanderdriftet oder stärker zusammenwächst?

Diese Frage lässt sich nur schwer eindeutig beantworten. Der Brexit hat den Mythos, dass Europa eine immer stärkere Front bildet, entzaubert und die EU zur Einsicht gezwungen, dass Fortschritte genauso wie Rückschritte möglich sind. Der Brexit führt zwar einerseits zu einer Fragmentierung, aber zu einem gewissen Grad kann er auch als vereinende Kraft für die europäischen Projekte wirken und uns Anlass geben, darüber nachzudenken, wie wir es jetzt schaffen, die Menschen zusammenzubringen. Die Gefahr, dass die Union auseinanderbricht, ist real und ich denke, dass dies tatsächlich zur Klarheit beiträgt.

Vor dem Referendum haben es viele Menschen als Selbstverständlichkeit betrachtet, das Großbritannien Teil der EU ist, selbst die EU-Skeptiker. Der Brexit an sich bedeutet zwar nichts Gutes, aber ein interessanter und möglicherweise positiver Aspekt war, dass er die Europabefürworter gezwungen hat, ihren Standpunkt in Großbritannien deutlich zu machen und zu artikulieren, was es bedeutet, ein Europäer zu sein.

Olivia Elder,
PhD student, University of Cambridge



WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2019: WAHLBETEILIGUNG UND WÄHLEN UNTER JUGENDLICHEN

Die Europawahlen 2019 werden in der aktuellen Geschichte der EU ein entscheidender Moment werden. Wenn wir uns die Zahlen anschauen, gab es einen starken Rückgang der Wahlbeteiligung³³.

Dieser Trend muss umgekehrt werden. Wenn Menschen nicht wählen, zeigen sie damit Desinteresse an der europäischen Politik. Das schadet der demokratischen Hoheit des Projekts insgesamt. Vor allem junge Menschen gehen immer mehr davon aus, dass ihre Stimme nichts bewirken kann.

Die Wahlbeteiligung unter Jugendlichen zu steigern, ist nicht einfach: junge Menschen brauchen das Gefühl, dass ihre Stimme von Bedeutung ist und geschätzt wird. Wir müssen die Menschen überzeugen, am Wahltag wählen zu gehen. Wählen sollten wir daher einfacher und zugänglicher gestalten. Die EU muss die mangelnde Förderung erkennen und bekämpfen.

47. UNGE MENSCHEN ZUR KANDIDATUR ERMUTIGEN

Tristan

Um die EU jugendlicher und lebendiger zu gestalten, sollten wir vielleicht junge Menschen zur Kandidatur ermutigen.

Eine geringe Wahlbeteiligung ist häufig eher ein Symptom als eine Ursache. Einige Europaabgeordnete hoffen auf ein sechstes Mandat in Folge. Das vermittelt das Bild einer überalterten EU, die den Kontakt zur Bevölkerung verloren hat und die sie wählende Gesellschaft, vor allem die jungen Menschen, nicht in ihrer Vielfalt repräsentiert.

Dem könnte entgegengewirkt werden, indem die Fraktionen aufgefordert werden, eine Quote für junge Kandidaten einzuführen. Darüber hinaus könnte das Europäische Parlament einen eigenen Ausschuss ins Leben rufen, der sich auf junge Bürger und die Zukunft der EU konzentriert. Junge Menschen wollen eine EU, die zeigt, dass sie ihr wichtig sind.

Diese Idee wurde bereits auf dem EYE 2016 diskutiert, was deutlich macht, dass junge Menschen darin noch immer eine Lösung sehen, die angemessen in Betracht gezogen werden sollte.

48. WAHLINFORMATIONEN FÜR JUNGE MENSCHEN ÜBER DIE SOZIALEN MEDIEN

Giulia

Meine Idee besteht darin, die sozialen Medien dafür zu nutzen, um junge Menschen darüber aufzuklären, warum Wählen so wichtig ist, wie sie sich registrieren und wo sie wählen können.

Die traditionellen Formen der Werbung wie Plakatwände, Fernseh- und Radiowerbung erreichen junge Menschen nicht mehr. Laut den Recherchen des Reuters Institute for the Study of Journalism nutzen 51 % der Menschen mit einem Internetzugang die sozialen Medien als Nachrichtenquelle³⁴, die ihrerseits von einer bestimmten „Echo Chamber“ kontrolliert werden. Jemand, der sich für Politik interessiert, sieht mit größerer Wahrscheinlichkeit politische Aufrufe zur Intervention auf Social-Media-Kanälen.³⁵

Eine Möglichkeit, um diese zu erreichen, könnte die Schaffung von Ad-hoc-Kampagnen in sozialen Medien wie Facebook, Twitter, Instagram und Snapchat sein. Dies könnte unter Einbindung verschiedener politischer Gruppen erfolgen, indem sie ihre Netzwerke verwenden und eine gemeinsame Nachricht veröffentlichen, die die Bedeutung des Wählens bei den jüngeren Generationen unterstreicht.

49. JÄHRLICHE FRAGERUNDE ZWISCHEN EU-POLITIKERN UND JUNGEN MENSCHEN

Valerie

Meine Idee, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen und Politikern zu fördern, könnte durch eine jährliche Fragerunde zwischen den führenden Politikern des Europäischen Parlaments, der Kommission und des Rates umgesetzt werden, die per Livestream über verschiedene soziale Medien wie Facebook in Echtzeit übertragen werden könnte. Junge Menschen in Europa könnten Fragen formulieren. Eine ausgewählte Gruppe von ihnen könnte sie dann den EU-Politikern vorlegen.

Die jüngste Anhörung mit Mark Zuckerberg hat dem Europäischen Parlament als Institution viel Aufmerksamkeit verschafft. Wenn diese Veranstaltungen in den sozialen Medien bekannt gemacht werden, könnten wir ein neues Publikum erreichen. Junge Menschen sind nicht per se desinteressiert, wir brauchen nur Gelegenheiten, um unsere Meinung auszudrücken!

Dies würde dazu beitragen, die Institutionen der EU bekannt zu machen und die Zugangsbarrieren zu senken. Außerdem würde die EU zeigen, dass an der Meinung der jungen Menschen Interesse besteht. Diese Veranstaltung könnte in Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen organisiert werden, damit eine wirklich jugendzentrierte Veranstaltung entsteht.

³³ Statista: Voter turnout in the European Parliament Elections in the European Union (EU) from 1979 to 2014. <https://www.statista.com/statistics/300427/eu-parliament-turnout-for-the-european-elections/> (Zugriff im Juni 2018)

³⁴ Reuters Institute Oxford University: Digital News Report 2017. https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/Digital%20News%20Report%202017%20web_0.pdf S. 10 (Zugriff im Juli 2018)

³⁵ BBC: Social media 'outstrips TV' as news source for young people. <https://www.bbc.com/news/uk-36528256> (Zugriff im Juni 2018)

50. FESTLEGUNG EINES EINHEITLICHEN ALTERS FÜR DAS PASSIVE WAHLRECHT

Sam

Die EU sollte ein einheitliches Alter festlegen, ab dem sich junge Menschen in Europa bei den Europa-Wahlen zur Wahl stellen können. Dies könnte auch Einfluss auf die nationalen Wahlen haben, bei denen die Änderungen vielleicht als Erstes umgesetzt werden.

Teilweise engagieren sich junge Menschen nicht in der Politik, weil sie nicht beobachten, dass Gleichaltrige bzw. Politiker derselben Altersstufe gewählt werden. Ein Problem besteht darin, dass es kein einheitliches Alter für die Kandidaten in der EU gibt. In einigen Ländern kann man ab einem Alter von 18 Jahren für das Parlament kandidieren und in anderen Ländern liegt dieses Mindestalter bei 24.

Die Europaabgeordneten und EU-Institutionen sollten die Mitgliedstaaten dazu auffordern, die notwendigen Änderungen vorzunehmen, damit sich junge Menschen engagieren.

51. FÖRDERUNG DER ELEKTRONISCHEN STIMMABGABE ZUR STEIGERUNG DER WAHLBETEILIGUNG

Richard

Wir sollten europaweit die elektronische Stimmabgabe einführen, um die Stimmabgabe bei den Europa-Wahlen so leicht und bequem wie möglich zu gestalten.

Die hohe Zahl der Nichtwähler zeigt häufig, dass die Wähler zunehmend enttäuscht von den Politikern sind. Überfüllte oder schwer erreichbare Wahllokale können ein Argument für die Wähler sein, die sich dafür entscheiden, nicht wählen zu gehen, anstatt lange Schlange zu stehen oder weite Strecken zurückzulegen, um ihre Stimme abzugeben.

Wir können wertvolle Lektionen von Estland lernen, das in Bezug auf die Verwendung von IT und Internet im privaten und öffentlichen Bereich eine Vorreiterrolle einnimmt. Estland ist das einzige Land in Europa, in dem der Internetzugang als soziales Recht verankert ist. Mehr als 54 % der Bevölkerung nutzen das Internet, 34 % der Haushalte haben einen Computer zu Hause und 82 % dieser Computer haben einen Internetzugang.³⁶

Die elektronische Stimmabgabe in Estland wurde in zahlreichen Wahlen ermöglicht und die Wahlbeteiligung ist leicht angestiegen. Trotz der gesetzlichen Hürden könnte dieser Ansatz verfolgt werden, um die Probleme in Verbindung mit der Jugendwahlbeteiligung auf europäischer Ebene zu lösen.

Ähnlich wie die Ausweitung der Möglichkeiten für junge Menschen, sich zur Wahl zu stellen, wurde auch das Thema der elektronischen Stimmabgabe im Jahr 2016 lebhaft diskutiert. Dies zeigt, dass junge Menschen darin eine wichtige Lösung sehen, die näher betrachtet werden sollte.

52. EINFÜHRUNG DES WAHLRECHTS AB 16 BEI EUROPA-WAHLEN

Ella

Wir sollten in Erwägung ziehen, das Wahlalter für Europa-Wahlen auf 16 herabzusetzen. Dies könnte auch mit einem vermehrten Politikunterricht in den Schulen einhergehen. Wenn junge Menschen darüber informiert werden würden, wie wichtig das Wählen ist, und kurze Zeit später selbst die Gelegenheit haben, ihr Wahlrecht auszuüben, kann dies zu einer höheren Wahlbeteiligung führen.

Für diesen Ansatz existieren bereits Präzedenzfälle. Beim schottische Unabhängigkeitsreferendum im Jahr 2014 wurde das Wahlalter einmalig auf 16 herabgesetzt, da ihre Stimme den Rest ihres Lebens beeinflussen sollte.

Die Jungwähler haben dabei nicht enttäuscht. Studien deuten darauf hin, dass 75 % der 16- und 17-Jährigen gewählt haben. Dieser Anteil war höher als der Anteil bei den 18- bis 24- und den 25- bis 34-Jährigen.³⁷



³⁶ Europarat: Report for the Council of Europe E-Voting in the 2005 local elections in Estonia. https://www.coe.int/t/dgap/goodgovernance/Activities/E-voting/CoE_Studies/FinalReportCOE_EvotingEstonia2005_en.asp (Zugriff im Juli 2018)

³⁷ What Scotland Thinks: So how many 16 and 17 year olds voted? <http://blog.whatscotlandthinks.org/2014/12/many-16-17-year-olds-voted/> (Zugriff im Juli 2018)

53. WAHLWERBUNG ÜBER UNTERNEHMEN UND APPS

Kenny

Die EU sollte Kampagnen mit Privatunternehmen koordinieren, um die Politik attraktiver zu gestalten. Während der Wahlen 2017 im Vereinigten Königreich wurde beispielsweise von Uber die Nachricht „Don't be a passenger in what happens in your life. Vote now.“ (Sei kein Fahrgast in deinem eigenen Leben. Wähle jetzt.) versendet.³⁸

Viele Menschen kennen das Wahlverfahren entweder nicht oder sie interessieren sich überhaupt nicht für Politik. Eine Erinnerung der Lieblingsapp an einem bestimmten Tag könnte sich entscheidend auf die Wahlbeteiligung auswirken.

Das Europäische Parlament ist in der privilegierten Position, seinen guten Ruf zu nutzen, um Diskussionen mit Organisationen über Wahlwerbung aufzunehmen. Wenn wir den Aspekt der Zusammenarbeit bei Wahlen fördern, wird die Wahl zu einer gesellschaftlichen Handlung und ist weniger eine isoliert vorgenommene Handlung.



³⁵ Birmingham Live: Local elections 2018: Uber offering free rides to ensure wheelchair users can vote.

<https://www.birminghammail.co.uk/news/midlands-news/local-elections-2018-uber-offering-14604401>.

<https://en.annahar.com/article/799240-elections-2018-uber-announces-election-day-promo-code> (Zugriff im Juni 2018)

INTERVIEW

“

Was können führende Politiker tun, um junge Menschen zu ermutigen, sich für Wahlen zu interessieren und sich dafür zu engagieren?

In Bezug auf die Wahlen zum Europäischen Parlament denke ich, dass es von den Jugendlichen selbst kommen muss, da die Wahlbeteiligung unter jungen Menschen tendenziell niedriger ist. Derzeit herrscht unter vielen jungen Menschen die Einstellung gegenüber den Politikern, dass sie deren Anweisungen aus Brüssel nicht befolgen werden. In meinem eigenen Land [Irland] habe ich nach einigen Referendumsergebnissen das Entstehen wundervoller Netzwerke erlebt, die zusammenarbeiten, einander unterstützen und etwas verändern. Eine riesige Anzahl von Iren ist mittlerweile für die Wahlen registriert, nicht weil ihre Eltern es ihnen gesagt haben, sondern weil Gleichaltrige sie dazu aufgerufen haben.

Ich habe fünf Kinder und eine meiner Töchter hat meiner jüngeren Tochter bei der Registrierung geholfen und sie sogar zur Polizeiwache begleitet, um den Stempel zu holen. Ich war es also nicht. Es war ein junger Mensch, der einem jungen Menschen geholfen hat. Was die Regierungen jedoch tun können, ist die Bekanntmachung der Wahlen zum Europäischen Parlament und die Betonung ihrer Bedeutung. Früher haben sie das nicht getan und die Menschen gingen in die Wahllokale, nur um ihrer eigenen Regierung eines auszuwischen. Und das war ihnen egal. In den letzten Jahren hat das Parlament einiges an Macht gewonnen: es nimmt zusammen mit den Mitgliedstaaten die Legislative ein und wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission. Die Zusammensetzung des Parlaments ist links, rechts, Mitte-links, Mitte-rechts und dies entspricht genau auch der Zukunft Europas. Das muss deutlich gemacht werden, ob das seitens der Regierungen selbst oder durch zivilgesellschaftliche Akteure passiert, aber ich denke, dass es nachhaltiger ist, wenn junge Menschen das selbst übernehmen und zusammenarbeiten.

Emily O'Reilly,
European Ombudsman

”

ENGAGEMENT UND BÜRGERSCHAFT

Grundwerte sind eine der wichtigsten Säulen der Europäischen Union, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger auf dem gesamten Kontinent zusammenhalten. Es muss berücksichtigt werden, dass viele Mitglieder der EU unterschiedliche Kulturen haben, verschiedene Sprachen sprechen und historische Ereignisse wie den Zweiten Weltkrieg unterschiedlich erlebt haben. Jetzt bilden sie zusammen die europäische Gesellschaft. Die EU betont in der Charta der Grundrechte sechs Punkte, die von allen Mitgliedstaaten gewahrt und angewendet werden müssen: Achtung der Würde des Menschen, der Grundfreiheiten, der Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte und justiziellen Rechte.

Diese Werte sind Teil des europäischen Charakters und dessen, was es bedeutet, ein Europäer zu sein. Wenn wir sie ignorieren, käme das einer Abkehr von den europäischen Grundsätzen gleich.

Mit dem Aufkommen der Flüchtlingskrise wurde die Integration eine immer größere Herausforderung. Das Thema wird heutzutage sehr kontrovers diskutiert und spaltet die Bürger in Europa. Viele unterstützen die Integration von Flüchtlingen, während andere die Schließung der Grenzen wollen.

Als europäische Bürgerinnen und Bürger müssen wir uns engagieren. Es ist vielleicht schwer zu beschreiben, was es bedeutet, ein Europäer zu sein, aber die Achtung der Werte ist der erste grundlegende Schritt.

54. HERSTELLUNG EINER VERBINDUNG ZWISCHEN EUROPA UND NATIONALEN FORMEN ZUR FÖRDERUNG DES ENGAGEMENTS

Jan

Die Fraktionen im Europäischen Parlament sollten enger mit ihren nationalen Kollegen zusammenarbeiten und ihre Ideen abstimmen. Dabei sollten auch Menschen aus verschiedenen Gemeinschaften einbezogen werden, um einen basisdemokratischen Ansatz für die europäische Politik zu verfolgen. Die Politiker müssen in ihren Wahlkreisen Veranstaltungen organisieren und die Verbindung zwischen der EU und den europäischen Bürgern stärken.

Die Europäische Union muss den Menschen vermitteln, dass es für alle von Bedeutung ist. Nur wenn wir die Bedeutung unterstreichen, werden die Menschen die Union und ihre Institutionen ernst nehmen und sich für sie engagieren. Die EU scheint aktuell weit entfernt von ihren Bürgern und aus diesem Grund haben die Menschen das Gefühl, dass sie sich nicht um ihre Belange kümmert.

Wir brauchen dezentrale, lokale Parteigruppen, die die Besorgnisse auf nationaler Ebene an die Fraktionen auf europäischer Ebene weiterleiten, damit sie eine echte paneuropäische Politik entwickeln können, die die Vielfalt der Meinungen respektiert.

55. EINE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ENTWICKELN

Andreas

Die Menschen haben häufig das Gefühl, dass ihre Stimme nicht wirklich zählt. Dies ist einer der Hauptgründe dafür, dass junge Menschen den EU-Wahlen ihren Rücken zukehren.

Daher müssen wir Mechanismen der direkten Demokratie aufbauen, um dieses demokratische Defizit zu bekämpfen. Genauer gesagt, sollten wir bei einem existierenden Mechanismus wie der Europäischen Bürgerinitiative beginnen und sie verbessern, indem sie in der EU rechtlich bindenden Charakter erhält. Der schweizerische Referendumsmechanismus, der einem ähnlichen Modell folgt, wäre ein gutes Vorbild. Der Europäische Gerichtshof sollte die gerichtliche Befugnis haben, um die Rechtmäßigkeit des Verfahrens sicherzustellen. In Grundsatzfragen in Bezug auf die EU sollte ein Weg existieren, um über das Verfahren der Europäischen Bürgerinitiative ein europäisches Referendum einzuberufen.

Die wirkliche Bedeutung der Demokratie liegt im Willen des Volkes (Demos). Wenn wir den Willen des Volkes respektieren, werden die Menschen meiner Meinung nach die politische Union respektieren. Nur unter diesen Bedingungen werden die Bürger der Europäischen Union sich wirklich für die gemeinsamen Belange Europas engagieren.

56. FÖRDERUNG DER KLASSISCHEN SPRACHEN UND EUROPÄISCHEN GESCHICHTE

Andrea

Ich schlage vor, den Unterricht in den klassischen Sprachen wie Griechisch und Latein und in Geschichte zu fördern, um eine engere Verbindung mit der Geschichte Europas aufzubauen.

Wir hören viel darüber, was uns Europäer vereint und wie wichtig es ist, dass wir eine europäische Identität entwickeln. Diese klassischen Sprachen, die dazu beigetragen haben, einen wichtigen Teil der heutzutage in Europa geachteten Werte zu bilden, werden häufig als „tote Sprachen“ bezeichnet.

Die EU könnte versuchen, den Unterricht in diesen Sprachen und Geschichte durch außerschulische Jugendgruppen zu fördern und vielleicht öffentliche Veranstaltungen über diese Themen fördern, die das Interesse von jungen Menschen aus ganz Europa auf sich ziehen.

57. SCHAFFUNG EINER PLATTFORM FÜR QUALIFIZIERTE FLÜCHTLINGE FÜR DIE VERMITTLUNG VON STELLEN IN DER BILDUNG

Laura & Jakob

Die EU sollte sich darum bemühen, Flüchtlinge mit beruflichen Qualifikationen an den Bildungssektor zu vermitteln, um qualifizierte Personen mit Organisationen bekanntzumachen, die Flüchtlinge willkommen heißen.

Derzeit gibt es Science4refugees, eine Initiative, die Flüchtlinge mit einem wissenschaftlichen Hintergrund an Organisationen vermittelt, die neue Mitarbeiter brauchen. Dies erfolgt über das EURAXXES-Portal, das Informations- und Unterstützungsdienstleistungen für Forscher erbringt, die ihre Karrieren in Europa fortführen möchten.

Dieser Ansatz könnte auf den Bildungssektor ausgeweitet werden, um die nicht besetzten Stellen in Lehre und Forschung zu besetzen, unter anderem in Schulen, Universitäten und auch in Unternehmen.

INTERVIEW

“

Welche Erfahrungen haben Sie mit EYE gemacht?

CHRISTIANA: Die Teilnahme am EYE und die Aufführung im Parlament haben das Selbstvertrauen der Schüler gestärkt. Sie haben wertvolle Erfahrungen gesammelt, indem sie neue Leute aus ganz Europa getroffen und sich ihnen gegenüber geöffnet haben. Sie haben im Team zusammengearbeitet und das aufgeführt, was sie mehrere Monate lang eingeübt haben. Kern der Botschaft der Schülerinnen und Schüler war die Einheit. Denn nur vereint können wir unsere Probleme lösen. Das durchschnittliche Alter der Schüler liegt bei 16 bis 17 Jahren. Sie haben ihre Energie auf die Menschen im Publikum des EYE übertragen.

SIMONA: Wir waren ein Teil der Aktivitäten Europas und die sind sehr wichtig. Am besten fand ich, als wir den Plenarsaal betreten haben und neue Leute aus verschiedenen Ländern und unterschiedliche Kulturen kennengelernt haben. Diese Erfahrung hat einen bleibenden Eindruck bei mir hinterlassen und mein Bewusstsein für Europa gestärkt.

MARY: Alle EYE-Teilnehmer strahlen eine wunderbare Energie aus. Ich werde meinen Freunden zu Hause davon berichten und sie dazu ermutigen, mit zum nächsten EYE zu kommen und teilzunehmen. Ich habe hier gelernt, dass wir gemeinsam etwas Wundervolles schaffen können.

MARINOS: Für die Teilnahme am EYE bin ich zum ersten Mal ins Ausland gereist und ich habe jede Minute genossen. Straßburg ist eine tolle Stadt. Ich habe die Erfahrung von dem Moment an genossen, in dem ich in das Flugzeug gestiegen bin. Ich werde meinen Freunden sagen, dass es toll ist, ein Teil Europas zu sein, da es so viele Kulturen mit unterschiedlichen Küchen, Sprachen und verschiedenen Lebensstilen gibt. Diese Vielfalt zeigt uns, dass noch Hoffnung für Europa besteht.

Christiana Petraki,

Lehrerin am Gymnasium und an der technischen Schule in Polis Chrysochous, Zypern und ihre Schüler (Simona Bortea, Mary Fournidou und Marinos)

”

58. EINFÜHRUNG VON POLITIKUNTERRICHT

In einem Workshop entwickelte Idee

Ich schlage vor, in allen Schulen in der EU politischen Unterricht einzuführen. Obwohl die Bildung nicht in die Zuständigkeit der EU fällt, sollte die EU die Mitgliedstaaten dazu bringen, die politische Bildung zu verbessern. Es könnte ein neues Fach in die Lehrpläne aufgenommen werden, das Politik und Geschichte und die Arbeit der Europäischen Union zum Inhalt hat.

Es besteht ein beträchtlicher Mangel an politischem Unterricht in Schulen. Jungen Menschen werden nur unzureichende politische Kenntnisse vermittelt und das Bildungssystem muss diese Situation in den Griff bekommen, damit die Schüler die Komplexität der Europäischen Union verstehen und ihnen gezeigt wird, wie sie ihr Leben verbessert.

Dies könnte in Partnerschaft mit Zeitungen oder anderen journalistischen Kanälen erreicht werden, beispielsweise durch die Gewährung des freien Zugangs zu einer Online-Zeitung für Schulen, die Politikurse anbieten.

60. SCHAFFUNG EINER INITIATIVE FÜR MOBILE SCHULLEITER

John

Die EU könnte in Erwägung ziehen, eine Initiative für mobile Schulleiter zu fördern und zu koordinieren, bei der Schulleiter mit Regierungen, Schulen und lokalen Akteuren in der EU zusammenarbeiten. Im Rahmen dieser Initiative würden neue Ideen entstehen, die von neuen Stimmen kommen, da die Workshops und die Diskussionen am runden Tisch von den Schulleitern organisiert werden würden. Die Workshops würden Raum bieten für eine tiefe Reflexion über die Zukunft Europas zwischen jungen Führungskräften, Studierenden, Managern und Unternehmern. Diese Diskussionen könnten von Europaabgeordneten, Experten oder Meinungsführern aus Europa und von außerhalb geleitet werden.

Die mobilen Schulleiter könnten mit Projekten, die die Teilnehmer der Initiative bestimmen, das politische Engagement verbessern. Dabei könnten zwanzig konkrete Projekte formuliert werden. Die jungen Menschen, die an diesen Workshops teilnehmen, könnten dann im Rahmen eines Freiwilligenjahres an den bestimmten Projekten arbeiten. Dies könnte zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft und des Engagements in europäischen Angelegenheiten beitragen.



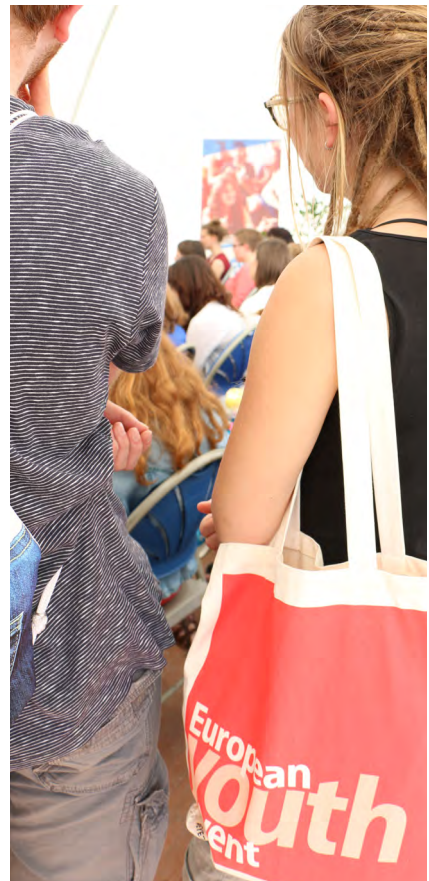
59. FINANZIERUNG EINES JUGENDPASSES FÜR ERMÄSSIGUNGEN BEI KULTURANGEBOTEN

In einem Workshop entwickelte Idee

Die EU sollte ein System unterstützen, im Rahmen dessen junge Menschen unter 25 Jahren eine Karte erhalten, mit der sie ermäßigten Eintritt in bestimmten Kulturstätten wie Museen, Bibliotheken und Theatern erhalten.

Eine kürzlich getroffene Entscheidung, ein kostenloses Interrailticket für eine Reihe von jungen Europäern zu schaffen, wurde positiv aufgenommen, aber die Initiativen dieser Art sollten ausgebaut werden. Junge Menschen möchten auch die Sehenswürdigkeiten in den Städten besuchen, die sie bereisen, doch zu hohe Kosten können sie davon abhalten.

Durch die Finanzierung einer Ermäßigungskarte könnte die EU jungen Menschen einen wesentlichen Vorteil verschaffen, die auf Reisen gehen und mehr von dem erleben wollen, was Europa zu bieten hat.



KOMMENTAR AUS DEM JUGENDFORUM

ALLEIN UND GEMEINSAM

In allen Diskussionen ist die Zukunft Europas ein Thema und meist werden unsere politischen Entscheidungsträger dazu aufgerufen, junge Menschen ins Zentrum des Interesses zu stellen. Sind das nur leere Worte oder zeugt das von echtem Engagement, die junge Generation in die Gestaltung der Zukunft Europas mit einzubeziehen? Um ein stärker geeintes, wohlhabenderes, demokratischeres und nachhaltigeres Europa auf einem Fundament aus Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit aufzubauen, müssen junge Menschen und ihre Organisationen in den Dialog und die Entscheidungen mit einbezogen werden. Über die Arbeit des Europäischen Jugendforums soll sichergestellt werden, dass die Stimmen von Millionen von jungen Menschen Gehör finden, um unser heutiges Europa und das von morgen zu gestalten.

Derzeit wirken sich zwei Vorgänge auf die Zukunft der Europäischen Union aus: der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und die Debatte rund um die Zukunft Europas. Obwohl noch nicht alle Auswirkungen dieser Vorgänge bekannt sind, wurden beide samt ihren Bestandteilen eingehend im Rahmen des YO!Fests und des Europäischen Jugend-Events 2018 untersucht.

Beide verbindet, dass die junge Generation in ihrem Rahmen eine zentrale Rolle spielen soll und dass ihr Raum für Beteiligung eingeräumt werden muss. Die lang angelegte Kampagne des Europäischen Jugendforums für einen #YouthUp in Europa, also einen Aufruf für mehr Mitsprache für junge Menschen in der Politik, verdeutlicht, welche Bedeutung der Stimme der jungen Generation bei diesen beiden Vorgängen zukommt.

In den Debatten rund um den Brexit waren junge Menschen immer die Generation, die die EU am stärksten befürwortet hat, und sie sind es nach wie vor. Sie sind bei Weitem nicht phlegmatisch, was die Äußerung ihrer Standpunkte angeht, da sie direkt an politischen Aktionen teilnehmen, die Führung übernehmen und sich in großer Zahl für diese spezifische Problematik einsetzen. Aus diesem Grund ist es klar, dass die Stimme der jungen Generation im Vereinigten Königreich bei den Verhandlungen Gehör finden muss. Junge Menschen sind politisch interessiert und engagiert – allerdings lehnen sie Strukturen ab, die ihrer Meinung nach nicht gehalten haben, was sie versprochen haben. Von daher müssen wir über die bloße Wahlbeteiligung hinausschauen, um die Beteiligung der Jugend zu bewerten: es gibt durchaus ein Problem bei der politischen Beteiligung junger Menschen, aber das gilt nur für die institutionelle Politik.

Junge Menschen setzen sich klar dafür ein, dass ihre Stimme am Verhandlungstisch gehört werden muss, wie vom British Youth Council und vom Europäischen Jugendforum dargelegt wurde. Die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen des Brexits werden sich wahrscheinlich negativ auf die junge Generation auswirken und möglicherweise tiefgreifender als auf ältere Generationen. Wie in der „European Youth Forum’s resolution on Young People and Brexit“ (Resolution des Europäischen Jugendforums zu jungen Menschen und dem Brexit) und von Teilnehmern des YO!Fests und des EYE 2018 angeführt, sollten Prioritäten wie der Schutz der Rechte und der Zugang junger Menschen zu Möglichkeiten, die ihnen die EU bietet – wie das Programm Erasmus –, bestehen bleiben. Damit dies in die Tat umgesetzt wird, muss die junge Generation bei den Verhandlungen eine maßgebliche Rolle spielen.

Die Teilnehmer des YO!Fests und des EYE 2018 hoben zudem den Schutz und die Stärkung der Menschenrechte als Kernbereich in den Brexit-

Verhandlungen hervor. Je nachdem, wie das Vereinigte Königreich aus der EU austritt, gehört es anschließend möglicherweise nicht mehr zu den Unterzeichnerstaaten der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Das Vereinigte Königreich bleibt jedoch eine Unterzeichnerpartei der Europäischen Menschenrechtskonvention und diese Beteiligung muss geschützt und möglicherweise auch erweitert werden, um die Rechte junger Menschen stärker zu schützen, wie im „European Youth Forum’s Policy Paper on Equality and Non-Discrimination“ (Strategiepapier des Europäischen Jugendforums zur Gleichstellung und Nichtdiskriminierung) dargelegt wird und nachdrücklich von den Teilnehmern des YO!Fests und des EYE 2018 betont wurde. Dies ist ein zweiter Kernbereich, der für junge Menschen im Rahmen der Brexit-Verhandlungen Priorität hat.

Der zweite Vorgang ist natürlich die Debatte um die Zukunft Europas. Während die Stimme der jungen Generation für die Brexit-Verhandlungen von zentraler Bedeutung ist, steht die Quintessenz dessen, was demokratische Beteiligung bedeutet und wie die Europäische Union neue Formen in ihre Architektur integrieren sollte, in engem Zusammenhang mit der Debatte um die Zukunft Europas.

Bei dieser Debatte steht das Thema Demokratie im Mittelpunkt. Eine Demokratie kann selbstverständlich nur unter maßgeblicher Beteiligung aller Gesellschaftsbereiche existieren. Doch insbesondere in der heutigen Zeit geht die politische Teilhabe für junge Menschen über das Wählen hinaus und beinhaltet viele alternative Formen der Teilhabe wie Proteste und Umfragen, mit anderen Worten: sich wandelnde Formen der Demokratie. Dies gilt besonders für die derzeitige Generation junger Menschen: wenn wir ihre sich verändernden Herangehensweisen und Überzeugungen nicht anerkennen und uns nicht an sie anpassen, laufen die europäischen politischen Institutionen Gefahr, sich immer weiter von ihnen zu entfernen und zunehmend



anachronistisch zu werden. Dementsprechend muss im Rahmen der Debatte um die Zukunft Europas die Frage beantwortet werden, wie die Lücke zwischen jungen Menschen und politischen Institutionen geschlossen werden kann, damit ihre Kreativität und ihr Potenzial mit in den Entscheidungsprozess einbezogen werden können.

Viele der Ideen, die auf dem YO!Fest und dem EYE 2018 vorgeschlagen wurden, spiegeln das wider. Teilnehmer hatten die Idee, das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen, ein Vorschlag, den das Europäische Jugendforum bereits im Jahr 2006 gemacht hatte. Das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen wirkt sich eindeutig positiv auf das Engagement und die politischen Kenntnisse junger Menschen aus. Viele Länder haben sich bereits für diesen Weg entschieden, wie Österreich, Malta oder Estland. Auch das Europäische Parlament wiederholte diese Forderung im Jahr 2015 und rief dazu auf, das Wahlalter in den Wahlgesetzen der Mitgliedstaaten auf 16 Jahre herabzusetzen.

Studien belegen, dass sich junge Menschen in ihrem späteren Leben stärker politisch engagieren, wenn sie durch die Möglichkeit der Wahl schon früh am demokratischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Ergänzend zu dieser Idee befürworten sowohl das Europäische Jugendforum als auch die Teilnehmer des YO!Fests und des EYE 2018 eine politische Bildung an allen Schulen, damit junge Wähler bei der Abgabe ihrer Stimme informierte Entscheidungen treffen können. In Verbindung mit umfassender politischer Bildung macht es ein niedrigeres Wahlalter deutlich einfacher, Wählen zu einer Gewohnheit zu machen, während junge Menschen noch in der Schule sind und oft auch noch zu Hause wohnen. Ohne diese Art von Bildung würden 16- und 17-Jährige bei den nächsten Lokalwahlen, nationalen Wahlen oder Europawahlen

ohne vorherige Kenntnisse über das System und wie es funktioniert ins kalte Wasser geworfen werden. Deshalb müsste die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre mit politischer Bildung an Schulen einhergehen, um die Demokratie zu stärken.

Diese Vorschläge, wie die demokratischen Lücken geschlossen werden können und wie mit den Auswirkungen, die diese auf junge Menschen durch den Brexit und die Debatte um die Zukunft Europas haben werden, umgegangen werden kann, sind nicht erschöpfend, doch im Rahmen der Debatten auf dem YO!Fest und dem EYE 2018 und im Zuge der breiter angelegten #YouthUp-Kampagne wurden konkrete, wirkungsvolle Veränderungen vorgeschlagen, mit deren Hilfe junge Menschen wieder für die Wahlpolitik interessiert werden können; im Laufe des Europawahlkampfes im nächsten Jahr müssen diese im Zentrum der Diskussion stehen. Es liegt nun an den Entscheidungsträgern und verantwortlichen Politikern, die Tendenz zur zunehmenden Entfernung der politischen Institutionen von den jungen Bürgern umzukehren. Dazu müssen sie zuhören, in den Dialog treten und größere, umfassendere Änderungen annehmen.

4. SICHER UND GEFÄHRlich: Stürmische Zeiten überstehen

In Europa haben Frieden und Sicherheit einen historischen Hintergrund von Rüstungswettläufen und Konflikten, Frieden durch Angst und Stabilität durch Macht. Im aktuellen Kontext werden Frieden und Sicherheit durch Diplomatie, die Einhaltung der internationalen Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechtscharta erreicht. Doch passt sich das derzeitige gemeinsame Verständnis von Sicherheit an die neuen Gefahren an, die auf uns zukommen? Reichen unsere Sicherheitskonzepte zur Bewältigung der aktuellen Gefahren aus?

Um sicherzustellen, dass die Sicherheitspolitik als Reaktion auf die technologischen und soziologischen Fortschritte wirksam ist, muss Personen aus allen Gesellschaftskreisen und den verschiedensten Experten Raum gegeben werden, damit sie sich sinnvoll in die Debatte einbringen können. Da junge Menschen die größte Interessengruppe der Zukunft darstellen sowie eine demographische Gruppe, die beim Zugang zum politischen Prozess mit Hindernissen konfrontiert wird, müssen sie beim Zugang zu einer Plattform für diese entscheidenden Diskussionen unterstützt werden. Das EYE 2018 bietet hierfür einen Ausgangspunkt. Junge Menschen sehnen sich nach Frieden und Sicherheit.

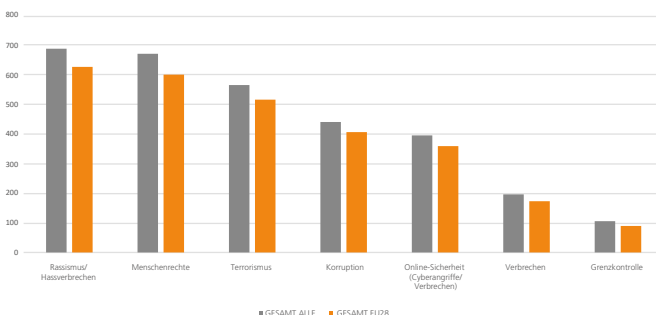
Obwohl sich die Teilnehmer nicht in allen Punkten einig waren, kristallisierten sich jedoch gemeinsame Themen heraus: die Teilnehmer zeigten sich aufgrund des eingeschränkten Zugangs junger Menschen zum politischen Prozess frustriert und riefen zu Reformbewegungen, Frieden und Sicherheit auf. Diese Frustration geht mit der Gefährdung und der häufigen Ausbeutung junger Menschen einher, mit über 600 000 000 weltweit, die in Gebieten bewaffneter Konflikte und in gefährdeten Gebieten leben.

Aus den Stimmen ging die klare Forderung hervor, junge Menschen im Rahmen unserer Anstrengungen für den Frieden und die Vermeidung von Ausgrenzung, Extremismus und Konflikten als demokratische Akteure zu befähigen.

Durch die unterschiedlichen Hintergründe der Teilnehmer gingen aus dem Event verschiedene Standpunkte zu Sicherheit und Gefahr hervor. Trotz gegensätzlicher Positionen gibt es gemeinsame Anliegen und im Laufe der Gespräche konnten häufig gemeinsame praxisorientierte Lösungsvorschläge gefunden werden. Diese Perspektiven und Ideen bilden das Fundament für kommende Maßnahmen, die wir in diesen turbulenten Zeiten ergreifen werden.

Trotzdem ist es vor diesem Hintergrund ganz besonders wichtig, diejenigen Stimmen zu würdigen, die nicht auf dem EYE gehört werden konnten und das Privileg der relativen Sicherheit anzuerkennen, durch das die Teilnehmer die Möglichkeit hatten, an diesem Event teilzunehmen und zu dem Bericht beizutragen. Leider waren regionale und globale Perspektiven aus Drittländern unterrepräsentiert. Trotzdem müssen Akteure aller Kontinente mit unterschiedlichen Erfahrungen den Weg in Richtung Frieden und Sicherheit gemeinsam beschreiten, da Sicherheit ein weltweites Anliegen ist. Aus diesem Grund konzentriert sich das Thema hauptsächlich auf die Bemühungen von supranationalen und internationalen Organisationen für eine internationale Zusammenarbeit für Frieden und Sicherheit und insbesondere auf die Rolle der EU innerhalb dieses Prozesses.

SICHER UND GEFÄHRlich – DIE WICHTIGSTEN THEMEN FÜR JUNGE EUROPÄER



Instagram: @AndyHendrata

MENSCHENRECHTE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Menschenrechtsübereinkommen und -gesetze stehen als Schutz für eine friedliche und sichere Gesellschaft, für die Sicherheit und die Entwicklung der Menschen auf der ganzen Welt. Im Rahmen der Anstrengungen für Frieden und Sicherheit muss berücksichtigt werden, dass die kontinuierliche Achtung dieser Rechte Priorität hat, indem die geltenden Übereinkommen zu deren Schutz eingehalten werden.

Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, besteht darin, die Bedrohungen für die Sicherheit aus dem Blickwinkel der Rechte zu betrachten, die durch sie verletzt werden. Dadurch wird sichergestellt, dass staatliches Fehlverhalten hervorgehoben wird und Entscheidungsträger werden ermutigt, den Sicherheitsrechten höchste Priorität einzuräumen. Die Sicherheit darf nicht getrennt vom Konzept der Menschenrechte betrachtet werden; ein auf Rechten basierender Ansatz sorgt dafür, dass Sicherheit umgesetzt wird und fußt auf den Menschenrechten.

Diese Debatten sind in die gesetzlichen Verpflichtungen eingebettet, die für diejenigen gelten, deren Sicherheit gefährdet ist. Zu diesem Zweck wird sich dieses Unterthema mit der Kritik der Rechtsstaatlichkeit befassen und die derzeitigen Sicherheitsmaßnahmen untersuchen. Die Ideen können auch Antworten auf die Frage geben, wie die Rechtsstaatlichkeit als Instrument für eine friedliche und sichere Gesellschaft eingesetzt werden kann.

61. FÜHRUNG DURCH DIE UMSETZUNG DER UN-RESOLUTION 2250 „JUGENDLICHE, FRIEDEN UND SICHERHEIT“

In einem Workshop entwickelte Idee

Die Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen 2250 (UNSCR 2250) ist die erste Resolution, in der die Rolle der jungen Generation in der Gesellschaft anerkannt wird. Sie unterstützt junge Menschen und von ihnen geführte Organisationen als wichtige Partner bei der Beilegung von Konflikten und bei der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus. Im Rahmen dieser Resolution wird zum ersten Mal bestätigt, dass eine Verbindung zwischen der Jugend, dem Frieden und der Sicherheit besteht und Konfliktlösungen und Friedensbemühungen, die von jungen Menschen geleitet werden, werden Impulse verliehen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Umsetzung dieser Resolution nicht ins Stocken gerät. Folglich fordern junge Menschen, dass die Europäische Union bei der Umsetzung der UNSCR 2250 eine wichtige Führungsrolle übernimmt.

Es müssen nationale Umsetzungspläne erstellt werden, um dieses Rahmenwerk wirksam zu integrieren, damit es anschließend in Zusammenarbeit mit allen Interessengruppen auf allen Ebenen verankert werden kann. Die EU-Mitgliedstaaten sollten einen gemeinsamen Rahmen für die Überwachung und Bewertung der Umsetzung dieser Resolution einrichten, unter Einsatz von EU-internen Indikatoren für die Berichterstattung und internen Überwachungsmechanismen. Darüber hinaus sollte diese Resolution mit demselben Maß an Zusammenarbeit umgesetzt werden, von dem die Staaten des Europarates bewiesen haben, dass sie dazu fähig sind.

Für die Umsetzung dieser Resolution muss ein ministerien- und bereichsübergreifender Ansatz sichergestellt und die Zusammenarbeit auf regionaler und nationaler Ebene gefördert werden. Der Ansatz sollte gemeinschaftliche Anstrengungen von Organisationen der Zivilgesellschaft und dem Staat erleichtern und dadurch die bedeutsame Einbeziehung der Zivilgesellschaft wahren. Um ein gleichberechtigter Partner sein zu können und ihre spezifische Kompetenz in diesen Prozess einzubringen, benötigen Jugendorganisationen Finanzmittel und Unterstützung von der Europäischen Union, damit sie ihre Funktion in diesem Rahmen ausüben können.

62. PRIORITÄT FÜR MENSCHENRECHTE IN HANDELSABKOMMEN

Joanna

Die EU muss beginnen, den Menschenrechten oberste Priorität einzuräumen, wenn sie internationale Investitionen tätigt und Handelsabkommen abschließt.

Nach internationalem Recht ist hauptsächlich der Staat für den Schutz der Menschenrechte verantwortlich. In demokratischen Gesellschaften müssen bei der Ausübung öffentlicher Befugnisse immer die Grundrechte der Bürger geachtet werden. Allerdings werden Menschenrechtsverletzungen nicht so wirksam geahndet, wie es möglich wäre. Dies ist insbesondere im Fall von Rechtsinstrumenten eindeutig, die für staatliche Investoren geschaffen werden.

Europa reagiert auf den Druck der Zivilgesellschaft und ist auf dem Weg zu einer multilateralen Investitionsgerichtsbarkeit. Bei diesem neuen System stellt sich nach wie vor die Frage, ob es nur Investoren die Möglichkeit einräumen wird, Ansprüche gegen Staaten geltend zu machen, während Dritte daran gehindert werden, Ansprüche gegen Investoren geltend zu machen. Und wird es durchsetzen, dass die Menschenrechte und Umweltschutzverpflichtungen auch für Unternehmen gelten?

Wir möchten sicherstellen, dass Investoren aufgrund der multilateralen Investitionsgerichtsbarkeit nicht daran gehindert werden, sich an die EU zu wenden. In diesem Sinne sollte das Verhalten der EU von Neutralität und Fairness geprägt sein, doch sie sollte sich auch für die Menschenrechte einsetzen, wenn sie derartige Abkommen aushandelt.

Die EU muss beginnen, den Menschenrechten oberste Priorität einzuräumen, wenn sie internationale Investitionen tätigt und Handelsabkommen abschließt.

Nach internationalem Recht ist hauptsächlich der Staat für den Schutz der Menschenrechte verantwortlich. In demokratischen Gesellschaften müssen bei der Ausübung öffentlicher Befugnisse immer die Grundrechte der Bürger geachtet werden. Allerdings agieren nationale Gerichte aus unterschiedlichen Gründen manchmal ineffektiv, unvorhersehbar und schwach, wenn es darum geht, Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Dies ist insbesondere im Fall von Rechtsinstrumenten eindeutig, die für und von staatlichen Investoren geschaffen werden. Europa hat auf den Druck der Zivilgesellschaft reagiert und ist auf dem Weg zu einer multilateralen Investitionsgerichtsbarkeit. Die EU muss dafür sorgen, dass die Eigentumsrechte von Investoren durch dieses neue Gericht effizient und neutral geschützt werden. Allerdings sind weiterhin Fragen offen: werden nur Investoren Ansprüche gegen Staaten geltend machen können, während Dritte daran gehindert werden, Ansprüche gegen Investoren geltend zu machen? Und wird es durchsetzen, dass die Menschenrechte und Umweltschutzverpflichtungen auch für Unternehmen gelten?

Wir möchten sicherstellen, dass dieses Gericht Investoren nicht daran hindert, sich an die EU zu wenden. In diesem Sinne sollte sich die EU neutral und fair verhalten, aber auch nach den Gesetzen richten, mit denen sowohl Investoren als auch öffentliche Interessen geschützt werden sollen.

63. EINE EUROPÄISCHE DIMENSION FÜR DIE JUSTIZ

Nikolaus

Zwecks Ausweitung der Befugnisse der EU sollte ein neuer Vertrag in Betracht gezogen werden, um sicherzustellen, dass nationale Grenzen im Kampf gegen die Kriminalität keine Hindernisse darstellen. Ein erster Schritt wäre die Zusammenlegung aller Rechtssysteme der Mitgliedstaaten, um eine übergreifende Gerichtsbarkeit auf EU-Ebene zu schaffen. Die jüngste Reform der Rolle des Europäischen Staatsanwalts ist ein Anfang, doch es kann noch mehr getan werden.

Mit diesem neuen Vertrag könnten auch dem Europäischen Auswärtigen Dienst weitere Befugnisse übertragen werden, damit dieser auf die Umsetzung seiner Entscheidungen bestehen kann. Derzeit fungiert der EAD als diplomatischer Dienst der EU wie auch das Außen- und Verteidigungsministerium der EU. Würde der EAD über weitere Befugnisse verfügen und sich stärker an der Zusammenarbeit zwischen den Außenministerien aller Länder beteiligen, könnte die EU auf internationaler Ebene als Akteur mit höherer Legitimität auftreten.

65. SOZIALE MEDIEN GEMEINNÜTZIG MACHEN

In einem Workshop entwickelte Idee

Zur Bekämpfung von Verletzungen der Privatsphäre, Datenmissbrauch und der Untergrabung des demokratischen Prozesses würde eine effektive Lösung darin bestehen, Anwendungen wie soziale Medien zu entprivatisieren und profitorientierten Organisationen zu entziehen, um sie dem gemeinschaftlichen Eigentum zu übergeben, in dessen Rahmen Neutralität und Verantwortlichkeit gelten.

Als junger Mensch ist es angesichts der sozialen, beruflichen und praktischen Vorteile schwierig, den Alltag ohne jegliche Art von Präsenz in den sozialen Medien zu bestreiten. Andere grundlegende Versorgungsleistungen, wie Strom, Gas oder das Internet werden reguliert, da sie in der Gesellschaft eine äußerst wichtige Rolle spielen. Aus diesem Grund sollten die Websites der sozialen Medien als öffentliche Dienstleistungen geprüft und reguliert werden, auf die gleiche Art und Weise wie Elektrowaren und Telefone.

Die Unternehmen hinter den Plattformen für soziale Medien haben sich als unwillig erwiesen, sich anzupassen und sich selbst zu regulieren. Obwohl die sozialen Medien nicht lebensnotwendig sind, wie herkömmliche öffentliche Dienstleistungen wie Strom, Wasser und Erdgas, leben wir in einer zunehmend vernetzten Welt und das Leben junger Menschen hängt häufig stark von diesen Plattformen ab.



64. KAMPF GEGEN AUSGRENZUNG ALS KAMPF GEGEN EXTREMISMUS

In einem Workshop entwickelte Idee

Die EU sollte Maßnahmen ergreifen, um Ausgrenzung zu vermeiden und Integration zu fördern, damit sich die Menschen keinen extremistischen Idealen mehr zuwenden. Von Extremismus sind verschiedene Gemeinschaften betroffen, Einwanderer sind nur eine von ihnen. Häufig findet er einen Nährboden im Rahmen jedweder Form von Ausgrenzung, die von extremistischen Gruppen ausgenutzt wird.

Indem finanzielle Unterstützung für Gruppen bereitgestellt wird, deren Mitglieder aus unterschiedlichen Gemeinschaften stammen, sowie für kostenlose Bildung, wie zum Beispiel für Sprachkurse, könnten Personen, die sich andernfalls vom Rest der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen würden, beginnen, mit anderen zu kommunizieren. Dies würde zur Vermittlung eines Verständnisses für unterschiedliche Standpunkte und zu deren Achtung beitragen sowie zu einem stärkeren Gefühl der Zugehörigkeit.

Unserer Ansicht nach muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Integration von Einwanderern weiterhin Priorität hat, auch in Zeiten belasteter Haushaltskassen, da die langfristigen Vorteile zu bedeutsam sind, um ignoriert zu werden.

66. FÖRDERUNG EINER STÄRKEREN MILITÄRISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Michel

Die EU sollte in Erwägung ziehen, einen „Europäischen Sicherheitsrat“ einzurichten, der sich aus den Verteidigungsministern der EU-Mitgliedstaaten zusammensetzen würde und den Einsatz einer europaweiten Truppe autorisieren könnte.

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) dient der EU als diplomatischer Dienst, mit dem sie den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik unterstützen kann. Es gibt jedoch keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Ein Sicherheitsrat könnte nicht nur die Außenpolitik der EU koordinieren, sondern auch den Dialog zwischen der EU und anderen Weltmächten verbessern, da er die Interaktion vereinfachen würde. Dies würde die EU als einheitlichen Akteur auf diesem Gebiet stärken –was bis heute vernachlässigt wurde–, da sie eine verbesserte formale Koordinierung benötigt.

67. HUMANITÄRE KORRIDORE FÜR FLÜCHTLINGE SCHAFFEN

Hannah

Für die Schaffung einer Zivilgesellschaft ist die Eingliederung und Integration von entscheidender Bedeutung. In den letzten Jahren haben diese Begriffe noch mehr an Bedeutung gewonnen, nachdem eine große Zahl von Asylsuchenden nach Europa gekommen ist. Eine wichtige Rolle spielt in der Debatte die Frage, wie die Programme zu finanzieren sind und wie ankommende Flüchtlinge unterstützt werden können.

Humanitäre Korridore können von der Zivilgesellschaft und einer staatlich geförderten Gemeinschaft koordiniert werden, basierend auf einem Netzwerk zur Unterstützung der Integration von Einwanderern, die in die EU gelangen. Vor diesem Hintergrund könnten nichtstaatliche Organisationen mit lokalen Hilfsorganisationen und Gemeinschaftsgruppen zusammenarbeiten, um sich um gefährdete Flüchtlinge zu kümmern. Diese Gruppen könnten Asylsuchenden und gefährdeten Flüchtlingen anschließend helfen, sich in die lokalen Gemeinschaften zu integrieren.

Dieses Projekt kann an andere europäische Länder angepasst werden, da es auf einer Zusammenarbeit zwischen privaten zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Regierungen der Mitgliedstaaten beruht. Die EU könnte aktiv zur Ermittlung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa beitragen, die Interesse an einer Teilnahme haben und die Mitgliedstaaten ermuntern, diese Korridore erneut einzusetzen und sich über bewährte Verfahren auszutauschen.



INTERVIEW

“

Die Jugendlichen, die in der EU leben, haben keine extremen Konflikte und Menschenrechtsverletzungen erlebt. Wie lautet deine Botschaft an die junge Generation in Europa, die in einer starken Demokratie lebt und das für selbstverständlich hält?

Sie haben Glück, dass sie nicht durchleben mussten, was die Menschen in meinem Land erlebt haben. Die Menschenrechte und die Demokratie sind sehr wichtig und junge Menschen sollten alles in ihrer Macht Stehende tun, um sie zu stärken. Und das gilt nicht ausschließlich für die europäische Problematik. Das gilt für die ganze Welt. Junge Menschen lassen sich leicht vom Extremismus täuschen und das ist die größte Gefahr für unsere Zukunft. Statt sich der Gewalt anzuschließen, sollten sie sich mit den Menschenrechten befassen und sich engagieren. Über den Weg der Bildung muss bei jungen Menschen ein Bewusstsein für Menschenrechte und Demokratie geschaffen werden. Manchmal reicht der familiäre Hintergrund nicht aus, um Jugendlichen die Bedeutung von freien Wahlen und individuellen und kollektiven Menschenrechten zu vermitteln. Aus diesem Grund muss die Bildung gefördert werden. Die Demokratie muss sich durchsetzen und es sind insbesondere die jungen Menschen, die sich dessen bewusst sein und sie verteidigen müssen, um sie nicht zu verlieren.

Lamiya Aji Bashar,
Sacharow-Preisträgerin

”

RAUM FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT SCHAFFEN

Eine unabhängige Zivilgesellschaft ist sehr wichtig für die Sicherheit in Europa; Raum, in dem Gemeinschaften die Politik gestalten können, ohne den Einfluss von kommerziellem Interesse oder staatlicher Autorität. Um sich am Kampf gegen die Ungerechtigkeiten der Unsicherheit zu beteiligen, muss die Zivilgesellschaft befähigt werden, auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene mit Behörden und politischen Entscheidungsträgern in einen Dialog zu treten.

Wenn nicht auf allen Ebenen eine lebendige Zivilgesellschaft vorhanden ist, wird die Demokratie ins Stocken geraten, die Stimmen derjenigen, die mit den größten Hürden im Hinblick auf die Entscheidungsfindung konfrontiert sind, bleiben möglicherweise ungehört und Minderheiten werden in eine schwache Position gedrängt. Aus diesem Grund hat die junge Generation auf dem EYE einen Schutz für die vielfältige, starke und unabhängige Zivilgesellschaft gefordert, da sie für die Sicherheit und Friedensförderung von großer Bedeutung ist.

Leider wird der Raum, der der Zivilgesellschaft zur Verfügung steht, immer weiter eingeschränkt. Im Rahmen des zunehmend härteren Durchgreifens in den vergangenen Jahren haben mehr als hundert Länder weltweit Gesetze zur Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Organisationen erlassen.

Diese Einschränkungen stellen eine autoritäre Reaktion auf demokratische Ideale dar und diesem globalen Trend muss Widerstand geleistet werden. Er muss im Interesse der Demokratie umgekehrt werden, um eine sichere Umgebung für alle Bürger zu schaffen.

Regime gehen bei Angriffen auf die Zivilgesellschaft offensichtlicher und dreister vor; das ist das Ergebnis der schwachen internationalen Antwort auf frühe Einschränkungen. Die EU muss nun eine führende Rolle übernehmen, um das Wachstum der Zivilgesellschaft und ihr Engagement zu fördern.

68. EINRICHTUNG EINER EUROPaweITEN DATENBANK FÜR TRANSPARENZ

Florin

Die Europäische Union muss Anstrengungen unternehmen, um Transparenz zu erleichtern und die Rechenschaftspflicht von staatlichen und supranationalen Akteuren gegenüber Einzelpersonen zu stärken. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, wäre die Einrichtung einer europaweiten Datenbank für Transparenz zur Förderung von anspruchsvollem Journalismus und einer starken zivilen Aufsicht. Zudem könnte ein für alle Mitgliedstaaten geltendes Gesetz erlassen werden, mit dem die freie Zugänglichkeit zu Grund- und Unternehmensbezugsdaten festgelegt würde. Dies würde zum Kampf gegen Korruption und Populismus beitragen.

Transparenz sollte sich im Kern der EU-Politik widerspiegeln. In einigen Ländern wie Rumänien ist etwas so Grundlegendes wie die Anfrage einer Liste der Unternehmen, die im Land registriert sind, mit einer erheblichen finanziellen Hürde verbunden. Dies ist ein enormes Hindernis für viele da, auch für Enthüllungsjournalisten, die versuchen, Korruptionsfälle aufzudecken, da sie nur an Einzelfällen arbeiten können. Ein Mangel an Transparenz bietet einen Nährboden für Korruption und schädigt die Rechenschaftspflicht. Die Datenbank ProZorro, die die öffentliche Beschaffung in der Ukraine überwacht und einen Preis der Initiative „Open Government Partnership“ gewonnen hat, könnte als Vorlage für eine solche europaweite Datenbank dienen.

69. SCHUTZ VON WHISTLEBLOWERN

Coralie

Die EU sollte die Mitgliedstaaten ermutigen, auf nationaler Ebene Rechtsvorschriften einzuführen, mit denen Whistleblower vor unrechtmäßigen Strafen geschützt werden. Die Menschen brauchen Vertrauen, um mit Informationen an die Öffentlichkeit zu treten, und dieses muss durch rechtliche Schutzklauseln sichergestellt werden, wenn sie ihre Stimme gegen Korruption erheben sollen. Das Europäische Parlament sollte Schritte für eine entsprechende Befähigung unternehmen.

Der „Corruption Perception Index“, ein Länder-Ranking, das jährlich von Transparency International aufgestellt wird, zeigt, dass Gesetze alleine nicht ausreichen, um Korruption zu bekämpfen. Damit Gesellschaften gegen Korruption ankämpfen können, müssen wir ein förderliches Umfeld schaffen, welches die Pressefreiheit und Raum für die Zivilgesellschaft beinhaltet.

Die EU muss den Vorgang der Meldung von Korruptions-Verdachtsfällen erleichtern, um Whistleblower vor Vergeltung zu schützen und um ein Handeln der Strafverfolgungsbehörden voranzutreiben, wenn glaubwürdige Informationen geliefert werden. Dadurch würde die EU die wichtige Rolle anerkennen, die in ihrer Arbeit nicht behinderte Medien und die Zivilgesellschaft bei der wirksamen Überwachung und Untersuchung spielen.

70. SCHULUNG DER POLIZEI ZUR BEKÄMPFUNG VON HASSDELIKTEN IM INTERNET

Kelly-Ann

Polizeikräfte sollten geschult werden, um größere Kompetenzen im digitalen Bereich zu erlangen, um Online-Missbrauch bereits in den Anfängen erkennen zu können. Im Anschluss daran würden vorbeugende Strategien umgesetzt werden: Zum Beispiel würden Online-Missbrauch und -Verbrechen in allen EU-Mitgliedstaaten zu Rechtsdokumenten hinzugefügt werden.

Online-Missbrauch und Hassreden gegen Frauen, insbesondere in den sozialen Medien oder auf anderen Internet-Plattformen, stellen ein Problem dar, das mit unserem Zeitalter der zunehmenden Digitalisierung einhergeht.

Für Frauen ist die Wahrscheinlichkeit höher, Opfer von Online-Missbrauch zu werden, als für Männer. Die EU muss einschreiten, die Initiative ergreifen und die Diskussion darüber erleichtern, wie dies bekämpft werden kann. Digitale Kompetenzen sollten auch in die Lehrpläne von Schulen aufgenommen werden, da Bildungsplattformen eine zentrale Rolle für die Bildung eines Bewusstseins und die Verbreitung von Präventionsmaßnahmen spielen.

Entsprechende Gesetze müssten in den einzelnen Mitgliedstaaten erlassen werden, doch es könnte ein Antrag gestellt werden, der den Mitgliedstaaten zur Unterzeichnung vorgelegt werden könnte, ähnlich wie bei dem Übereinkommen von Istanbul, dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

72. ERKLÄRUNG DER ONLINE-RECHTE

In einem Workshop entwickelte Idee

In Anlehnung an die Erklärung der Menschenrechte könnte eine Erklärung der Online-Rechte als Leitlinie für ein sichereres, integrativeres Internet dienen.

Derzeit ist das Internet eine Grauzone für Behörden, in der die üblichen Regeln gelten, mit denen auch die herkömmlichen und statischeren Medien reguliert werden. Die EU sollte von ihrer Position als internationale Bastion für liberale und demokratische Rechte Gebrauch machen und sich für ein zuverlässiges und sicheres Internet einsetzen. Mit der Ausarbeitung einer Erklärung über die Online-Rechte könnte die EU Maßnahmen ergreifen, um sich gemeinsam mit Verbündeten aufzustellen und Cyberangriffen den Kampf anzusagen. Im Zuge dessen sollten auch Bürger Rechte erhalten, wenn sie online sind.

In der Praxis könnte dies die Einrichtung eines „Ampel“-Systems beinhalten, das unabhängige Analysten nutzen können, um die Zuverlässigkeit von Quellen zu bewerten, damit es einfacher ist, Ungenauigkeiten oder wirkliche Falschmeldungen zu identifizieren.

Das Internet ist ein leistungsfähiges Werkzeug, das sich allerdings sowohl positiv als auch negativ auf die Gesellschaft auswirken kann. Die EU sollte sich dafür einsetzen, dass die Rechte des Einzelnen gewahrt werden.

71. SCHAFFUNG EINES FONDS FÜR JUNGE KANDIDATEN

Hannah

Die EU sollte die finanziellen Barrieren für die formale demokratische Teilhabe senken, denen viele junge Menschen am Anfang ihrer politischen Karriere gegenüberstehen. Es sollte ein Fonds für junge Kandidaten eingerichtet werden, um diese zu unterstützen.

Es gibt zu wenige junge Menschen, die bei den Lokalwahlen oder nationalen Wahlen kandidieren. Wir benötigen mehr Vorbilder mit unterschiedlichen Hintergründen, unterschiedlichen Interessen, Fähigkeiten und Identitäten, die Positionen auf allen Regierungsebenen besetzen. Gelingt dies nicht, wird der Eindruck erweckt, die Politik sei nicht für die breitere Gesellschaft zugänglich.

Es gibt einige Parteien in Europa, die Vertreter im Alter von Ende zwanzig und Anfang dreißig haben; sie sehen das Potenzial in der jungen Generation. Doch in vielen Mitgliedstaaten ist dem nicht so und die politische Landschaft wird von älteren Männern dominiert. Die politischen Parteien und die EU müssen die Unterstützung anerkennen, die die junge Generation in jeder europäischen Partei leistet und finanzielle Hilfen zur Verfügung stellen, um junge Kandidaten zu unterstützen, die bei der Europawahl kandidieren möchten.



73. OBLIGATORISCHER ERSTE-HILFE-LEHRGANG

Christian

Ich bin der Ansicht, dass die EU europaweit einen obligatorischen standardisierten Erste-Hilfe-Lehrgang einrichten sollte, möglicherweise direkt im Anschluss an den Erhalt des Führerscheins.

In meinem Beruf als Rettungswagenfahrer sehe ich sehr häufig Menschen, die um jemanden herumstehen, der erste Hilfe benötigt, jedoch nicht in der Lage sind, ihm zu helfen. Es gibt zahlreiche Gründe dafür, doch wenn Erste Hilfe geleistet werden könnte, bis das medizinische Fachpersonal eintrifft, könnte die Dringlichkeit von Notsituationen abgemildert werden oder es könnten sogar Leben gerettet werden. Wenn jeder bei einem Unfall Erste Hilfe leisten könnte, gäbe es weniger Verkehrstote oder Todesopfer in Situationen des täglichen Lebens.

Dies könnte durch die Gründung einer europaweiten Bewegung zur Förderung von Erste-Hilfe-Lehrgängen in Schulen erreicht werden. Das Europäische Parlament könnte die europäischen Entscheidungsträger dazu aufrufen, derartige Lehrgänge in die Lehrpläne von Schulen zu integrieren und einen europäischen Standard für Erste Hilfe vorschlagen.

74. SICHERSTELLUNG VON TRANSPARENZ IM SPORTWESEN

In einem Workshop entwickelte Idee

Die EU sollte versuchen, für mehr Transparenz im Sportwesen zu sorgen, um Skandale zu vermeiden. Zu diesem Zweck könnte sie Debatten zu diesem Thema abhalten und strengere Vorschriften für die Kontrollen von Sportlern unterstützen, insbesondere wenn sie an Wettkämpfen auf europäischem Boden teilnehmen.

Sport trägt im Wesentlichen dazu bei, unsere Stimmung zu heben, er fördert Kameradschaft, Wettbewerbsfähigkeit und Zusammengehörigkeit und lehrt uns außerdem Werte und Ethik. Zudem sollte mit einer offenen Diskussion begonnen werden, um die gesellschaftlichen Auswirkungen von Korruption im Sportbereich darzulegen und die Frage zu beantworten, wie damit umzugehen ist.

Es könnten eine Reihe von europäischen Vorschriften eingeführt werden, die für alle Sportvereine gelten und es könnte eine Plattform für Fans geschaffen werden, über die sie die Möglichkeit haben, Korruptionsfälle zu melden, damit offizielle Gremien oder Journalisten weitere Untersuchungen anstellen können. Die EU sollte die Einrichtung einer vollständig unabhängigen Organisation bestehend aus Anwälten, Polizeibeamten und zivilen Sachverständigen erwägen, die sich auf die Bekämpfung von Korruption im Sportwesen spezialisiert, dem Sport seine Würde zurückgibt und ihn wieder transparenter macht.

INTERVIEW



Welche Bedeutung hat eine EU, in der die Werte der Demokratie und die Menschenrechte angewandt werden und wie wichtig ist das für die übrige Welt? Können Sie das bei Ihrer Arbeit spüren?

Ich denke, dass wir in der Europäischen Union tagtäglich an sehr wichtigen Projekten arbeiten. Ich kann Ihnen zwei Beispiele geben. Wir arbeiten mit der EU zusammen, um Frauen und Kinder aus den Minen herauszuholen, in denen sie als Sexsklaven oder als Sklaven allgemein gehalten werden. Auf diese Art und Weise arbeiten wir mit der EU zusammen, um Frauen und Kinder zu schützen. Wir können Frauen einen neuen Status verleihen, was ihnen die Möglichkeit gibt, sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren und die Kinder können in die Schule gehen oder haben die Möglichkeit, eine normale Mahlzeit zu sich zu nehmen. Ich bin heute sehr glücklich, denn diese Kinder gehören zu den besten Schülern in ihrer Region. Wir haben gesehen, dass diese Kinder kein richtiges Leben hatten und die EU hat ihnen geholfen, ein neues Leben aufzubauen.

Das zweite Projekt, an dem wir mit der EU zusammenarbeiten ist ein Projekt, das sich um die Opfer von sexuellem Missbrauch kümmert. Mit diesem Projekt soll hervorgehoben werden, dass sexueller Missbrauch nicht nur körperliche Qualen verursacht, sondern auch die Menschenrechte verletzt. Außerdem möchten wir die Frauen, die Opfer von sexuellem Missbrauch geworden sind, wieder in die Gesellschaft integrieren und dafür sorgen, dass sie produktiv und unabhängig sind. Wir möchten, dass dieses Projekt nicht nur in unserem medizinischen Zentrum, sondern auch in anderen Gesundheitszentren umgesetzt wird, in denen dies notwendig ist.

Dies sind zwei sehr aussagekräftige Beispiele, die verdeutlichen, dass die EU auf praktische Art und Weise das Fundament legen kann, um die Menschenrechte und die Rechte der Bedürftigen zu schützen.

Europa muss derzeit Entscheidungen über seine Zukunft treffen. Wie lautet Ihre Botschaft an junge Menschen, die in einer starken Demokratie leben und dennoch nicht wählen gehen?

Wenn wir es anderen überlassen, für uns unsere Probleme zu lösen, dann wird sich das Problem des Populismus verschärfen, da sich ein Teil der Bevölkerung nicht äußern kann.

Wir müssen heutzutage vorsichtig sein! Demokratie muss jeden Tag mit Leben gefüllt werden. Wir müssen sie jeden Tag schützen und leben. Wenn wir das nicht tun, geht sie verloren.

Denis Mukwege,

Sacharow-Preisträger des Jahres 2014 und Gründer der Panzi-Stiftung, Demokratische Republik Kongo



UMGANG MIT TECHNOLOGISCHEN FORTSCHRITTEN

Das Internet ist ein Wachstumsmotor und die digitale Revolution hat der EU immense wirtschaftliche Vorteile in Form von erhöhter Produktivität, Innovation, elektronischen Diensten und elektronischem Handel verschafft. Doch neben all diesen Vorteilen aufgrund der wirtschaftlichen Chancen, birgt das Internet auch wachsende Bedrohungen für unsere Lebensweise.

Gefahren, die einst dem Science-Fiction- und Fantasy-Genre zugehörig erschienen, sind nun erschreckend real und dennoch scheinen viele dieser Gefahren nur schwer Raum im gesellschaftlichen Dialog zu finden. Politische Entscheidungsträger reagieren nicht ausreichend auf Cyber-Bedrohungen und bringen unsere Gesellschaft somit in eine unsichere Lage. Auf dem EYE wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass viele junge Menschen mehr Bildung in diesem Bereich fordern. Dadurch bekäme die Gesellschaft die Möglichkeit, informierte Entscheidungen über Lösungen für die Gefahren zu treffen, die durch technologische Fortschritte entstehen.

Ein Verständnis für die neuen Online-Bedrohungen, denen wir gegenüberstehen, ist wesentlich, um eine Antwort entwickeln zu können. Die EU muss einen wichtigen Schwerpunkt auf IT-Kompetenzen legen und gleichzeitig auf die Abhängigkeiten von der Internetinfrastruktur und die Schwachstellen in der EU aufmerksam machen und diese zuordnen. Die Cybersicherheit sollte durchgängig berücksichtigt werden, damit wir ein Verständnis für die breiteren und systemischen Cyber-Bedrohungen entwickeln und die wichtigsten Dienstleistungen, Vermögenswerte und Infrastrukturen identifizieren können, die die EU schützen sollte. Unser Ziel sollte darin bestehen, eine effektive Managementstrategie für Cyber-Bedrohungen zu entwickeln und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu beschleunigen, um gemeinsame Fähigkeiten zu nutzen und Standards in der technologischen Entwicklung zu etablieren.

75. CYBERSICHERHEIT DURCHGÄNGIG BERÜCKSICHTIGEN UND ANPASSEN

Francesca

Die EU sollte ihre Cybersicherheitsstrategie an ihre Exportstrategie und an ihre Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (SSZ) anpassen, in ähnlichem Maße wie die Handels- und Entwicklungsziele. Cybersicherheit ist zudem nicht nur ein technisches Problem, sondern beinhaltet eine allgemeinere und systemische Bedrohung für die Sicherheit, wie von der EU bestätigt. Ein Ansatz zur Bekämpfung dieses Problems besteht darin, die wichtigsten Dienstleistungen und Vermögenswerte zu identifizieren, die Schutz benötigen. Im nächsten Schritt müssen die EU-Mitgliedstaaten eng zusammenarbeiten und ein Netzwerk aus gemeinsamen Kapazitäten schaffen. In diesem Zusammenhang können Standards für IT-Produkte einfach und effizient eingerichtet werden.

Deshalb müssen wir die wirtschaftspolitische Agenda (EU-Binnenmarktstrategie) an die Agenda für Cybersicherheit anpassen. Wir dürfen Cybersicherheit nicht als separates Problem betrachten. Stattdessen muss die Öffentlichkeit verstehen, dass der Schutz des Internets sowohl aus wirtschaftlichem Blickwinkel als auch im Hinblick auf die nationale Sicherheit unerlässlich ist. Es ist wichtig, zu beachten, dass Cyber-Bedrohungen alle Wirtschaftszweige und Bereiche betreffen: von Fortune 500-Unternehmen und kleineren Organisationen mit beschränkten Ressourcen über EU-Regierungen und internationale Institutionen bis hin zu EU-Bürgern.

76. AUSBILDUNG IM BEREICH DER CYBERSICHERHEIT ALS BILDUNGSSTANDARD

In einem Workshop entwickelte Idee

Die EU-Mitgliedstaaten müssen angehalten werden, Ausbildungsprogramme im Bereich der Cybersicherheit von der Grundschule bis zur Universität anzubieten und in die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich zu investieren (über Horizont 2020 hinaus). Es ist wichtig, ein gemeinsames Vokabular, Karrieremöglichkeiten und Unterstützung für junge Menschen zu schaffen, die sich für diesen Bereich entscheiden. Des Weiteren könnte mithilfe einer breiteren Sensibilisierungskampagne zum Thema Cybersicherheit für die Öffentlichkeit neben dem „EU Cybersecurity Awareness Month“ (Monat für Cybersicherheitsbewusstsein in der EU) erreicht werden, dass dies zu einem attraktiven und zugänglichen Programm für europäische Bürger ausgestaltet wird.

Es besteht eine wachsende Kluft zwischen der Nachfrage nach Talenten im Bereich Cybersicherheit und dem Angebot von beruflichen Fachkräften. Schätzungsweise werden weltweit bis 2020 weitere zwei Millionen Arbeitsplätze im Bereich Cybersicherheit benötigt. Um dem vorzugreifen, muss die EU die Ausbildung und Schulungen im Bereich Cybersicherheit fördern.

Darüber hinaus sollten mehr Frauen und Minderheiten ermutigt werden, eine berufliche Laufbahn im Bereich der Cybersicherheit einzuschlagen, was für die Zugänglichkeit ebenso wichtig ist.

77. FÖRDERUNG DER ZUSAMMENARBEIT DES NACHRICHTENWESENS IN DER EU

In einem Workshop entwickelte Idee

Die EU sollte in Erwägung ziehen, ein europäisches Pendant des FBI einzurichten, um die bestehende Organisation EUROPOL zu stärken. Dafür könnte sie die vorhandene Struktur mit verbesserten Kapazitäten zum Informationsaustausch nutzen. Außerdem würde dies eine Compliance-Politik beinhalten.

Derzeit ist ein Großteil der Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit davon abhängig, dass die Mitgliedstaaten untereinander Informationen austauschen und wie sich tragischerweise gezeigt hat, wird nicht unbedingt diesen Informationen entsprechend gehandelt. Durch eine stärkere Zusammenarbeit im Nachrichtenwesen und die Schaffung eines einheitlichen europäischen Organs könnte die EU konkrete Schritte unternehmen, um das Nachrichtenwesen zusammenzufassen und zu schützen. Dies wäre für die Bürger von Vorteil und würde ein Umfeld größerer Sicherheit schaffen.

79. INVESTITION IN DIE TECHNOLOGIE DES GENOME EDITINGS

In einem Workshop entwickelte Idee

Wenn man der Zeit einen Schritt voraus ist, kann man Geschichte schreiben. Die Europäische Union sollte maßgeblich in die Technologie des Genome Editings investieren, um einer Abwanderung von Fachkräften in andere Länder wie die USA oder China vorzubeugen.

Europa ist sehr gut darin, hochrangige Forschungskreise zu bilden, in der Regel über öffentliche Institutionen, die von den Mitgliedstaaten bezahlt werden. Darüber hinaus sind angemessene Investitionen in die Forschung und Industrie vonnöten, um die Führungsrolle auf diesem sich schnell entwickelnden Gebiet beizubehalten. Dadurch könnte die EU ihre Verhandlungsmacht bezüglich der Entscheidung, wie diese Technologie genutzt und an die Bürger weitergegeben wird, behalten.

Die EU sollte Geldmittel bereitstellen und Universitäten unterstützen, die diese Technologie erforschen und diese Art von Innovation innerhalb der EU unterstützen.

78. FÖRDERUNG DER BILDUNG IM BEREICH MOLEKULAR- UND ZELLBIOLOGIE

In einem Workshop entwickelte Idee

Um sich bestmöglich auf die DNA-Revolution vorzubereiten und eine vernünftige ethische Debatte führen zu können, muss die Bevölkerung vorbereitet werden. Da dieses Thema sehr heikel ist und zahlreiche tendenziöse Informationen im Umlauf sind, sollten die Schüler in der Mittelschule oder auf dem Gymnasium eine angemessene Bildung in den Bereichen Molekular- und Zellbiologie sowie in Genetik erhalten. Diese wissenschaftlichen Bereiche sind noch relativ jung und entwickeln sich schnell weiter. Sie sollten im Rahmen eines aktualisierten Lehrplans gelehrt werden.

Das Genome Editing birgt unermessliche Möglichkeiten für die Medizin, die Landwirtschaft und die Umwelt, doch es schürt auch Ängste vor möglichen Gefahren. Diese neue Technologie sollte in formalen Debatten erörtert und einer ethischen Bewertung unterzogen werden. In Europa ist das Genome Editing ein höchst sensibles Thema und es werden häufig mehrere Konzepte miteinander verwechselt, was langfristig schädlich sein könnte.

In Übereinstimmung mit der zuvor genannten Idee sollten Forscher und Forschungseinrichtungen verpflichtet werden, über die Massenmedien zu kommunizieren und zu erläutern, was sie erforschen und wie ihre Arbeit die moderne Wissenschaft beeinflussen wird, um Widerstand innerhalb der Bevölkerung zu vermeiden. Die EU kann dafür werben, wie wichtig dieses Themas in den Lehrplänen ist und Initiativen einrichten, um das Wissen zu verbreiten.



80. SCHAFFUNG EINES KOSTENLOSEN ANTIVIRENPROGRAMMS FÜR EU-BÜRGER

Nikolaos

Die EU sollte ein öffentliches Unternehmen bestehend aus Wissenschaftlern, Programmierern und Softwaredesignern gründen, um ein Antivirenprogramm zu erarbeiten und es den europäischen Bürgern kostenlos zur Verfügung zu stellen. Open-Source-Produkte sind von Vorteil, da sie gemeinschaftlich erarbeitet wurden und sie sorgen dafür, dass Systeme stabil arbeiten und sich an neue Bedrohungen anpassen können. Durch die Einstellung der besten Talente könnte Europa seinen Bürgern einen wichtigen öffentlichen Dienst an die Seite stellen. Darüber hinaus kann der Erwerb von Antivirenprogrammen kostspielig sein, weshalb sich manche Unternehmen und Personen möglicherweise dafür entscheiden, auf den wichtigen Schutz eines Antivirenprogramms zu verzichten, wodurch sie ihre Systeme und ihr Personal neuen Bedrohungen aussetzen.

Für die Mehrheit der Internetnutzer gehört es ganz selbstverständlich dazu, sich ein Antivirenprogramm auf ihr Gerät herunterzuladen. Doch aufgrund des Online-Betrugs und mangelnder Informationen sind viele Bürger überfordert, wenn es darum geht, eine vertrauenswürdige und qualitativ hochwertige Software auszuwählen, um sich zu schützen.

Mit der Einrichtung und Förderung eines öffentlichen Unternehmens würde ein verfügbares, demokratisch kontrollierbares und bürgerorientiertes Antivirenprogramm erarbeitet werden, das sofortige und greifbare Vorteile für die Sicherheit der europäischen Bürger bieten würde.



INTERVIEW

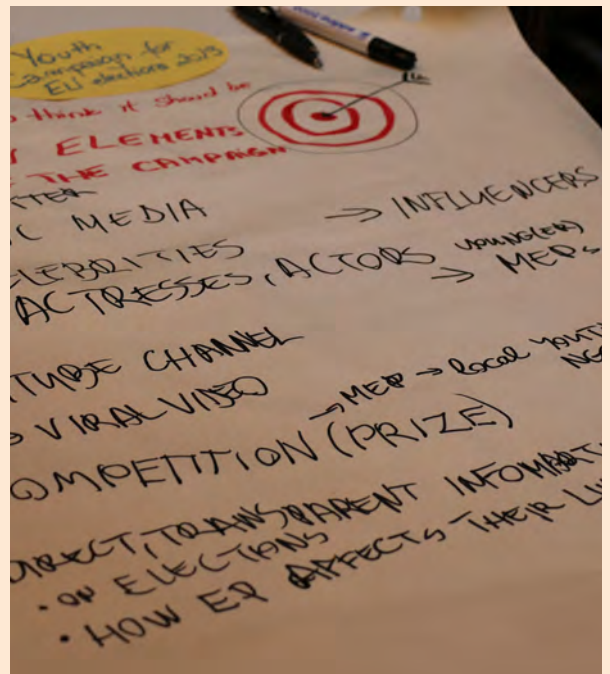


Was genau kann die EU tun, um Online-Missbrauch von Frauen zu bekämpfen?

Als Erstes würde ich dafür sorgen, Online-Missbrauch formal als Form von Gewalt anzuerkennen, mit der Frauen und Mädchen konfrontiert werden. Es gibt bereits Veranstaltungen wie den Monat der Eliminierung der Gewalt gegen Frauen und den Tag der Menschenrechte im Dezember. Natürlich ist jegliche Form von Gewalt gegen Frauen falsch, doch ich denke, es wäre großartig, wenn alle politischen Parteien, alle Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen anerkennen würden, dass Online-Missbrauch auch eine Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist.

Als Zweites könnte die EU definitiv etwas im Bereich transnationaler Partnerschaften unternehmen. Aus meiner persönlichen Erfahrung mit Online-Missbrauch weiß ich, dass sehr viele Täter in Amerika oder in Österreich ermittelt wurden, doch es gab keinerlei Ressourcen bei Interpol, um sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Ich bin mir sicher, dass diese Mitgliedstaaten Informationen über Trolle im Vereinigten Königreich oder anderswo haben. Wie können wir also Informationen über Online-Verbrechen untereinander austauschen?

Seyi Akiwowo,
Glitch!UK



KOMMENTAR AUS DEM JUGENDFORUM

SICHER UND GEFÄHRLICH

Für viele Bürger ist die Sicherheit sehr wichtig. Wie können wir eine positive Grundhaltung in diese Diskussion einbringen? Es besteht weltweit Konsens darüber, dass junge Menschen und Jugendorganisationen zu friedlicheren und anpassungsfähigeren Gesellschaften beitragen. Europa, ein Kontinent, auf dem seit mehreren Jahrzehnten Frieden herrscht, kann junge Leute in den Mittelpunkt der Lösung stellen. Das Europäische Jugendforum steht für Jugend, Frieden und Sicherheit in Europa und auf der ganzen Welt.

Die Diskussionen auf dem YO!Fest und dem Europäischen Jugend-Event (EYE) 2018 haben sich auf Themen konzentriert, die mit Frieden und Sicherheit im Zusammenhang stehen und fanden vor dem Hintergrund einer politischen Krise rund um die Außenpolitik der Europäischen Union (EU) statt.

Der vorhandene politische Rahmen wie zum Beispiel die Gesamtstrategie für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU unterstützt die Idee der gesellschaftlichen Anpassungsfähigkeit durch verstärkte Bemühungen im Bereich Bildung, Kultur und Jugend, um Pluralismus, Gemeinschaft und Respekt zu fördern, ohne jedoch die junge Generation als Akteure auf allen Ebenen zu berücksichtigen, sondern nur als Empfänger.

Der Europäische Konsens für Entwicklung bietet einen Rahmen, in dem junge Menschen als Akteure des Wandels und der Entwicklung agieren und somit zur Agenda 2030 beitragen können, die von dem Diskurs Abstand nimmt, der die junge Generation als Opfer der Zusammenhänge darstellt.

Während sich die politische Agitation rund um die Asylpolitik und die Verwaltung der Außengrenzen fortsetzt und in der öffentlichen Meinung Furcht geschürt wird, berücksichtigt die Europäische Kommission in ihrem jüngsten Vorschlag für den kommenden mehrjährigen Finanzrahmen die junge Generation im Hinblick auf die Außenpolitik nur mit eingeschränkter Kapazität und hauptsächlich im Hinblick auf das Erasmus-Programm. Die jüngsten politischen Entwicklungen im Bereich Jugend, Frieden und Sicherheit sind jedoch positiv; in den Schlussfolgerungen des Rates sind Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Umsetzung der 2015 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angenommenen Resolution „Jugendliche, Frieden und Sicherheit“ enthalten. Diese bieten jungen Menschen Raum, um zur Konfliktprävention und deren Lösung beizutragen. Zur Umsetzung dieser Schlussfolgerungen müssen die Mitgliedstaaten unbedingt für eine sichere, kohärente und harmonische Gesellschaft sorgen und die junge Generation ins Zentrum eines friedlichen Europas stellen.

Die Diskussionen auf dem YO!Fest und dem EYE 2018 boten jungen Menschen einen sicheren Rahmen, um sich zu organisieren und auf ihren Erfahrungen im Bereich Friedensbildung und Konfliktprävention aufzubauen. Junge Menschen sprachen Themen im Zusammenhang mit der aktuellen „Flüchtlingskrise“ an, neben Hindernissen, welche die vollständige Eingliederung der jungen Generation in die Gesellschaft verhindern, wie zum

Beispiel prekäre Arbeitsbedingungen, sozioökonomische Ungleichheiten, Bildungsstrukturen und Zugang zu Rechten. Um integrativere Gesellschaften aufzubauen, in denen jeder willkommen ist, ist es wichtig, dass wir die Migrationsdebatte von den Sicherheitsbedenken trennen.

Die Aktivitäten auf dem YO!Fest und dem EYE 2018 wurden Stereotypen hinterfragt und der interkulturelle Dialog wurde gefördert, um darauf hinzuweisen, dass eine widerstandsfähige Gesellschaft aufgebaut werden muss, in der junge Menschen ihr Potenzial ausschöpfen und ihre Grundrechte umfassend wahrnehmen können. Außerdem sollte betont werden, dass die Gleichstellung der Geschlechter verbessert werden muss und dass die Rolle junger Menschen und junger Frauen in der Gesellschaft gestärkt werden muss, damit Vielfalt erzielt wird.

Auf der Grundlage der Ideen, die auf dem YO!Fest und dem EYE 2018 vorgestellt wurden, sollten die Europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um nationale Strategien zur partizipatorischen Umsetzung der Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen „Jugendliche, Frieden und Sicherheit“ zu entwickeln, das heißt unter der Beteiligung von jungen Menschen und Jugendorganisationen an ihrer Gestaltung, Umsetzung und Bewertung.

Es ist äußerst wichtig, dass die Europäischen Institutionen sicherstellen, dass junge Menschen unterschiedlicher Herkunft berücksichtigt werden und die nötige Unterstützung erhalten, um an Aktivitäten mitzuarbeiten, die gewalttätiges Verhalten und Diskurse dieser Art vermeiden. Dies sollte zum Teil durch die Geldmittel finanziert werden, die im Rahmen des Programms Erasmus+ und von dessen Nachfolger bereitgestellt werden.



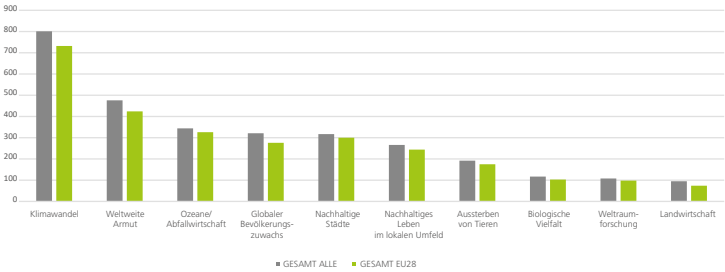
5. LOKAL UND GLOBAL: Unseren Planeten beschützen

Was kann die Europäische Union tun, um unseren Planeten zu beschützen? Die Bekämpfung des Klimawandels drängt, doch für viele Menschen hat das bislang keine Priorität. Das letzte Eurobarometer zeigte, dass der Klimawandel nach Ansicht der EU-Bürger lediglich das siebtwichtigste Problem darstellt, mit dem die EU derzeit konfrontiert ist, mit Umweltbelangen und der Energieversorgung auf den Plätzen zehn und elf.³⁹ Die Gefahr ist jedoch real und wir müssen jetzt handeln, wenn wir die Zerstörung unseres Ökosystems und die Gefährdung der menschlichen Existenz vermeiden wollen. Dies beinhaltet nicht nur den Kampf gegen den Klimawandel, sondern es muss auch ein Weg für einen nachhaltigeren, gesünderen und faireren Lebensstil für alle eingeschlagen werden, in Übereinstimmung mit den VN-Zielen für nachhaltige Entwicklung bis 2030.

In der Agenda des EYE 2018 wird eine Vision für diese Ziele aufgezeigt, von der globalen bis hin zur lokalen Ebene, von der Erde bis zum Weltraum und allem, was sich dazwischen befindet. In ihr wird verdeutlicht, dass zur Lösung dieser Probleme die Eingliederung und Beteiligung aller Akteure notwendig sind: internationale Organisationen, Europäische Institutionen, Nationen, Regionen und Gemeinden, Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, Forschungsinstitute, Schulen, nichtstaatliche Organisationen und Bürger. Die jungen Teilnehmer nehmen sich den Klimawandel und Umweltbelange zu Herzen; viele pflegen bereits einen nachhaltigeren Lebensstil als ihre Eltern oder sind gewillt, den Wandel für sich selbst und die kommenden Generationen zu vollziehen.



LOKAL UND GLOBAL – DIE WICHTIGSTEN THEMEN FÜR JUNGE EUROPÄER



Instagram: @Mikecleggphoto

KLIMAWANDEL UND LANDWIRTE

Die Lösungen für den Klimawandel sind so vielfältig wie die Herausforderungen selbst. Ein Bewusstsein für das Problem zu schaffen ist der allererste Schritt, doch konkrete Aktionen sollten folgen. Ein Wendepunkt schien erreicht zu sein, als am 12. Dezember 2015 auf der Vertragsstaatenkonferenz der VN-Klimarahmenkonvention in Paris 195 Staaten das Übereinkommen von Paris unterzeichneten. Das Übereinkommen trat weniger als ein Jahr später in Kraft. Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich, den Temperaturanstieg weltweit auf weit unter zwei Grad Celsius zu beschränken; vor dem Hintergrund der enormen Risiken würden sie jedoch eine Beschränkung auf 1,5 Grad Celsius in der nahen Zukunft anstreben. Die Tatsache, dass der Klimawandel heute von einigen Personen offen geleugnet wird, macht den Kampf gegen den Klimawandel noch dringlicher. Das EYE 2018 zeigte, dass junge Menschen ihrer Stimme Gehör verleihen möchten: der Klimawandel ist eine weltweite Herausforderung und macht keinen Halt vor Ländergrenzen. Emissionen und andere Folgen beeinträchtigen die Menschen überall auf der Welt.

Der Druck auf die politischen Institutionen wächst mit jedem Zentimeter, der von den Polarkappen schmilzt. In diesem Abschnitt werden 20 Ideen vorgestellt, unter anderem Lehren aus dem Weltraum, neue diplomatische Maßnahmen und der Einfluss von Frauen in diesem Kampf. Es wird über die Landwirtschaft im 21. Jahrhundert diskutiert und über neue Gesetze, mit denen die Abholzung des Regenwaldes in nichteuropäischen Ländern vermieden werden könnte. Die EU hat es geschafft, die Treibhausgasemissionen seit 1990 um fast ein Viertel zu senken.⁴⁰ Dank der jüngsten technischen Innovationen wird weniger Energie verbraucht und die Nutzung von kohlenstoffintensiven Brennstoffen ist zurückgegangen. Es muss jedoch noch mehr getan werden. Junge Menschen müssen ihre Stimme erheben, konkrete Maßnahmen fordern und kreative Konzepte vorstellen, um zu zeigen, dass wir jetzt handeln müssen, bevor es zu spät ist.

81. SCHAFFUNG EINES EUROPÄISCHEN PROGRAMMS FÜR DACHBEGRÜNUNG

In der Podiumsdiskussion vorgestellte Idee

Meine Idee sieht vor, dass die EU eine Kampagne zur Förderung der ökologischen Nutzung von Dächern in Städten anstößt. Dadurch könnten Häuserdächer in öffentliche Gärten verwandelt werden und diese könnten wiederum für die städtische Landwirtschaft genutzt werden. Zudem könnten Bauträger angehalten werden, Raum auf neuen Gebäuden zu schaffen, um die Dachfläche zu maximieren.

In Europa gibt es Städte unterschiedlicher Größe und ein Großteil der Dachflächen wird nicht genutzt. Diese könnten jedoch sinnvoll genutzt werden – laut einer Studie aus Bologna könnten auf Dachgärten drei Viertel des verzehrten Gemüses angebaut werden, wenn alle geeigneten flachen Häuserdächer für die städtische Landwirtschaft eingesetzt würden.⁴¹

Neben der Nutzung für landwirtschaftliche Zwecke könnten Dächer auch als Gemeinschaftsgärten für Anwohner und Büroangestellte dienen, zur Verbesserung ihrer Lebensqualität. Zur Verwirklichung dieser Idee müsste eine entsprechende Kampagne unterstützt werden und es müssten Vorschriften erlassen werden, nach denen mehr Dachflächen für ökologische Zwecke einzusetzen sind.

82. EINSATZ VON UMWELTDIPLOMATIE IM RAHMEN VON VERHANDLUNGEN

In der Podiumsdiskussion vorgestellte Idee

Eine andere Idee beinhaltet die Förderung der Klimadiplomatie. Dies ist eine Form von gezielter Außenpolitik, um weltweit Regierungen von Drittländern und nichtstaatliche Akteure zu einem gemeinsamen Willen zu motivieren, weniger Emissionen zu erzeugen und eine klimaschonende Entwicklung zu fördern – zur Unterstützung des Kampfs gegen den Klimawandel. Mit diesem Ansatz wird versucht, die Interessen der Staaten in Einklang zu bringen, während die Bedeutung des menschlichen Wohlergehens, der Zustand der Umwelt und der Erhalt des Planeten Erde hervorgehoben werden. Die Klimadiplomatie sollte in die Agenda für nachhaltige Entwicklung aufgenommen werden, um in der Politik ein Bewusstsein dafür zu schaffen und zu betonen, dass der Klimawandel auf jeder möglichen Plattform bekämpft werden muss⁴².

Wenn wir über Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel nachdenken, neigen wir dazu, unseren Spielraum auf die Arbeit von nichtstaatlichen Organisationen und Aktivisten zu beschränken. Das Übereinkommen von Paris ist jedoch ein klares Beispiel dafür, dass Politiker wichtige Maßnahmen für eine umweltbewusste Politik ergreifen können. Dennoch ist die junge Generation der Ansicht, dass noch mehr getan werden muss. Wir fordern einerseits ein stärkeres Engagement von unseren Entscheidungsträgern und andererseits, dass sich die junge Generation stärker einbringt und anfängt, in Gemeinschaften und Aktivistengruppen ein Bewusstsein dafür zu schaffen.

Jayathma Wickramanayake, Gesandte des VN-Generalsekretärs für Jugend, erklärt: „Man stelle sich vor, welchen Einfluss die Diplomatie auf den Klimawandel hätte, wenn man sich im Rahmen aller diplomatischen Bemühungen auch für den Umweltschutz einsetzen würde.“

⁴⁰ Europäische Umweltagentur: EU reports lowest greenhouse gas emissions on record. <https://www.eea.europa.eu/media/newsreleases/greenhouse-gas-inventory-report-press-release> (Zugriff im Juni 2018)

⁴¹ Europäische Kommission: Rooftop gardens could grow three quarters of city's vegetables. http://ec.europa.eu/environment/integration/research/newsalert/pdf/rooftop_gardens_could_grow_three_quarters_of_citys_vegetables_409na2_en.pdf (Zugriff im Juli 2018)

⁴² Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse AFET und ENVI - Klimadiplomatie. <http://www.europarl.europa.eu/committees/it/envi/home.html> (Zugriff im Juni 2018)

83. FEMINISMUS IM KAMPF GEGEN DEN KLIMAWANDEL

Kristy

Die EU sollte sowohl extern als auch intern Maßnahmen fördern, die Frauen größeren Einfluss verleihen, wenn Umweltkrisen auftreten – zum Beispiel indem sie den meist landwirtschaftlich geprägten Entwicklungsländern hilft, die Abhängigkeit von weiblichen Arbeitskräften zu reduzieren.⁴³ Intern könnte die EU zudem sicherstellen, dass Frauen angemessen vertreten sind und ihnen in dieser Hinsicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt wird – zum Beispiel indem dafür gesorgt wird, dass 50 % der führenden Kandidaten der politischen Parteien in der EU weiblich sind.

Aus einem Bericht der Vereinten Nationen geht hervor, dass der Klimawandel nicht nur eine Umweltkrise ist; Ungleichheiten werden durch ihn weiter verschärft. Für junge Menschen gehört der Feminismus zum Kampf gegen den Klimawandel dazu und das nicht ohne Grund: es liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass Frauen eher vom Klimawandel betroffen sein werden. Studien der VN haben ergeben, dass rund 80 % der Personen, die durch den Klimawandel vertrieben werden, Frauen sind⁴⁴. Dieses Phänomen findet auf internationaler Ebene statt und die Auswirkungen machen es Frauen letztendlich schwerer, sich von Katastrophen zu erholen, die die Infrastruktur sowie Lebensräume und Arbeitsflächen zerstören.

Wir erkennen hier auch einen generationenübergreifenden Ansatz; Frauen kümmern sich um ihre Kinder, um ihre Eltern und um ältere Menschen und das schlägt sich ihrem Aufwand nieder. Wenn wir uns auf die Verknüpfungen zwischen Klimagerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit konzentrieren, könnte dies einer der ersten wirksamen Ansätze sein, um eine nachhaltige, langfristige Lösung zu finden, die Frauen die gleiche wirtschaftliche Macht zuteilen würde wie Männern. Als internationale politische Institution verfügt die EU über ausreichend Macht, diesbezüglich zu handeln und für eine weltweite Gerechtigkeit zu sorgen.

Feminismus ist zweifelsohne ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die weltweiten Ungerechtigkeiten und sollte eingesetzt werden, um die Folgen des Klimawandels abzuschwächen.



84. UNTERSTÜTZUNG FÜR JUNGE LANDWIRTE UND NEUE TECHNOLOGIEN

In der Podiumsdiskussion vorgestellte Idee

Um das Problem der Lebensmittelknappheit zu beheben, kann die EU Maßnahmen in drei Schritten ergreifen.

Erstens sollten landwirtschaftliche Betriebe mit der entsprechenden Infrastruktur ausgestattet werden, um neue Technologien nutzen zu können, damit sie in der Lage sind, genügend Lebensmittel für Europa zu erzeugen. In ländlichen Gebieten sollten Grundlegende Leistungen wie Breitband und GPS für den Anbau, die Kultur und die Ernte von pflanzlichen Erzeugnissen zur Verfügung gestellt werden.

Zweitens könnte die EU Anreize für Bürger schaffen, den Beruf des Landwirts zu ergreifen, beispielsweise durch Fonds für Start-ups oder eine finanzielle Unterstützung für junge Landwirte, die ihren eigenen landwirtschaftlichen Betrieb gründen möchten. Das würde dazu beitragen, neue Technologien für große und kleine Betriebe erschwinglich zu machen.

Drittens sollten neue Technologien in die Lehrpläne von landwirtschaftlichen Ausbildungseinrichtungen aufgenommen werden. Dadurch könnte ein Bewusstsein für effiziente Alternativen geschaffen werden und jungen Landwirten würde das erforderliche Wissen vermittelt werden, um die am besten geeignete Technologie einzusetzen.

Das europäische Landwirtschaftsmodell arbeitet insgesamt sehr effizient und es ist sehr vielfältig. Europa ist in der Lage, eine große Menge an Lebensmitteln auf vergleichsweise kleinem Raum zu erzeugen. Dadurch kann Europa anderen Regionen der Welt als Beispiel dienen. Des Weiteren stellen sich junge Menschen die landwirtschaftlichen Betriebe von morgen als technologische, aber auch sehr vielfältige Betriebe vor, die dem biologischen Anbau, der Nachhaltigkeit und dem Tierwohl Rechnung tragen.

⁴³ Weltbauernverband: The Role of Rural Women in Agriculture. <http://www.wfo-oma.org/women-in-agriculture/articles/the-role-of-rural-women-in-agriculture.html> (Zugriff im Juli 2018).

⁴⁴ BBC: Climate change impacts women more than men. <https://www.bbc.com/news/science-environment-43294221> (Zugriff im Juli 2018); VN: Women, Gender Equality and Climate Change. http://www.un.org/womenwatch/feature/climate_change/downloads/Women_and_Climate_Change_Factsheet.pdf (Juni 2018).

85. WENIGER FLEISCHSUBVENTIONEN

Noémie & Emily

Europa sollte bei der Förderung einer pflanzlichen Ernährung die Führung übernehmen, indem sie Agrarsubventionen auf die Obst- und/oder Gemüseproduktion verlagert, weg von der Massentierhaltung. Dieser Schritt kann durch eine Erhöhung der EU-Geldmittel für die Erforschung der ökologischen Produktion von Erzeugnissen mit hohem Pflanzenanteil unterstützt werden sowie durch strengere Auflagen für die Verschmutzung von Luft, Boden und Gewässern, das Tierwohl und den Gebrauch von Antibiotika.

Ein großes Problem ist der übermäßige Verzehr von Fleisch, der in vielerlei Hinsicht nicht nachhaltig ist. Die Landwirtschaft verursacht 10 % der gesamten Treibhausgasemissionen der EU und ein Großteil unserer Anstrengungen wird für die Produktion von Fleisch aufgewandt⁴⁵. Agrarflächen werden zunehmend verwendet, um Futterpflanzen für Tiere anzubauen, anstatt Gemüse für den menschlichen Verzehr. Wenn pflanzliche Erzeugnisse als solche konsumiert würden, anstatt sie an Tiere zu verfüttern, würde dies die Menge an Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre verringern und Flächen für andere Zwecke freigeben. Neben den Gasen, die von industriemäßig produzierenden Landwirtschaftsbetrieben in die Luft abgegeben werden, kann auch die große Menge an Gülle nicht mehr vom Boden aufgenommen werden, was zu einer irreversiblen Schädigung des Bodens führt. Durch die Reduzierung des Fleischkonsums könnten die Auswirkungen der Tierhaltung auf unsere Umwelt reduziert und mehr Lebensmittel produziert werden und gleichzeitig könnte für ein diversifiziertes Ökosystem gesorgt werden.

Dieser Trend ist nicht nur in Europa, sondern auch über dessen Grenzen hinaus zu verzeichnen. Regenwälder und andere biologisch vielfältige Ökosysteme werden durch die Folgen einer Ernährung, die auf Fleisch, Milchprodukten und dem Futtermittel Soja basiert, untergraben. In den tropischen Regionen werden am stärksten Wälder zu Zwecken der Viehhaltung abgeholzt. In Amazonien wurden 80 % der gerodeten Flächen in Weideland für grasende Tiere umgewandelt.⁴⁶ Es ist unnötig, zu erwähnen, dass der Regenwald, eines unserer wichtigsten Ökosysteme auf diesem Planeten und unsere grüne Lunge, die es zu schützen gilt, dadurch zerstört wird.

86. FÖRDERUNG DER BIOLOGISCHEN VIelfALT UND HÖHERE STANDARDS FÜR NUTZTIERE

Marlene

Die EU sollte Vorschriften für eine höhere biologische Vielfalt festlegen, um Landwirte davon abzuhalten, in Monokulturen anzubauen.

Die derzeitige Struktur unserer Landschaft stellt ein ernsthaftes Problem dar. Riesige Monokulturen bieten Tieren in der freien Natur wenig Unterschlupf und gefährden die biologische Vielfalt. Die Diversifizierung der Landschaft bietet zahlreiche Vorteile: sie schützt unseren Boden vor Erosion, sorgt dafür, dass biologische Vielfalt wieder neu entsteht und stellt ihre Nachhaltigkeit sicher, um nur einige zu nennen. Die EU sollte eine stärkere Zusammenarbeit mit lokalen Umweltschützern fördern und sich für mehr ökologische Landwirtschaft einsetzen, um zu einer nachhaltigeren Umwelt und Lebensweise beizutragen. Diese landwirtschaftlichen Betriebe sollten außerdem für höhere Standards im Bereich des Tierwohls sorgen, zum Beispiel durch Außenbereiche für Tiere.

Dies wäre ein bedeutender Schritt in Richtung nachhaltiger Landwirtschaft sowie zum Schutz des Tierwohls, der biologischen Vielfalt und der Tiere in der freien Natur.

INTERVIEW



Welche Umweltprobleme sind dir beim Besuch von EU-Projekten auf deinen Missionen aufgefallen?

Ich habe viele landwirtschaftliche Betriebe besucht. Zum Beispiel in Simbabwe basiert die Wirtschaft auf Landwirtschaft und der Klimawandel zerstört die angebauten Pflanzen. Landwirte werden in neuen Agrarmethoden unterrichtet, da sie bisher traditionelle Verfahren angewandt haben, zufällig gepflanzt haben und nicht wissen, wie man richtig anpflanzt. Der Klimawandel wirkt sich negativ auf die Landwirte aus, da sie es sich nicht leisten können, ihre Feldfrüchte zu verkaufen, weil ihre Ernte nur für sie selbst und für ihre Familien ausreicht. Wenn die Ernte aufgrund der Klimabedingungen komplett zerstört wird, müssen sie Hunger leiden. Viele EU-Projekte haben zum Ziel, ihnen beizubringen, wie sie solche Fälle vermeiden können oder wie sie sich an das Wetter anpassen können. Auf Mauritius habe ich auch ein Projekt mit dem Namen „Eco-school“ (Ökoschule) besucht, in dessen Rahmen kleinen Kindern beigebracht wurde, Kunststoff zu vermeiden und die Umwelt zu schützen. Wenn die Kinder von heute nicht anfangen, nachhaltig zu handeln, werden wir in zehn Jahren alle im Kunststoff versinken!

Ellie Tomassi,

Faces2Hearts-Bloggerin in Ost- und im südlichen Afrika



⁴⁵ Eurostat: Agriculture - greenhouse gas emission statistics. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Agriculture_-_greenhouse_gas_emission_statistics&oldid=367927 (Zugriff im Juli 2018)

⁴⁶ Yale: Cattle Ranching in the Amazon Region. <https://globalforestatlas.yale.edu/amazon/land-use/cattle-ranching> (Zugriff im Juli 2018)

ERNEUERBARE ENERGIEN, INTELLIGENTE STÄDTE UND NACHHALTIGES UNTERNEHMERTUM

Sollte die Europäische Union anstreben, zu einer Supermacht für erneuerbare Energien zu werden? Die Energiekosten fordern von der Industrie und den Haushalten in Europa ihren Tribut. Was können wir also tun, um eine nachhaltige Wende im Energiesektor anzustoßen? Wir müssen aufhören, umweltschädliche fossile Brennstoffe zu verwenden, Treibhausgase zu produzieren und versuchen, saubere erneuerbare Energien zu entwickeln.

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 32 % ihres Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen zu beziehen und hat dieses neue Ziel im Rahmen ihres Pakets „Saubere Energie für alle Europäer“⁴⁷ in der Richtlinie über erneuerbare Energien verankert. Durch einen erfolgreichen Übergang sollten auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um für Ersatz für diejenigen zu sorgen, die in den schrumpfenden Wirtschaftszweigen verloren gegangen sind. Problematisch ist, dass erneuerbare Energien nach wie vor teuer sind und dass die derzeitigen Technologien den weltweiten Energiebedarf noch nicht komplett abdecken können. Einige intelligente Städte und städtische Bereiche, die Daten nutzen, um die Energieeffizienz und das Ressourcenmanagement zu verbessern, gehen aber bereits mit gutem Beispiel voran und geben uns einen Einblick, wie ein anderes Leben aussehen könnte. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission seit 2010 einigen Städten den Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ verliehen.

Auf dem EYE 2018 kam man jedoch zu dem Schluss, dass der Schlüssel zum Erfolg darin liegt, „grüne“ Technologien für die Industrie rentabel zu machen. Wir müssen vermeiden, dass Umweltbelange und die der Industrie miteinander kollidieren. Ökologisch nachhaltige Lösungen zu entwickeln bedeutet nicht, die Industrie zu zerstören, sondern vielmehr, eine nachhaltige Industrie aufzubauen. Junge Menschen möchten den Wandel anführen und sind dazu in der Lage, doch sie müssen auch die Möglichkeit dazu erhalten.



87. FÖRDERUNG NACHHALTIGER HAUSHALTE, UM ÜBERSCHÜSSIGE ENERGIE AN DAS NETZ ZURÜCKZUVERKAUFEN

Claire & in der Podiumsdiskussion vorgestellte Idee

Die EU sollte erneuerbare Energien, wie Wind- und Solarenergie, oder die Nutzung von Elektroautos unterstützen. Beispielsweise Solaranlagen sollten in europäischen Haushalten mehr Anwendung finden. Jeder könnte Strom für den eigenen Haushalt erzeugen und im Falle eines Überschusses könnte dieser an Energieversorger zurückverkauft werden. Diese Praxis wird bereits in einigen EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland, Frankreich und Italien angewandt.

Die EU könnte im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen Subventionen für ähnliche Maßnahmen bereitstellen oder alternativ die Steuern senken, um den Einsatz von Solaranlagen zu belohnen. Es könnten Subventionen für Elektrofahrzeuge gewährt werden, die stärker auf dem Markt verbreitet und günstiger werden müssen als sie es derzeit sind.

88. FESTLEGUNG EINES ZEITPLANS FÜR DIE BEENDIGUNG DES EINSATZES FOSSILER BRENNSTOFFE UND BEGRENZUNG DER ARBEITSPLATZVERLUSTE

In einem Workshop entwickelte Idee

Die EU sollte einen Plan ausarbeiten, in dem feste Daten für ein Ende des Einsatzes fossiler Brennstoffe und des Kohlebergbaus enthalten sind. Die Maßnahmen würden beispielsweise eine progressive Abkehr von fossilen Brennstoffen, Sanktionen für Unternehmen, die den Vorschriften nicht nachkommen, eine CO₂-Steuer (wie bereits in einigen Ländern vorhanden) und eine Steuer auf den Erwerb von Dieselfahrzeugen beinhalten.

Wir müssen unsere Gewohnheiten beim Energieverbrauch ändern: Statt fossiler Brennstoffe sollten wir erneuerbare Energien nutzen. Die Abhängigkeit der EU von Gas und fossilen Brennstoffen ist langfristig nicht nachhaltig. Die Frage ist nicht, ob die Reduzierung der Treibhausgasemissionen die richtige Lösung ist, sondern wann sie umgesetzt wird. Diese strukturelle Veränderung könnte eine neue industrielle Revolution anstoßen.

Außerdem sollte die EU dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im Rahmen des Wandels weg vom Kohlebergbau erhalten diejenigen, die ihre Arbeitsplätze verlieren, nicht unbedingt neue „grüne“ Arbeitsplätze. Die EU und die Mitgliedstaaten haben eine gesellschaftliche Pflicht, diesen Übergang zu ermöglichen und dabei gleichzeitig die Arbeitnehmer zu schützen; ein diesbezüglicher Zeitplan würde einen organisierten, strukturierten Wandel vereinfachen.

89. FÖRDERUNG EINER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT UND EINES ENTSPRECHENDEN MARKTES

In einem Workshop entwickelte Idee

Sobald erneuerbare Energie in ausreichender Menge produziert wird, sollte sie zwischen den Mitgliedstaaten zirkulieren können. Die EU sollte mehr Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten in Form eines sauberen Energienetzes fördern. Ein Überschuss an sauberer Energie, der in einem Mitgliedstaat produziert wurde, wie beispielsweise Wind- oder Solarenergie, könnte in einen anderen Mitgliedstaat exportiert werden, auf einem echten europäischen Energiemarkt.

Um den Energiesektor zu integrieren, wären ein stärkerer Zusammenhalt und eine engere Union vonnöten. Die Vorteile würden die Schaffung eines effizienteren Energiemarktes auf europäischer Ebene und eine Senkung der Energieausgaben für europäische Unternehmen und Haushalte beinhalten. Die Möglichkeit einer effizienten Speicherung der Energie sollte ebenfalls berücksichtigt werden.

Netze stellen eine wichtige Möglichkeit dar, um die Menschen mit sicherer Energie zu versorgen und bieten zudem einen Rahmen, in dem nachhaltigere Energien gefördert und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduziert werden kann.

90. STÄRKUNG VON INFRASTRUKTUREN AUF EUROPÄISCHER EBENE UND EINE GEMEINSAME VERKEHRSPOLITIK

In der Podiumsdiskussion vorgestellte Idee

Ein erheblicher Teil der verkehrsbedingten Verschmutzung rührt von der massiven Nutzung von privaten Verkehrsmitteln und von Kurzstreckenflügen her⁴⁸. Eine Möglichkeit, dieses Problem zu reduzieren liegt in der Stärkung der europäischen Infrastrukturen, zum Beispiel indem Hochgeschwindigkeitszüge als erschwingliche Alternativen bereitgestellt werden oder durch einen besser koordinierten privaten Güterverkehr in Europa.

In diesem Sinne ist es notwendig, den Luft-, Schienen- und Straßenverkehr zu regulieren und zu koordinieren. So eine Harmonisierung würde zur Reduzierung der Kohlendioxidemissionen beitragen. Außerdem könnte dadurch beispielsweise eine Koordinierung der Verkehrsunternehmen untereinander angeregt werden, um die Zahl an Lkw optimal zu nutzen, damit Treibstoff eingespart werden kann. Auch gemeinsame europäische Sicherheitsstandards könnten so geschaffen werden.

Natürlich wären dafür Geldmittel und ein politischer Zusammenhalt notwendig, doch EU-Bürgern könnte so ein sauberer, effizienter Verkehr geboten werden.

⁴⁸ Die Europäische Union erklärt: Verkehr, Veröffentlichung Europäische Kommission, 2014: „Die Straße als größter Verkehrsträger erzeugt laut den neuesten Daten für sich allein die höchste Umweltverschmutzung: etwa 71 % der CO₂-Emissionen des Verkehrssektors insgesamt (und für rund zwei Drittel dieses Anteils sind die Personenkraftwagen verantwortlich). Die übrigen Sektoren haben ein erheblich geringeres Schädigungspotenzial. Der Anteil [...] des Flugverkehrs an der Umweltverschmutzung beläuft sich auf [...] 13 % [...]. Die Eisenbahn ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel – ihr Anteil an der Umweltverschmutzung beträgt weniger als 1 %.“



91. INTELLIGENTE STÄDTE UND ÖFFENTLICHER VERKEHR

In einem Workshop entwickelte Idee

Um wirklich nachhaltige Städte zu schaffen, sollte die EU Gemeinden bei der Entwicklung eines neuen Ansatzes unterstützen, der den Bedürfnissen aller Generationen Rechnung trägt, von Kindern und Jugendlichen bis hin zu Erwachsenen und älteren Menschen, und ein intelligentes und effizientes öffentliches Verkehrswesen, basierend auf emissionsfreien Lösungen, und verbesserte Verleihsysteme für Fahrräder und Fahrzeuge nutzt.

Des Weiteren könnten die Vorteile oder Subventionen genutzt werden, um große Fußgängerzonen und mehr Fahrradwege zu schaffen, einschließlich einer besseren Infrastruktur, um Fahrräder sicher zu parken. Zudem könnten mehr verkehrsfreie Zonen geschaffen werden. Drittens sollten die Kosten für den öffentlichen Verkehr für jeden erschwinglich sein. Die EU könnte beispielsweise ein einheitliches Fahrscheinsystem für den öffentlichen Verkehr in großen Städten fördern, mit Apps, die Fahrpläne in Echtzeit und flexible Routen auf Anfrage bereitstellen.

Heute leben nach Angaben der Europäischen Kommission⁴⁹ mehr als zwei Drittel aller Europäer in Städten. Das Problem innerhalb dieser Städte ist der beschränkte Raum, der Verkehr, die Verschmutzung und der Mangel an grünen Bereichen. Die obigen Vorschläge zielen darauf ab, den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen.

INTERVIEW

“

Was können junge Menschen tun, um die Umwelt zu schützen und den Klimawandel zu bekämpfen?

Meiner Ansicht nach gibt es drei Kategorien an Klimaschutzmaßnahmen: Ich bin erstens der Meinung, dass die Antwort auf den Klimawandel einerseits von der höchsten politischen Entscheidungsebene kommen muss; andererseits vom Verhalten der Menschen, die ihren Lebensstil auf nachhaltige und umweltfreundliche Art und Weise verändern. Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Ziele des Übereinkommens von Paris zu verwirklichen, unterstützen die Vereinten Nationen eine Kampagne mit dem Titel „Little x Little“⁵⁰, die dazu beitragen wird, unsere Erde vor dem Klimawandel zu schützen. Es geht darum, weniger Kunststoff zu verwenden, kürzer zu duschen und mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren, anstatt mit dem Auto.

Bei der zweiten Art von Maßnahme geht es darum, wie wir als junge Generation unsere Kräfte bündeln und Plattformen einrichten können, die ein Bewusstsein unter Gleichaltrigen, Staatsoberhäuptern, Gemeinden, Bürgermeistern und Menschen in unseren Gemeinschaften schaffen. Die dritte und letzte Maßnahme besteht darin, Regierungen und große Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen. Wir sollten zum Beispiel mehr Petitionen zum Thema Klimawandel schreiben. Vielleicht sollten wir eine Bewegung gründen und Menschen auf der ganzen Welt mobilisieren.

Jayathma Vickramanayake,

Gesandte des VN-Generalsekretärs für Jugend

Referentin bei der Podiumsdiskussion „Für eine bessere Welt: Jugend und nachhaltige Entwicklung“

”

⁴⁹ Europäische Kommission: Stadtentwicklung. http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/themes/urban-development/ (Zugriff im Juli 2018)

⁵⁰ VN: „Little x Little“ - eine von der Generation Z geführte Kampagne zur Unterstützung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. <https://www.un.org/sustainabledevelopment/blog/2018/03/little-x-little-gen-z-led-campaign-support-sustainable-development-goals/> (Zugriff im Juli 2018)

92. UNTERSTÜTZUNG VON UMWELTFREUNDLICHEM UNTERNEHMERTUM UND UMWELTFREUNDLICHEN PROJEKTEN

Henriette

Im Rahmen meiner Idee wird von der EU gefordert, mehr Gelder für umweltfreundliches Unternehmertum bereitzustellen. Diese Finanzierungsoptionen sollten auch deutlicher beworben werden. Es könnte wirksamer sein, kleinere EU-Geldbeträge für mehr Unternehmer bereitzustellen, statt großer Beträge für wenige, damit sich eine neue umweltfreundliche Kultur in ganz Europa ausbreiten kann.

Es ist bekannt, dass Unternehmen in der Start-up-Phase am meisten Unterstützung brauchen. Umweltfreundliche Unternehmen haben insbesondere Probleme, außerhalb der herkömmlichen Paradigmen des Unternehmertums Fuß zu fassen. Die EU könnte grüne Unternehmensgründungen mit Subventionen unterstützen.

Auch Programme für Verbände, nichtstaatliche Organisationen oder Gruppen von Menschen, die sich für Umweltbelange einsetzen, sollten ebenfalls finanziert werden. Um Aufmerksamkeit zu erhalten, sollte das Bewerbungsverfahren für eine derartige Finanzierung klar und einfach zu bewerkstelligen sein, da komplizierte Versionen bereits vorhanden sind.

Mit dieser Idee würde die junge Generation sowohl in der Rolle von Unternehmern als auch von Aktivisten gestärkt werden und die notwendigen Instrumente an die Hand bekommen, damit sie in ihrer eigenen Gemeinde Einfluss nehmen kann.

Diese EU-Programme könnten auch Elemente für einen Aufbau von Kapazitäten und ein Mentoring enthalten, um aufstrebenden Start-up-Unternehmen Ratschläge zu bewährten Verfahren zu geben.

93. FÖRDERUNG DES RECYCLINGS VON ELEKTRONISCHEN GERÄTEN

Frauke

Die EU könnte durch Auflagen für Unternehmen, ihre elektronischen Geräte und Haushaltsgeräte modular zu gestalten, dazu beitragen, natürliche Ressourcen einzusparen. Dadurch müsste, wenn etwas defekt ist, nur das betroffene Modul ausgetauscht werden und die Geräte könnten einfacher repariert werden.

Im Falle von Telefonen könnte die EU zum Beispiel ein Gesetz vorlegen, mit dem große Unternehmen dazu verpflichtet würden, nur das Teil auszutauschen, das defekt ist, statt dem Verbraucher naheulegen, ein neues Telefon zu kaufen. Dieser Ansatz würde eine nachhaltigere Lösung für elektronische Abfälle bieten.

Er könnte durch konzentrierte politische Anstrengungen zur Unterstützung von Vorschriften erreicht werden, die zu einem nachhaltigeren und ethischeren Umgang mit elektronischem Abfall führen würden.



LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG, KEIN KUNSTSTOFF, SAUBERES WASSER UND SANITÄRE ANLAGEN: VERBRAUCHERVERHALTEN ÄNDERN

Fast ein Drittel aller produzierten Nahrungsmittel geht jedes Jahr verloren oder wird vergeudet, so die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO)⁵¹. Rund 88 Millionen Tonnen Lebensmittel werden in der EU jedes Jahr weggeworfen, wodurch Kosten von schätzungsweise 143 Milliarden EUR⁵² entstehen. In der EU findet die Verschwendung von Lebensmitteln hauptsächlich in privaten Haushalten statt, während die Landwirtschaft an zweiter Stelle steht. Die Verschwendung von Lebensmitteln ist nicht nur ethisch nicht vertretbar, sondern wirkt sich auch negativ auf die Umwelt und die Wirtschaft aus, da bereits Wasser und Energie verschwendet wurden, um die Nahrungsmittel herzustellen, die anschließend weggeworfen werden. Lebensmittelverschwendung ist meist unnötig und wird durch falsche Lagerung verursacht, was sich durch einen Mangel an guter Bildung zum Thema Lebensmittelverschwendung noch weiter verschärft.

Gleichzeitig produzieren die Europäer pro Jahr 25 Millionen Tonnen an Kunststoffabfällen⁵³. Kunststoffe verschmutzen unsere Flüsse, Meere und Böden. Die Vereinten Nationen führen eine Kampagne für saubere Meere durch und die Europäische Union hat dieses Jahr eine europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die Art und Weise, wie Kunststoffe hergestellt, genutzt und recycelt werden, zu ändern und die hauptsächlichsten Ursachen für die Verschmutzung der Meere zu beseitigen. Darüber hinaus gilt der Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen als Menschenrecht und die Risiken, die mit dieser Knappheit verbunden sind, reichen von sich ausbreitenden Wüsten bis hin zu tödlichen Krankheiten und Konflikten.

94. FÖRDERUNG EINES KUNSTSTOFFFREIEN ANSATZES

In der Podiumsdiskussion vorgestellte Idee

Die EU sollte bestrebt sein, die Erforschung von alternativen Materialien zur Herstellung von Kunststoff zu finanzieren. Es gibt zum Beispiel eine Art von Kunststoff, die aus Pilzen hergestellt wird, während auch Bambus verwendet werden kann, um wiederverwendbare Utensilien herzustellen, die uns vom aktuellen, weit verbreiteten Gebrauch von Kunststoff abbringen könnten.

Ein Kernelement der Beseitigung der Verschmutzung durch Kunststoffe besteht zudem darin, weniger Kunststoff herzustellen und zu verwenden, um letztendlich einen kunststofffreien Lebensstil zu erreichen. Während die vollständige und sofortige Abschaffung von Kunststoffen unmöglich zu sein scheint, ist es jedoch möglich, unseren Verbrauch zu senken, Kunststoffe zu recyceln und nach alternativen, umweltfreundlichen Materialien für ihre Herstellung zu suchen.

Die EU könnte auch die Kennzeichnung von Produkten verpflichtend vorschreiben, mit der angegeben wird, ob ein Produkt Kunststoffe enthält, in welcher Menge und um welche Art von Kunststoff es sich handelt – beispielsweise ob der Kunststoff wiederverwendet wurde oder ob er aus Materialien hergestellt wurde, die umweltfreundlicher sind. Eine andere Möglichkeit zur Förderung von kunststofffreien Produkten bestünde darin, Geschäften kunststofffreie Werbegeschenke für den täglichen Gebrauch zur Verfügung zu stellen.

95. FINANZIERUNG DER ENTFERNUNG VON KUNSTSTOFF AUS DEN MEEREN

In einer Debatte entwickelte Idee

Die Menge an Kunststoffen in den Weltmeeren wird auf 150 Millionen Tonnen geschätzt. Das ist rund ein Fünftel des Gewichts aller Fische, die sich in unseren Meeren befinden⁵⁴. Doch wie können wir etwas so Großes wie ein Meer reinigen? Nach Meinung von Marcella Hansch, der Architektin und Gründerin von Pacific Garbage Screening, muss eine umweltverträgliche Plattform entwickelt werden, die in Flüssen und Meeren eingesetzt werden könnte, um Kunststoffe herauszufiltern.

In den Meeren beruhigt eine derartige Plattform die Ströme, die ein Kanalsystem durchqueren. Dies führt dazu, dass die Kunststoffteile langsam an die Oberfläche kommen, da sie leichter sind. Man bräuchte keine Netze, sodass Fische gefahrlos durch die Plattform hindurch schwimmen könnten.

Die EU sollte gemeinsame Teams und Projekte von Ingenieuren, Architekten und Wissenschaftlern finanzieren, um neue Lösungen für die Säuberung unserer Meere zu entwickeln und sich von Projekten wie diesem inspirieren zu lassen.

⁵¹ Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen: Key facts on food loss and waste you should know! <http://www.fao.org/save-food/resources/keyfindings/en/> (Zugriff im Juni 2018)

⁵² Europäische Kommission: Food Waste. https://ec.europa.eu/food/safety/food_waste_en (Zugriff im Juli 2018)

⁵³ Europäische Kommission: Kunststoffabfälle: eine europäische Strategie zum Schutz unseres Planeten und unserer Bürger und zur Stärkung unserer Industrie. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-5_de.htm (Zugriff im Juli 2018)

⁵⁴ Pacific Garbage Screening: Plastik im Meer. <https://pacific-garbage-screening.de/problem-2/> (Zugriff im Juni 2018)

96. EINE NEUE KULTUR FÜR LEBENSMITTELGESCHÄFTE UND BESTEUERUN

Valeria

Die EU sollte Anreize für kunststofffreie Läden schaffen, die ausschließlich kunststofffreie Artikel anbieten. Parallel dazu sollte sie Schritte zur Förderung von Geschäften unternehmen, die Konzepte umsetzen, um weniger Kunststoff zu verwenden. Die EU könnte zum Beispiel Supermärkte dazu aufrufen, Gänge mit kunststofffreien Produkten einzurichten und Kunststofftüten abzuschaffen und stattdessen Baumwollbeutel oder Papiertüten für die Kunden bereitzustellen. Sie könnte Kunststoffe auch teurer machen. Zum Beispiel könnte sie die Supermärkte anregen, den Kunden, die ihre Kunststoffe zwecks Recycling oder Wiederverwendung zurück in den Laden bringen, Geld zurückzugeben. Dieses Konzept wird in Teilen Skandinaviens bereits umgesetzt, wo eine Flasche im Grunde genommen „gemietet“ und das Pfand wieder ausgezahlt wird, wenn die leere Kunststoffflasche zurückgebracht wurde.

Lebensmittelgeschäfte und Supermärkte spielen bei der Prägung der Gewohnheiten von Verbrauchern eine große Rolle. Darüber hinaus sind zahlreiche Produkte, die wir im Supermarkt kaufen, einschließlich Obst und Gemüse, in Kunststoff verpackt. Manchmal werden zudem noch Kunststofftüten für den einmaligen Gebrauch angeboten.

Eine weitere Schlüsselidee bezieht sich auf das Thema Besteuerung: Supermärkte und Unternehmen, die mehr Kunststoff verwenden, sollten stärker besteuert werden und diejenigen, die die Verwendung von Kunststoffen reduzieren, sollten von einer geringeren Besteuerung profitieren. Außerdem könnten für Unternehmen, die weiterhin Kunststoffe verwenden oder sie als einen wesentlichen Teil ihres Geschäftsmodells betrachten, Anreize geschaffen werden, um Projekte für die Säuberung der Meere zu unterstützen.

Für diejenigen, die mit gutem Beispiel vorangehen, könnte eine andere Art von Belohnung angeboten werden, wie ein Qualitätszertifikat oder ein Bewertungssystem anhand von Sternen für nachhaltige Unternehmen. Zusätzlich könnte eine kostenlose Schulung für noch mehr Umweltschutz für die Mitarbeiter angeboten werden. So könnten Lebensmittelgeschäfte, Supermärkte und Unternehmen zu Vorbildern werden, ihren Teil der Verantwortung übernehmen und zur Bildung der Gesellschaft beitragen.



97. DIE REDUZIERUNG DER LEBENSMITTEL- VERSCHWENDUNG RECHTSVERBINDLICH MACHEN

In der Podiumsdiskussion vorgestellte Idee

Die EU sollte Supermärkte rechtsverbindlich dazu anhalten, nach Wegen für eine Reduzierung der Lebensmittelverschwendung zu suchen.

Lebensmittel, deren Haltbarkeitsdatum in Kürze abläuft, werden in Supermärkten häufig weggeworfen. In vielen Fällen entspricht das Haltbarkeitsdatum jedoch nicht dem tatsächlichen Datum, ab dem das Nahrungsmittel nicht mehr für den Verzehr geeignet ist. Darüber hinaus unterscheiden sich die Rechtsvorschriften in den einzelnen Mitgliedstaaten; die EU sollte für eine Vereinheitlichung sorgen.

Zudem sollten Vorschriften erlassen werden, nach denen Lebensmittel, deren Haltbarkeitsdatum in Kürze abläuft, sichtbar in den Regalen platziert, zu einem reduzierten Preis verkauft oder, falls das Haltbarkeitsdatum bereits abgelaufen ist, verschenkt werden müssen. In Frankreich wurde zum Beispiel bereits per Gesetz festgelegt, dass große Geschäfte unverkaufte Nahrungsmittel, deren Haltbarkeitsdatum in Kürze abläuft, an Wohltätigkeitsorganisationen und Lebensmittelbanken spenden müssen.⁵⁵ Ideal wäre, wenn die Nahrungsmittelverschwendung vollständig vermieden werden könnte und Lebensmittel, deren Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist, an Verbraucher und Wohltätigkeitsorganisationen verschenkt würden. Dadurch könnte man nicht nur die Nahrungsmittelverschwendung vermeiden, sondern auch Hunger und Armut bekämpfen.

⁵⁵ The Guardian: French law forbids food waste by supermarkets. <https://www.theguardian.com/world/2016/feb/04/french-law-forbids-food-waste-by-supermarkets> (Zugriff im Juli 2018)



98. LEBENSMITTELPENDEN ERLEICHTERN

In der Podiumsdiskussion vorgestellte Idee

Die EU könnte neue Möglichkeiten zum Spenden von Lebensmitteln unterstützen. Während sich das Konzept einer „Wirtschaft des Teilens“ immer weiter ausbreitet, liegt es auf der Hand, dass die finanziellen Vorteile dieses Phänomens in der Regel denjenigen vorbehalten sind, die Immobilien oder Autos besitzen. Um eine wahrhaft gemeinsame, also „geteilte“ Wirtschaft zu schaffen, sollte die EU dafür sorgen, dass Alltagsgegenstände geteilt werden können.

In acht Ländern gibt es beispielsweise die App „Too Good to Go“ (Zu gut, um weggeworfen zu werden), mit der Lebensmittelreste vor dem Wegwerfen gerettet werden, indem sie eine Plattform für diejenigen schafft, die Nahrungsmittel übrig haben und diejenigen, die auf der Suche nach guten Lebensmitteln für einen geringen Preis sind.

Die EU sollte diese Initiativen von außen unterstützen und einen digitalen Markt für Lebensmittelreste schaffen, der Landwirte, Restaurants, Lebensmittelgeschäfte und Verbraucher miteinander in Kontakt bringt und auf dem jeder, der Nahrungsmittel übrig hat, diesen Überschuss melden und an Menschen weitergeben kann, die Lebensmittel benötigen.

99. NACHHALTIGKEITSBILDUNG IN DER SCHULE

Dina & Giusy

Nachhaltigkeit ist ein wichtiges Konzept für die Zukunft und sein Schlüssel liegt in der Bildung, da es in jungem Alter einfacher ist, positive Verhaltensweisen zu verinnerlichen. Dies gilt ebenfalls für die Aufklärung darüber, wie Lebensmittelverschwendung und Kunststoffe vermieden werden können. Die EU könnte dazu beitragen, dass solche Themen an den Schulen diskutiert werden. Schulen könnten Kurse anbieten, in denen Kinder gemeinsam kochen und saubermachen, über den Wert von Lebensmitteln und die negativen Folgen des unachtsamen Umgangs mit der Umwelt aufgeklärt werden und lernen, wie man sich einen gesunden Lebensstil aneignet und seine Fähigkeiten im Lebensmittelmanagement verbessert.

Es könnten Sponsoren beteiligt werden, um derartige Aufklärungsinitiativen zu unterstützen: Sie könnten beispielsweise wiederverwendbare Flaschen in Schulen zur Verfügung stellen. Im Rahmen dieser Aufklärung könnte die EU Synergien zwischen Schulen und Nationalparks fördern, in Form von Sommerferienlagern, damit die Kinder die Natur entdecken können.

Anhand von solchen Initiativen könnte Kindern auf natürliche Art und Weise Respekt für die Natur und ein Verständnis für den Tierschutz vermittelt werden; Kenntnisse, die ihnen im Erwachsenenalter erhalten bleiben werden.

100. ENTWICKLUNG EINES SYSTEMS ZUR NUTZUNG VON REGENWASSER FÜR SANITÄRE ANLAGEN

In der Podiumsdiskussion vorgestellte Idee

Die EU könnte ein Programm zum Sammeln von Regenwasser unterstützen, damit es für Toilettenspülungen und zur Bewässerung von Gärten auf häuslicher Ebene eingesetzt werden kann. Das Programm könnte Anreize für Bürger beinhalten, Wassertanks zu nutzen, mit denen sie Regenwasser sammeln könnten, um es in ihren Haushalten zu verwenden.

Wasser sollte ein Allgemeingut und für jeden zu fairen Bedingungen und leicht zugänglich sein. 2010 wurde das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung explizit von der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt. Darüber hinaus wurde bestätigt, dass sauberes Trinkwasser und eine Sanitärversorgung für die Verwirklichung aller Menschenrechte unerlässlich sind. Derzeit nimmt die Zahl an Wasserquellen ab und die Wasserpreise können hoch sein. Mit dieser Idee könnte zur Reduzierung der unnötigen Verschwendung von sauberem Trinkwasser beigetragen werden.



INTERVIEW

“

Wie können wir die Ergebnisse aus der Weltraumforschung nutzen, um unseren Planeten zu schützen?

Die Ergebnisse aus der Weltraumforschung können uns helfen, unseren Planeten besser zu verstehen und wie wir ihn schützen können. Vom Weltraum aus sind zudem keine Grenzen zu erkennen. Man sieht die Erde als Einheit, keine einzelnen Länder. Man sieht einen Planeten im Gleichgewicht, nur geschützt durch die dünne Schicht der Atmosphäre. Man sieht auch die Zerstörung, die wir auf unserer Erde anrichten. Doch die Erde wird nicht sterben, sie wird sich anpassen. Wir sind es, die aussterben werden, wenn wir so weitermachen wie bisher.

Paolo Nespoli,

Astronaut, Europäische Weltraumorganisation (ESA) und NASA

Referent bei der Podiumsdiskussion „Das Leben eines Astronauten“

”



KOMMENTAR AUS DEM JUGENDFORUM

LOKAL UND GLOBAL

Wir alle wissen: Es gibt keinen Planeten B. Doch bei unserem Vorgehen kann es nicht nur darum gehen, die Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten auszutesten; wir müssen uns das große Ganze anschauen und unser tägliches Leben und unsere Handlungen in Richtung Nachhaltigkeit verändern. Es gibt keinen Planeten B, was die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die wachsenden Ungleichheiten und den Ausschluss der jungen Generation von dem Entscheidungsprozess betrifft. Europa muss die Führung übernehmen und die Verfahren und Situationen ändern, die zu Ungleichheiten beitragen und unseren Planeten bedrohen. Das Europäische Jugendforum möchte den Planeten A verändern und unsere Systeme im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung verändern.

„Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze.“ Das war der Slogan des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) für die Pariser Klimaschutzkonferenz im Dezember 2015. Für den IGB verdeutlicht dieser Slogan die Dringlichkeit des Kampfes gegen den Klimawandel und der Arbeit an Themen aus dem Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit. Für das Europäische Jugendforum ergibt sich der notwendige Schutz des Planeten nicht nur aus Themen wie der Jugendarbeitslosigkeit, sondern auch aus der Sorge um die Rechte und das Wohlbefinden dieser und künftiger Generationen von jungen Leuten. Auf einem toten Planeten gibt es auch keine Teilhabe der Jugend, keine Demokratie und kein Europa.

Auf dem YO!Fest und dem Europäischen Jugend-Event 2018 herrschte Konsens darüber, dass der Schutz unseres Planeten dringend und grundlegend notwendig ist, um unsere Zukunft und die kommender Generationen zu schützen. Nachhaltige Entwicklung erfordert eine Neubewertung unserer Beziehung zur Natur. Bei den Diskussionen standen der Kampf gegen den Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt, die Umweltverschmutzung, der nicht nachhaltige Konsum und die übermäßige Nutzung von natürlichen Ressourcen im Mittelpunkt. In den Diskussionen wurde zudem eingeräumt, dass der Umgang mit Umweltbelangen nicht von der Wirtschafts- und Sozialpolitik getrennt erfolgen kann. Für einen fairen Übergang zu einer Wirtschaft, bei der fossile Brennstoffe nicht im Mittelpunkt stehen, müssen einerseits soziale, wirtschaftliche Belange und ökologische Belange auf derselben Ebene berücksichtigt werden, um sicherzustellen, dass die Chancen der Menschen auf Arbeit und Wohlbefinden geschützt werden; andererseits dürfen jedoch die Umweltauswirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht ausgelagert oder verschoben werden, sodass sich künftige Generationen damit befassen müssen, um sicherzustellen, dass unser Planet unserem Streben nach Fortschritt und Möglichkeiten nicht zum Opfer fällt. Mehrere Events und Sitzungen innerhalb dieses Themenbereichs konzentrierten sich auf die international vereinbarten Ziele für nachhaltige Entwicklung und es wurde anerkannt, dass der Schutz unseres Planeten ein integraler Bestandteil einer größeren Bewegung ist, um unseren Planeten auf einen nachhaltigeren Weg zu bringen und Frieden, Wohlstand und Wohlergehen für alle zu schaffen.

Die Europäische Union muss mit Ehrgeiz versuchen, die Maßnahmen zum Schutz unseres Planeten im Rahmen der Anstrengungen, die für eine wirklich nachhaltige Entwicklung unternommen werden, zu verstärken. Dazu muss sie sich auf Folgendes konzentrieren:

Im Rahmen der Verhandlungen für die universelle, im Jahr 2015 angenommene Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und

deren Ziele für nachhaltige Entwicklung hat die EU eine führende Rolle gespielt. Seitdem hat sie jedoch nicht maßgeblich zu einer umfassenden und ehrgeizigen Umsetzung der Agenda innerhalb der EU beigetragen. Würde die EU die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auf europäischer Ebene vorantreiben, hätte sie die Möglichkeit, sich ihren Herausforderungen auf ganzheitliche Weise zu stellen. Es ist ein systemischer Denkansatz erforderlich, um die politischen Entscheidungsträger zu ermuntern, sich mit den zugrundeliegenden Mustern und den Ursachen des Problems zu befassen. Die Verflechtungen zwischen unterschiedlichen Politikbereichen und den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung müssen von der EU berücksichtigt werden, um das Wohlbefinden der Menschen und des Planeten zum obersten Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Systeme zu machen. Die EU muss eine umfassende und ehrgeizige Strategie für nachhaltige Entwicklung umsetzen, um das zu verwirklichen. Die Verflechtungen anzuerkennen, ist zudem notwendig, damit verschiedene und miteinander verbundene Formen von Diskriminierung bekämpft werden können, und die Verknüpfungen beispielsweise zwischen den Folgen des Klimawandels und den Rechten der Frau anerkannt werden. Eine nachhaltige Entwicklung kann nur über einen auf Rechten basierenden Ansatz erreicht werden und indem dafür gesorgt wird, dass alle Ziele der nachhaltigen Entwicklung für alle Gesellschaftsgruppen erfüllt werden.

Abkehr von nicht nachhaltigen Verfahren

Die derzeitigen und früheren Generationen haben durch nicht nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpraktiken ohne Rücksicht auf Langzeitfolgen die Zukunft der Jugend aufs Spiel



gesetzt. Fehlende Nachhaltigkeit beim Konsum, der Produktion, dem Handel und den Investitionen gefährden die Zukunft der Menschen und unseres Planeten. In unserer derzeitigen Konsumkultur ist es nicht für alle Menschen einfach, einen nachhaltigen Lebensstil zu pflegen. Die EU hat eine besondere Pflicht, dafür Abhilfe zu schaffen und muss dringend Maßnahmen ergreifen, um Gleichheit beim Zugang zu und beim Verbrauch von Ressourcen innerhalb dessen, was unser Planet aushalten kann, zu schaffen. Die Schwerpunkte der Diskussionen auf dem YO!Fest und dem EYE lagen auf folgenden Themen: Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung und der fehlenden Nachhaltigkeit beim Lebensmittelverbrauch, Kunststoffabfall, weniger Subventionen für Fleisch und ein fester Zeitplan für ein Ende der Förderung fossiler Brennstoffe.

Förderung und Priorisierung von nachhaltigeren Verfahren

Neben der Umsetzung von Maßnahmen zur Beendigung von nicht nachhaltigen Verfahren bei der Gewinnung, Produktion und beim Verbrauch sollte die EU auch einen Schwerpunkt auf die Förderung und Unterstützung von nachhaltigeren Verfahren legen. Junge Menschen und ihre Organisationen müssen bei der Umsetzung und Förderung von nachhaltigeren und umweltfreundlicheren Verfahren eine große Rolle spielen, auch durch die Vermittlung des Eigenwertes der Natur und der Vorteile der Genügsamkeit. Zudem sind weitreichende Maßnahmen von der EU und den europäischen Regierungen erforderlich. Die EU sollte die Aufklärung über nachhaltige Entwicklung in der formellen und informellen Bildung unterstützen, wodurch die Arbeit anerkannt würde, die bereits von Jugendorganisationen unternommen wird, um Lebensstile mit mehr Nachhaltigkeit zu fördern. Die Institutionen und Regierungen sollten zudem sicherstellen, dass jeder Zugang zu nachhaltigen Verfahren wie umweltfreundlichen Verkehrsmitteln hat, indem zum Beispiel nachhaltige und erschwingliche öffentliche Verkehrssysteme gefördert und unterstützt werden.

Lokale und globale Reaktionen unterstützen

Die nachhaltige Entwicklung erfordert Maßnahmen auf allen Ebenen – von lokal bis global – sowie das Erkennen, dass Maßnahmen auf einer Ebene Auswirkungen auf Maßnahmen anderer Ebenen haben werden. Auf lokaler Ebene sind es häufig junge Menschen, die bei Veränderungen die Führung übernehmen und so dazu beitragen, die Welt auf einen nachhaltigeren Weg zu bringen. Jugendorganisationen stärken die Stimme der Jugend, damit sie sich gemeinsam auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen kann. Dass diese Veränderungen unterstützt werden und diesen Stimmen Raum gegeben wird, um Gehör zu finden, ist auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung von entscheidender Bedeutung.

Es liegt auf der Hand, dass das politische, wirtschaftliche und soziale System von heute nicht für den Planeten oder für uns Menschen arbeitet, insbesondere nicht für junge Menschen. Auf einen tiefgreifenden Wandel hinzuarbeiten, hin zu einem System, in dem die Bedürfnisse des Planeten und die Rechte der Menschen im Mittelpunkt stehen, statt rein wirtschaftliche Interessen, ist dringlicher als je zuvor.

Die Europäische Jugendpresse (European Youth Press, EYP), eine Dachorganisation für junge Journalisten in Europa, der mehr als 60 000 Journalisten und andere Medienschaffende angehören, organisiert zahlreiche Veranstaltungen für junge Journalisten, fördert die Rolle der Jugendmedien und die Pressefreiheit in Europa und bringt sich EU-weit in Diskussionen zu Standards in der Journalistenausbildung und zur Medienpolitik ein. Die EYP hat ein Team von zehn EYE-Reportern zusammengestellt, das einen umfassenden Bericht über das EYE Event verfasst hat.

Unter der Leitung von zwei Chefredakteuren haben acht Journalisten – Generalisten und Spezialisten – die wichtigsten Denkanstöße und Ideen der EYE gesammelt, ausgearbeitet und beschrieben. Dieser Bericht enthält die 100 konstruktivsten Ideen. Das Europäische Jugendforum hat zu jedem der fünf Themen einen zweiseitigen Kommentar verfasst.

Das sind die Autoren



Greg Bianchi
Chefredakteur



Julie Mahlerová
Chefredakteurin



Irene Dominioni
Spezialistin (Jung und Alt)



Eleanor Brooks
Spezialistin (Arm und Reich)



Antonis Raphael Stylianou
Spezialist (Allein und Gemeinsam)



Robert Nesirky
Spezialist (Sicher und Gefährlich)



Anna Ferrari
Spezialistin (Lokal und Global)



Stephanie Stelko
Generalistin (Jung und Alt,
Arm und Reich)



Claas Verron Martinez
Generalist (Arm und Reich, Allein
und Gemeinsam)



Henrike Freytag
Generalistin (Sicher und Gefährlich,
Lokal und Global)

 European Youth Event

 @EP_EYE2018

 @EP_EYE

 www.eyeye2018.eu



Amt für Veröffentlichungen